

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Versandgebühr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Beseßdorferhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeklassige Zeitzeitschrift oder deren Raum 84.

Unfallversicherungsstatistik.

II.

Nachweisungen der Baugewerks-Vereinigungen

für 1904.

Eine auszugsweise Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen aus den Tabellen der Nachweisungen der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1904 haben wir bereits ähnlich gebracht. Wir wenden uns zu einer übersichtlichen Bearbeitung der Tabellen, die die Nachweisungen der Baugewerks-Berufsgenossenschaften enthalten (einschließlich der Tiefbau-Berufsgenossenschaft) enthalten.

Diese dreizehn Berufsgenossenschaften zählten im Berichtsjahr zusammen 168 421 Betriebe mit 1 500 585 durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeitern, zu denen 2778 freiwillig und 80 978 zwangswise versicherte Betriebsunternehmen hinzukamen.

Die einzelnen Berufsgenossenschaften partizipierten daran wie folgt:

Berufsgenossenschaften	Betriebe	freiwillig verbriefte Betriebe	zwangswise verbriefte Betriebe	Durchschnittlich beschäftigte Betriebsbeamte und Arbeiter
Hamburgische Baugewerks-V.-G.	10744	—	—	69962
Nordöstliche Baugewerks-V.-G.	20997	280	7104	225595
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.-G.	7764	1457	—	112412
Hannoversche Baugewerks-V.-G.	18861	—	—	93188
Magdeburgische Baugewerks-V.-G.	6387	—	—	57200
Sächsische Baugewerks-V.-G.	11956	434	7056	121886
Thüringische Baugewerks-V.-G.	5056	64	5235	39474
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.-G.	13841	169	10605	83494
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.-G.	28998	828	18852	197025
Württembergische Baugewerks-V.-G.	9220	—	12107	38182
Bayerische Baugewerks-V.-G.	18286	—	—	92968
Südwürttembergische Baugewerks-V.-G.	11592	—	—	70557
Tiefbau-V.-G.	15759	41	14	21871

Die Zahl der Vollarbeiter, d.h. derjenigen Arbeiter, auf die je 300 Arbeitsstage, jeden zu 10 Stunden berechnet, entfallen, wird insgesamt mit 1 081 264 angegeben.

Die Lohn- und Beitragssberechnung für die versicherten Personen stellt sich wie folgt:

Berufsgenossenschaften	taatlich verbriefte Löhne, Gehälter und Bezeichnung zu grunde gelegten Baugeldabträgen usw.	Für die Beitragssberechnung in Rechnung gebrachte Löhne usw.
Hamburgische Baugewerks-V.-G.	62025312	62025312
Nordöstliche Baugewerks-V.-G.	202434822	170762992
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.-G.	67987955	67987955
Hannoversche Baugewerks-V.-G.	65559986	65559986
Magdeburgische Baugewerks-V.-G.	86458683	86458683
Sächsische Baugewerks-V.-G.	97170798	97818531
Thüringische Baugewerks-V.-G.	26924870	37490660
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.-G.	64450837	67845692
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.-G.	166908178	174579422
Württembergische Baugewerks-V.-G.	81577615	81776190
Bayerische Baugewerks-V.-G.	63002290	63002290
Südwürttembergische Baugewerks-V.-G.	56165198	56165198
Tiefbau-V.-G.	184721488	184721488

Die Gesamtsumme der tatsächlich gezahlten Löhne, Gehälter usw. beläuft sich auf M. 1 064 582 924. Berechnen wir die Löhne auf die 1 500 585 durchschnittlich beschäftigte Personen der Berufsgenossenschaften, so erhält man für die Berichtszeit der Betriebe auch die der selbstverschreitenden Arbeitern und Betriebsbeamten, so erhält man für die Berichtszeit der Betriebe auch die der selbstverschreitenden

ein Jahresarbeitsinkommen von rund M. 790. Dem entspricht ungefähr auch die Summe der für die Beitragsberechnung in Rechnung gebrachten Löhne. Es ist daraus ein sehr zuverlässiger Schluß auf die Höhe der Durchschnittslöhne im deutschen Baugewerbe zu ziehen; sie erreicht noch nicht M. 800. Nimmt man für die Berechnung die Zahl der Vollarbeiter (1 081 264), so erhält man einen Durchschnittslohn von etwas über M. 1000. Über nach der Behauptung des Unternehmertums läßt die Höhe der Löhne im Baugewerbe „nicht zu wünschen übrig“. Die amtliche Nachweisung jedoch über die tatsächlich verdienten Löhne z. B. läßt sich nicht hinwegstreiten. Könnte man die Summe der Gehälter der Betriebe an die Arbeiter gezahlten Löhne trennen, so würde sich zeigen, daß für letztere das Lohnverhältnis ein noch ungünstigeres ist, als sich aus obiger Berechnung ergibt.

Am Ende der Berichtszeit veranlagten die dreizehn Baugewerks-Berufsgenossenschaften: für Erwerbsunfähigkeitsfälle (Kosten des Heilbehandlungs, Renten usw.) M. 12 889 146 für Tod (Sterbegeld, Renten, Abfindungen) M. 5 240 735.

Für die Unfallversicherung wurden, wie früher, so auch im Berichtsjahr wieder nur sehr geringe Summen ausgetragen.

Es leisteten:

Hamburgische Baugewerks-V.-G. M. 115018,54
Nordöstliche Baugewerks-V.-G. 866799,20
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.-G. 115900,64
Hannoversche Baugewerks-V.-G. 185891,08
Magdeburgische Baugewerks-V.-G. 62846,85
Sächsische Baugewerks-V.-G. 185894,43
Thüringische Baugewerks-V.-G. 45356,17
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.-G. 118559,78
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.-G. 198645,76
Württembergische Baugewerks-V.-G. 64809,74
Bayerische Baugewerks-V.-G. 123394,01
Südwürttembergische Baugewerks-V.-G. 76065,03
Tiefbau-V.-G. 273825,85

Die Ausgaben für die laufende Verwaltung legen sich zusammen aus Gehältern, Reisekosten, Tagesspeisen u. d. Veramt, der Genossenschaftsverwaltung, Delegierten und Vertrauensmännern, Pensionen und Unterstützungen ausgeschiedener Beamter oder deren Hinterbliebenen, Mieten, Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Bureau- und Kassenbedienstete (Drucksachen usw.), Aufstellung und Unterhaltung des Inventars, Inspektionen, und sonstige Verwaltungskosten, Porto, Depots usw. Alle diese Ausgaben zusammen ergeben für die einzelnen hier in Niede stehenden Berufsgenossenschaften folgende Summen:

Hamburgische Baugewerks-V.-G. M. 115018,54
Nordöstliche Baugewerks-V.-G. 866799,20
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.-G. 115900,64
Hannoversche Baugewerks-V.-G. 185891,08
Magdeburgische Baugewerks-V.-G. 62846,85
Sächsische Baugewerks-V.-G. 185894,43
Thüringische Baugewerks-V.-G. 45356,17
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.-G. 118559,78
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.-G. 198645,76
Württembergische Baugewerks-V.-G. 64809,74
Bayerische Baugewerks-V.-G. 123394,01
Südwürttembergische Baugewerks-V.-G. 76065,03
Tiefbau-V.-G. 273825,85

Am laufende Verwaltungskosten entfallen durchschnittlich im Berichtsjahr:

Berufsgenossenschaften	Auf einen Betriebsarbeiter	Auf 1000 der beruhigten Löhne	Auf einen Betrieb	Auf einen Betrieb	
				A	A
Hamburgische Baugewerks-V.-G.	1,45	1,98	1,04	9,16	55,47
Nordöstliche Baugewerks-V.-G.	1,51	2,09	1,78	20,58	112,11
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.-G.	1,—	1,88	1,67	14,63	73,11
Hannoversche Baugewerks-V.-G.	1,28	1,76	1,52	8,60	44,44
Magdeburgische Baugewerks-V.-G.	1,28	1,61	1,67	9,80	29,23
Sächsische Baugewerks-V.-G.	1,28	1,61	1,78	14,80	65,55
Thüringische Baugewerks-V.-G.	1,28	1,61	1,79	7,71	30,29
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.-G.	1,23	1,61	1,79	8,35	31,70
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.-G.	—	—	1,16	1,16	26,58
Württembergische Baugewerks-V.-G.	1,23	1,94	1,97	6,74	40,63
Bayerische Baugewerks-V.-G.	1,24	1,70	1,84	8,71	31,78
Südwürttembergische Baugewerks-V.-G.	1,04	1,58	1,51	6,56	23,21
Tiefbau-V.-G.	1,02	1,78	1,76	14,92	51,28

Die höchsten Verwaltungskosten hatte also im Berichtsjahr auf je einen zur Anmeldung gelangten Unfall die Hannoversche.

Die sonstigen Ausgaben liegen sich hauptsächlich zusammen aus den Einlagen in den Reservefonds. Diese Einlagen betragen im Berichtsjahr: Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft M. 284 916,17; Nordöstliche M. 682 278,87; Schlesisch-Polenische M. 216 835,26; Hannoversche M. 193 871,08; Magdeburgische M. 181 640,50; Sächsische M. 285 615,80; Thüringische M. 75 513,70; Hessen-Nassauische M. 176 217,60; Rheinisch-Westfälische M. 413 795,66; Württembergische M. 95 420,19; Bayerische M. 319 829,94; Südwürttembergische M. 155 701,92; Tiefbau- und Berufsgenossenschaft M. 275 728,71.

Die Summe aller Ausgaben dieser Berufsgenossenschaften war folgende:

Hamburgische M. 1 210 743,93; Nordöstliche M. 4 525 801,78; Schlesisch-Polenische M. 1 488 456,86; Hannoversche M. 1 828 925,50; Magdeburgische M. 727 187,17; Sächsische M. 1 978 000,08; Thüringische M. 524 762,52; Hessen-Nassauische M. 1 925 818,81; Rheinisch-Westfälische M. 2 815 216; Württembergische M. 708 885,80; Bayerische M. 2 883 691,80; Südwürttembergische M. 1 166 741,78; Tiefbau- und Berufsgenossenschaft M. 8 196 672,50.

Politische Umschau.
Der Reichstag erlebte in zweiter Sitzung das Plötzengefecht, das dem deutschen Volke neue ungeheure Opfer aufzubretzen. Übermals sollen Hunderte von Millionen

außer den laufenden Ausgaben aufgewendet werden, um das Ideal der Flottenjäger und Weltmachtspolitik zu verwirklichen. Wie mit Sicherheit vorausgesehen war, kam die Regierung auf ihre Bedeutung. Zentrum, Conservativen, Nationalliberale und Antisemiten verhalfen ihr dazu. Die Sozialdemokratie hat, wie früher, so auch jetzt wieder, in rüdiger Würdigung der Volksinteressen die bestreitenden Forderungen der Regierung abgelehnt. Mit gewohnter Energie und Gründlichkeit unterzog der Abgeordnete Bebel in mehreren Reden die Flottenpolitik und alle die Fragen, die sich mit ihr verbinden, einer Kritik. Gute und bessere wies er darauf hin, daß uns die gewaltige Stärkung die unsre Rüstung seit zehn Jahren zu Wasser und zu Lande erfahren hat, eine Zunahme an Ansehen, Einfluß und Macht in Europa nicht bringen vermöchte. Gegenüber der vom nationalliberalen Abgeordneten Grafen Orlitz geäußerten Ansicht, die Sozialdemokratie müßte sich doch sagen, daß die deutschen Arbeiter den Hauptrubin aus der Flottenvermehrung haben, bemerkte Bebel:

"Wenn dieser Gesichtspunkt für unsere Stellung in der in- und auswärtigen Politik maßgebend sein sollte, müßten wir allerdings jede neue Militär- und Flottenvorlage mit Zurückhaltung verfolgen, wird zu einem sehr erheblichen Teile in Arbeiten berücksichtigt, wird für die deutsche Arbeiter in Frage kommen. Käferhöfen, Stahlbauten, Befestigungsanlagen, Ausbildungsgenossenschaften, Munition, Waffen verhängen alljährlich enorme Summen in unserem Militäralet. Aber es kommt doch nicht nur darauf an, daß Arbeit geschaffen wird, sondern auch, wie die Arbeit zu bezahlen hat. Und das sind nach der jüngsten Methode der Steuerabtragung in erster Linie die deutschen Arbeiter. Sieht, es läuft eine Etagen. Das goldene Zeitalter, in dem des Krieges Stürme schweigen und die letzten Waffen zur Menschen- und Völkervernichtung im Museum angestaut werden, glauben Sie, daß die Arbeiter dann schlechter leben müßten? Gerade im Gegenteil. Wir würden dann Kulturschafft verrichten, Schulen bauen, Kunst und Wissenschaft pflegen, menschenvürdige Wohnungen bauen, die leider heutzutage die übergroße Mehrheit des Volkes noch nicht besitzt, für die Volksgesundheit sorgen, die Verkehrswege ausbauen, kurz — wir hätten soviel Ausgaben, daß die 1200 oder 1800 Millionen Mark, die Sie heute für Arme und Marine ausgeben, unter unserer Herrschaft noch gar nicht reichen würden, um all das Gute zu schaffen. In diesen Fragen der Volksfürsorge können Sie mit uns nicht kontrarieren."

Bei früheren Flottengesetz-Beratungen hatten die sozialdemokratischen Wortführer schon öfter sehr eindringlich betont, daß die Flottenbeweise Interessenstreitigkeiten in Industrie und Handel, die sich aus Reichen und enorm reichen Leuten zusammensetzen, zum Vorteil gereicht und daß also, wenn der Patriotismus dieser Leute ebt sei, sie die Pflicht auf sich nehmen müßten, die Ausgaben, die die Flotte erfordert, zu tragen; dem Reiche direkte Steuern in entsprechender Höhe zu zahlen. Gestern wurde eine solche Probe auf das Beispiel gemacht. Die Freisinnigen hatten beantragt:

"Vom 1. Oktober 1906 ab ist eine Vermögenssteuer zu erheben von allen deutschen Staatsangehörigen, deren wirtschaftliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von $\text{M} 100,000$ erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von $\text{M} 100,000$ bis $\text{M} 120,000$ $\text{M} 50$ und steigt bei größerem Vermögen bis zu einer Million für jede angefangene $\text{M} 20,000$ um $\text{M} 10$; bei Vermögen, die über den Betrag von einer Million Mark hinausgehen, steigt die Steuer für jeden angefangenen Betrag von $\text{M} 20,000$ um $\text{M} 20$."

Dieser Vorschlag ist zwar nur unvollständig, aber er enthält doch den von der Sozialdemokratie stets vertretenen Grundgedanken, daß die Kosten der Flottenvermehrung von den leistungsfähigen Staatsangehörigen zu tragen sind. Deshalb konnten die Sozialdemokratie ihm unbedingt zustimmen. Aber die "patriotische" Mehrheit lebte in ihm ab. Was das Interesse des Geldhads anlangt, da hört eben der "Patriotismus" unserer Flottenspekulanten auf. Das arbeitende Volk mag die Lasten tragen. —

In der Debatte über den Marineetat brachte Legion, der sozialdemokratische Abgeordnete für Kiel, die Verhältnisse der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zur Sprache. Er schärfte, wie weit diese Reichsbetriebe noch davon entfernt sind, wahre Mutterbetriebe zu sein: Die Arbeiter hätten gehofft, daß am 1. April der neue, ständige Arbeitsstag für sie in Kraft treten würde. Sie fühlten sich zu der Annahme berechtigt, weil eine Umfrage bei den Werften veranlaßt ist, um festzustellen, ob die Arbeiter im Halle der Einführung des Neunstundentages lieber geteilt oder ungeteilt Arbeitsschicht haben wollten. Leider aber hat der Staatssekretär die Erklärung abgegeben, daß die Frage noch nicht entschieden sei, daß sie noch venialiert werden müsse, weil man auch auf die Privatwerften zunächst nehmen müsse, und weil die Einführung des Neunstundentages eine wesentliche Erhöhung der Lauföfen für die Schiffe, der Staatssekretär meinte, um 10 pgt. herbeiführen würde. Es ist natürlich, daß der Hinweis des Staatssekretärs, daß die Regierung auf die Privatwerften Rücksicht nehmen wolle, bei den Arbeitern eine erhebliche Erregung hervorgerufen hat. Es ist eine Bewegung unter allen Werftarbeitern, insbesondere aber unter denen in Kiel und Wilhelmshaven in Gange. Die Arbeiter wollen vor allem auch eine Leistungszulage haben, da die Lebensmittelpreise so sehr gestiegen sind. Die Arbeiter haben sich nun durch die Vertreter des Metallarbeiterverbandes an die Werftverwaltung gewendet. Die Herren Oberwerftdirektoren in Kiel und Wilhelmshaven haben jedoch erklärt, daß sie diese Wünsche durch die Vertreter der Organisation der Arbeiter nicht annehmen können. Es sollen Beschwerden der Arbeiter nur an die nächsten Vorgesetzten gerichtet werden, und wenn sie mit deren Entscheid nicht zufrieden sind, an die höheren Vorgesetzten. Wo Arbeiterausschüsse vorhanden sind, sind Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art durch diese zum Ausdruck zu bringen. Aber die Dinge liegen so, daß die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen gar kein Vertrauen haben. Sie können

allgemeine Wünsche vortragen, Befestigung vorhandener Lebelsstände anstreben, Änderung der Arbeitsordnung beantragen, aber in keiner Weise mitbestimmen. Dazu kommt, daß in den Arbeiterausschüssen nur wählbar ist, der das 30. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre auf der Werft gearbeitet hat. Und schließlich behält sich die Werftverwaltung das Recht vor, den Arbeiterausschuss jederzeit aufzulösen. Unter solchen Umständen können die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen kein Vertrauen haben.

Der Redner fügte hinzu:

"Ich bin überzeugt, daß die Zeit kommt, in der die Verwaltung ebenso, wie die Privatbetriebe mit der Verwaltung der Organisation in Verbindung treten wird. Die Zeit wird um so rascher kommen, wenn unsere Organisationen sich in derselben Weise entfalten, wie in der letzten Zeit. Wenn dann die Herren von der Werftverwaltung genötigt sein werden, mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln, so werden sich solche Schriften, in denen das Verhandeln abgelehnt wird, recht lächerlich und eigenartig annehmen."

Unter durchaus motiviertem Schallende Gelächter der Sozialdemokratie behauptete der Staatssekretär d. K. Tipps: die Frage der Einführung des neuständigen Arbeitslages sei "so schwierig", daß sie sich nicht in einigen Wochen oder Monaten erledigen lasse!!! Weiter erklärte er: "Ich werde den Arbeiterausschüssen in wohlwollender Weise entgegenkommen. Unserer Einschätzung nach, was von außen aber wird zurückgewiesen, und zwar von Seiten der Direktion auf meinen Befehl und von mir selbst. Das Vorgehen des Herrn Legion kann nur veranlassen, daß die Marineverwaltung in ihrem Bestreben, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, noch vorzüglicher wird."

Also in Verbindung mit einer Drohung weiß der Staatssekretär die Anerkennung der Arbeiterorganisation zu rütteln. Legion antwortete ihm: Die Vorarbeiten für Einführung des neuständigen Arbeitslages seien leicht erledigt. "Über Sie fürchten den Unwillen der Privatwerften." Die Organisationen anzuerkennen ist die Pflicht der Verwaltung. Wenn Sie aber auf Ihrem Standpunkt stehen bleiben, dann werden Sie einst noch an das erinnert werden, was Sie heute gefragt haben: "Unsere deutschen Metallarbeiter sind keine Kulie. Sie werden von ihren Rechten Gebrauch machen und können verlangen, daß ihre gesetzlichen Rechte respektiert werden. Die Verantwortung für die Folgen trifft Sie. Wenn die Verwaltung noch vorsichtiger" mit der Befreiung der Lebenshaltung der Arbeiter vorgehen will, dann werden auch die qualifizierten Arbeiter "noch vorsichtiger" vorgehen. Dann wird die Werftverwaltung auch nicht ausreichend qualifizierte Arbeiter bekommen. So muß also in Deutschland immer noch darum gekämpft werden, daß die Verwaltungen staatlichen Betrieb die Arbeiterorganisation anerkennen — eine Anerkennung, die in anderen Ländern, England, Frankreich etc. längst erfolgt ist und gute Früchte gebracht hat.

* * *

Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung eines Gesetzes über die Hülfsfassen hat am Freitag vorher Woche ihre erste Sitzung beendet und dann gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Kommissionssmitglieder beschlossen, schon am Montag mit der Abstimmung zu beginnen. Die Sozialdemokraten beantragten, zunächst den Interessen der Gelegenheit zur Auseinandersetzung zu geben; davon wollte aber die Mehrheit, unter Führung des Herrn Lüttichborn vom Zentrum, nichts wissen. Im Plenum hatten sich alle Parteien gegen die Regierungsvorlage gewendet, in der Kommission änderte sich dies Bild aber von Sitzung zu Sitzung. Man kann nunmehr schon mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der Zweck des Gesetzes in Sinne der bürgerlichen Parteien in einem Maße auf Schutz gegen Schwundelassen gerichtet ist, sondern auf Erhöhung der Hülfsfassen, und daß das Gesetz eine Vorarbeit zur Vernichtung des Rechtes von Selbstverwaltung der Ortsräte sein soll.

Alle aus Arbeiterkreisen der verschiedensten Richtungen eingelaufenen Petitionen haben um Ablehnung der Vorlage gebeten. Der Schäfsmacherverband hingegen hat um Annahme erjudt. Das genügt vorläufig zur Kennzeichnung der Gesetzesvorlage und zur vorausichtlichen endgültigen Stellung der bürgerlichen Parteien.

* * *

Der neutrale Staat. In Magdeburg stehen die Transportarbeiter im Streik. Dies war für die dortige Militärbehörde ein vorsichtiger Anfang, ihre "Tüchtigkeit" wieder einmal im hellen Lichte erstrahlen zu lassen. Es wurden Soldaten dazu kommandiert, für die bedrängten Unternehmer als Streikbrecher zu wirken. Eine Beschwörung bei der Magdeburger Kommandantur hatte keinen Erfolg, da diese sehr verständige Militärbehörde die zweijährige Dienstzeit offenbar zu lang hält und glaubt, die militärische Ausbildung in dieser Zeit auch neben einer gewerblichen Tätigkeit der Soldaten durchführen zu können. Im Streik befinden sich 400 Kutscher und 100 Möbelhändler. Das ganze Baumgewerbe leidet wegen Mangels an Material. Ohne das Eingreifen der Militärbehörde müßte der Streik gewonnen werden!

* * *

Die deutsche Strafjustiz versteht sich bekanntlich vorzüglich darauf, in Prozessen, die gegen organisierte Arbeiter gerichtet sind, strafrechtliche Begriffe zu konstruieren, die unbereinbar sind mit dem Rechtsverständnis des Volkes. Legt hat sich die Strafammer des Landgerichts zu Lübeck das Verdienst erworben, "festzuhalten", was "heben" ist. Der former Bernhard war wegen Hausfriedensbruchs zu $\text{M} 100$ Geldstrafe verurteilt, weil er das Eigentum der Aktiengesellschaft Lauchhammer beschädigt und dann einen wahlheimsgemäßen Artikel über die Lauchhammer-Werft veröffentlicht hatte. Von einem Meister war er während der Pause herumgeführt. Die Revision gegen das eigentlich ungültige Urteil schweigt noch. Aus den schriftlichen Urteilsgründen geht der "Vorwärts" folgende Stelle hervor:

"Seine (des Angeklagten) Absicht war von vornherein die, die auf dem Werft bestehenden Verhältnisse, soweit sie als Wirtschaftsverhältnisse erscheinen könnten, möglichst herzob zu haben, und dadurch Unzufriedenheit unter den dort beschäftigten Arbeitern hervorzurufen und Zwieträcht zwischen ihnen und dem Arbeitgeber der Aktiengesellschaft Lauchhammer, die, wie er wußte, gegen einen Anschlag ihrer Arbeiter an den Metallarbeiterverband war, zu erwidern. Um so heben zu können, wollte er Eintritt in das Werk erlangen."

Im Urteil wird dann der Artikel, der in ruhiger Weise Wirtschaft auf dem Werk hervorhob, angeführt, und dann erläutert:

"Der Angeklagte bestreitet zwar, von vornherein die Absicht gehabt zu haben, einen solchen Gesetzesartikel zu schreiben. Das sei aber unrichtig, die Schlüsse des Artikels des Hinweis auf die Menschenrechte, die ausdrückliche Aufforderung an die Arbeiter, von dem Recht der Organisation Gebrauch zu machen, lassen keinen Zweifel über das Wesen des Artikels."

Die Rechtfertigung des Dörfauer Gerichts geht also dahin: "Gehen ist, wenn ein organisierter Arbeiter Wirtschaft im Betrieb irgend eines Unternehmens aufweist und die Arbeiter ernannt, von dem ihnen gesetzlich gewährte Rechte ausdrücklich Gebrauch zu machen." Zeit fehlt nur noch, daß solches "Gehen" in dem Begriff des großen Unfalls gewährt oder zu einer besonderen Strafart gestempelt wird, wie das Streitpostenken, die Aufforderung zum Streit, die Androhung des Streits.

* * *

Eine "objektive" Schürde ist die Stadtverwaltung von Köln am Rhein. Dort finden seit einiger Zeit jährlich zwei amtliche Arbeitslosenzählungen unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen statt. Die Gewerkschaften stellen die Bäcker, die Stadt zahlte die Kosten und bezog die statistische Bearbeitung des Materials. Sowohl die berühmten Befinnungsangaben wie nachher das Ergebnis der Zählung waren unserem Cölnischen Parteiblatt, der "Rheinischen Zeitung", bisher von der städtischen Verwaltung jedesmal vorenthalten worden. Die freien Gewerkschaften sahnen es unerhört, daß die mehr oder weniger arbeiterfeindlichen bürgerlichen Blätter das amtliche Material erhielten, nicht aber das einzige Arbeitersblatt Kölns. Nachdem die Kritik der "Rheinischen Zeitung" selber und die Wünsche der Gewerkschaften erfolglos blieben, teilte die Kartellkommission diesmal der städtischen Verwaltung mit, daß die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung fünfzig Bäcker stellen würden, daß auch der "Rheinischen Zeitung" das amtliche Material zugebe. Die städtische Verwaltung schrieb auf den Empfang jener Mitteilung nicht, daß sie die Bedingung der Kartellkommission ablehne. Dieser Lage aber konnte man in der bürgerlichen Presse wieder wie sonst das amtliche Zählungsergebnis lesen; die "Rheinische Zeitung" aber, die publizistische Vertreterin der an der Zählung beteiligten freien Gewerkschaften, war wieder übergegangen worden. Die Kartellkommission wird sich unter diesen Umständen an der Zählung nicht mehr beteiligen.

Das Cölnische Gewerkschaftsrat hätte unseres Erachtens seine Mitwirkung schon jetzt davon abhängig machen sollen, es durfte das Schweigen der Behörde nicht als Zustimmung auslassen, dann wäre ihm die bedeutsame Ignorierung seiner Wünsche erparat geblieben. Die Stadtvverwaltung aber verdient nicht nur, daß die freien Gewerkschaften die aktive Mitwirkung bei zünftigen Zählungen ablehnen, sondern auch, daß sich die Arbeiter weigern, in Zukunft die verlangte Auskunft zu ertheilen.

* * *

Die Reichstagswahl in Kaiserstuhlern hat, wie zu erwarten war, mit dem Sieg des bürgerlichen Kandidaten geendet. Der Nationalsozialist erhielt 12084 und der sozialdemokratische Kandidat 9515 Stimmen. Das Zentrum hatte Wahlergebnis angeordnet, doch haben ancheinend beide Kandidaten Stimmen von Zentrumswählern erhalten. Gewählt ist der Bürgermeister Schmid in Oberkirchen.

Maurerbewegung.
Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Sperrern, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fokuzahalten:

Deutschland:

- Hansastadt:** Lübeck (Transportarbeiterstreik);
Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperrung über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg (Sperrung über Basedow), Schleswig (Aussperrung), Marn (Streik);
Mecklenburg: Schwerin (Sperrung über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik);
Pommern: Gollnow (Sperrung über Küster), Jarmen (Sperrung über Brandt und Heidschmidt), Stralsund (Sperrung über Hasselmann und Albrecht), Loitz, Misdroy (Streiks), Göslin (Sperrung über H. Schütter), Swinemünde (Bauarbeiterstreik), Trepow a. d. Tollense (Aussperrung);
Ost- und Westpreussen: Konitz (Aussperrung), Marienwerder (Streik), Tilsit (Sperrung über Landmann, Zellstofffabrik);
Posen: Schneidemühl, Posen (Aussperrung);
Schlesien: Rauschwalde, B. Görlitz (Sperrung über Unternehmer Pauli), Waldenburg (Sperrung über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperrung über Nippert in Baumgarten);

Brandenburg:

Wittenberg (Aussperrung), Spandau (Sperr über die Unternehmer Leo und Rösch), Strasburg l. d. Uckermark (Sperr über Döring), Freienwalde (Sperr über Unternehmer Rouss), Wittstock d. Dosse (Sperr über den Rathausbau);

Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung), Wittenberg, Bez. Halle (Aussperrung), Bitterfeld (Sperr über E. Wiesner), Meuselwitz, Weissenfels, Zeitz (Bargarbeiterstreik);

Königl. Sachsen:

Leipzig (Gesamt), sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wielbestr. 8, Karl Feist in Wahren, Halleschestrasse, M. Klenke in Möckern, Halleschestrasse, R. Hipp in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Bernhard Schramm, Ecke Bayreuthsche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Halleschestrasse, Wurzen (Sperr über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Grossenhain (Partieller Streik), Meissen (Sperr über das Kollreppwerk);

Thüringen:

Erlurt (Sperr über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperr über Wagner und Schröder), Gera (Sperr über Hirsch), Arnstadt (Streik), Kahla (Aussperrung);

Rheinprovinz und Westfalen:

Braunschweig (Sperr über Judick), Gütersloh (Aussperrung), Geseke im Düsseldorfer (Sperr über die Heyesco Glashütte), Lüttgen-dortmund (Sperr über die Zechen „Germania“ und „Zollern“), Ahrenhöfen-Nienau (Streik), Düsseldorf (Fliesenlegerstreik);

Bayern:

Bamberg (Sperr über Hartmann), Nürnberg (Partieller Streik), Zirndorf (Streik);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperr über Allerding), Visselhövede (Sperr über Cohrs und Köster), Pyrmont (Streik), Enden (Zimmererstreik);

Hessen:

Witzenhausen (Sperr über Maurermeister Oehm, Grossalmerode);

Baden-Pfälz:

Kaiserslautern (Sperr über den Unternehmer Neurohr); Mundenheim (Sperr über die Fabrik Giulini), Schifferstadt, Bretten (Streiks);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Mitter aus Strassburg).

* * *

Zugang von tüchtigen Verbandskollegen nach der Zahlungsfeststellung, Zweigverein Essen, erwünscht. Zuverlässige Kollegen wollen vorschreiten entnebner beim ersten Vorsitzenden, Kollegen Täger in insl., oder beim Käffleiter, Kollegen Kreuter, wo ihnen Arbeitsgelegenheit sowie Logis nachgewiesen wird. Kollege Czerwinski wohnt: Meidlingerstrasse 4, Kollege Kreuter: Katernbergerstrasse 22. Das Verbandslokal ist beim Wirt H. Beierlage, auf der Reihe.

* * *

In Bretten stehen die Kollegen seit dem 26. März d. J. im Streit. Die Lohnverhältnisse waren dort die denkschlechtesten; im vorjährigen Jahre wurden noch Löhne von M 3,20 bis M 3,30 pro Tag bei elfstündiger Arbeitszeit bezahlt. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, daß sich die Maurer ihrer Organisation anschlossen. Bereits im vorjährigen Jahre wurden Forderungen geteilt, und man erreichte die abhängige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 38 s, aber ohne Vertragsabschluß. Die Herren Unternehmer erklärten damals, man könne betriebs des Vertragsabschlusses in diesem Jahre (1906) miteinander reden. Die Verteuerung aller Lebensmittel hat auch in diesem Jahre bei den Kollegen den Vertrag herbeigeführt, wiederum in eine Lohnbewegung einzutreten. Am 7. Februar wurden die Forderungen eingereicht. Es wurden 44 s pro Stunde für den Abschluß eines Vertrages verlangt. Auf zwei Schreiben erhielt die Lohnkommission die Antwort, daß die Herren gewillt seien, 38 s pro Stunde zu bezahlen; aber durch einen Vertrag wolle sie sich nicht binden lassen. Weil nun bei einer Unterhandlung die Unternehmer nicht nur einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, sondern auch die Maurer und deren Vertreter in der Regelhaftesten Weise bestimmt, beschlossen die Kollegen in einer am 26. März, Morgens 7 Uhr, abgehaltenen Versammlung einstimmig, in den Streit einzutreten. Von 57 in Betracht kommenden Maurern sind vier Streitbrecher zu verzeichnen; von diesen ist der jüngste gegen 60 Jahre alt, und sind deren Leistungen so minimal, daß die Unternehmer mehr Schaden als Nutzen von der Arbeitsfreibigkeit dieser Menschen haben. Daher dieser Kampf wird hart, wird, ist sicher. Wir wollen deshalb dringend vor Zugang nach Bretten warnen.

Aus Gustavslburg wird uns berichtet: Die organisierten Maurer haben mit der Direktion des Gustavslburgs einen Tarifabschluß als Erfolg ihrer Lohnbewegung, dessen wesentliche Bestimmungen befolgen: abhängige Arbeitszeit, Überstunden nur in Ausnahmefällen, vom 1. April 1906 bis 1. April 1907 45 s pro Stunde, dann 47, in folgenden Jahren 48 s. Überstunden und Sonntagsarbeit 25 pgt. Lohnzuschlag. Wöchentliche Lohnzahlung, 14tägige Kündigungsfrist. Der Tarif gilt bis 1. März 1908. Wird er nicht drei Monate zuvor geändert, dann läuft er ein weiteres Jahr usw.

Über die Lohnbewegung im Ahratal wird noch berichtet: Die Kollegen stehen bereits seit Anfang März in der Bewegung. Die Unternehmer haben die Forderungen zunächst mit Maßregelungen beantwortet. Als der Gauvorstand dies vorstellig wurde, erklärte der leitende

Unternehmer Schöneberg, die Herren Arbeitgeber führen ein, daß der Lohn zu gering sei, sie wollten deshalb einige Pfennige auflegen; auch mit dem Arbeitsanfang um 7 Uhr Morgens seien sie einverstanden. Lieberhaupt sprach sich der Herr als der beste Arbeiterschreiber auf und schob alle folgenden Bautände im Gewerbe auf die Konkurrenz, die nicht mithelfen wolle bei den notwendigen Verbesserungen. Witterleiter haben die Arbeitgeber Anschluß an den Deutschen Arbeitgeberbund gefunden und wohl auch gefunden, und wie ihre schriftliche Antwort auf unsere Forderung beweist, auch schon Schule genossen. Wir lassen das Schriftstück, der Wissenschaft halber, hier folgen.

„Die bereitenden Meister von Ahnefeld und Neuenahr geben an die Organisation des christlichen und freien Verbandes der Maurer und Hüttschreiber von Ahnefeld und Neuenahr folgende Erklärung ab: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beginnt auf der Baustelle an. Damit die Leute von auswärts (die unter Umständen eine Stunde zu gehen haben) mit den Betreffenden vom Platz gleichzeitig anfangen können, beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr. Die fändlichen Verhältnisse von Ahnefeld und Neuenahr bedingen es nicht, daß vor Feierabend eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, in Großstädten ist dieses vielleicht notwendig, hier nicht. Überstunden bis 9 Uhr. Abends werden als Tagestunden ohne Aufschlag berechnet. Für alle Stundearbeit bei Tag und bei Nacht gilt nur effektive Überzeit, nur die Nachtpause von 12 bis 1 Uhr wird mitgezahlt. Für Leute, die auswärts, die mit dem 8 Uhr-Zug kommen, kann jeder Meister Vereinbarung über Zeit und Lohn treffen, wie er will. Werden die Tage fürziger, so stellt der Arbeitgeber die Arbeitszeit fest. Bei unferen ländlichen Verhältnissen kommt es vor, daß an einem Tage die Maurer fehlen, am anderen Tage die Handlanger. Ohne Erklärung des Meisters darf keiner von der Baustellebleiben, ohne am Tage vorher den Meister zu fragen, damit derartige in der Lage ist, die Arbeit anders einzuteilen. Bei Zwiderhandlungen hat der Betreffende 2 pro Tag für Geschäftsfähigkigkeit zu zahlen, welche an der Lohnung gekürzt werden. 2. Lohn. Der Lohn für Maurer und Handlanger richtet sich nach den Leistungen. Für ersten Hälfte Maurer werden pro Stunde 38 s, für erster Hälfte Handlanger 27 s bezahlt. Für Nachstunden werden 25 pgt. Aufschlag gezahlt. Für Arbeiten nach außerhalb wird die einmalige Hin- und Rückfahrt alle 14 Tage bezahlt. Für auswärts Arbeiten wird die Hälfte des Logis, aber nicht über M 1 bezahlt. 3. Lohnzuschlag. Der Lohn wird, wie bisher, alle 14 Tage bezahlt. Wie der Meister den Lohn zahlen will, im Hause oder auf der Baustelle, bleibt ihm selbst überlassen. 4. Kündigung. Kündigung findet nicht statt. Wird ein Mann entlassen, so kann er an demselben Tage seinen Lohn und die Entlassungsliste in Empfang nehmen. Der Tag der Entlassung wird angezählt. Wenn ein Mann von selbst aufhort, so hat er mit der Auszahlung bis zum Lohnabtag zu warten und keinen Anspruch auf Bezahlung für den Tag, an dem er aufhort. 5. Die Überwachung von Seiten einer Kommission erscheint dem Arbeitgeberverband zwecklos, etwaige Wünsche sind den betreffenden Vorständen mitzuteilen und ferner dieselben darüber beschließen. 6. Unter den oben genannten Bedingungen sind wir bereit, einen Vertrag mit den Arbeitnehmerverbänden innerhalb zehn Tagen, voraus auf gerechnet, abzuschließen. Derzelfe soll mit dem 24. März 1906 in Kraft treten und Gültigkeit haben bis zum 15. Mai 1907.

Ahrweiler, den 14. März 1906.
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Ahratal.
J. A.: Steph. Schöneberg, Vorsitzender.“

Wir haben den Herren darauf mitgeteilt, daß wir Ihr Angebot, weil ungenügend, ablehnen, daß der Lohn von 48 s für Maurer und 38 s für Hüttschreiber bei zehntägiger Arbeitszeit unbedingt bezahlt werden müsse. Wir haben auch um minderliche Verhandlung erucht, um unsere Forderungen zu begründen. Hierauf teilte uns der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit, daß sie in einer weiteren Versammlung Stellung genommen haben, und schiede uns einen neuen Tarif, der Verbesserungen enthalten sollte. Wir haben uns bemüht, diese herauszufinden, aber die Ausbeute war wenig ertragreich. An den Sonnabenden wollen sie jetzt eine halbe Stunde früher Feierabend zu geben. Für die Straßgelder, die erhoben werden sollen, wollen die Unternehmer eine Kasse bestimmen, die das Geld für „wohltätige Zwecke“ anlegen soll. (Stellvertretend für die „Opfer“ des Kirchenrevolts in Frankreich.) Der Lohn von 38 s für Maurer und 27 s für Hüttschreiber soll als Höchstlohn gelten. Für Nachstunden sollen jetzt 20 pgt. Aufschlag bezahlt werden. Arbeiten außerhalb unterliegen jetzt der freien Vereinbarung. Dieses Konglomerat sollte nun sofort, und zwar am 26. März 1906, in Kraft treten und bis zum 15. Mai 1907 gelten. Nur auf Grund dieses Tarifs waren die Arbeitgeber bereit, mit den Verbänden einen Vertrag abzuschließen. Also in den Hauptpunkten, Lohn und Arbeitszeit, keine Zugeständnisse, im übrigen dieselben beleidigenden Bestimmungen für die Arbeiter, wie im ersten Tarif. Interessant ist auch, daß die Unternehmer den Tarif bis zum 15. Mai 1907, also wenn die Konjunktur vorüber ist, laufen lassen wollen, damit hätten sie für die nächste Bauperiode auch wieder die Gesetze festgelegt. Die Christlichen sind, obwohl nur wenige Maurer bei ihnen organisiert, dafür aber alle Polizei in den Verbänden hineinkommandiert worden, auch mit Forderungen an die Unternehmer herangegangen. Mit dem gemeinsam vorzugehenden, lehnten die Herren ab, angeblich, um nicht in sozialdemokratisches Gewicht zu kommen. Sie fordern nur 40 s für Maurer und 38 s für Hüttschreiber. Wie die Mitglieder im Ahratal sagen, werden sie von dieser Forderung nicht abgehen. Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, ob die Colner Führer ehrlich genug sind, den Kollegen im Ahratal beizustehen. Bei unseren Mitgliedern ist der feste Wille vorhanden, alles daran zu setzen, um die aufgestellten Forderungen auch durchzuführen. Hoffentlich sind diese Bestrebungen von Erfolg. Bemerkte sei noch, daß die ganze christliche Gesellschaft, Behörden, Unternehmer, Christlichkeit und Zentrum verband, darauf hingearbeitet haben, daß uns ein Lofat zur Verfügung steht. Wir müssen unsere ganzen Geschäfte vom Mund zu Mund oder durch Mundschreiben erledigen. Trotzdem schreitet die Bewegung fort.

Gau Erfurt. Die Lohnbewegung in Kelbra sondab durch ihre Erledigung, daß die Unternehmer für Stadearbeit 33 und für Landarbeit 35 s bewilligen.

Gau Leipzig. In Landsberg bei Halle blüste es am 9. April zum Streik kommen, wenn sich die Unternehmer nicht noch vorher eines Besseren befunden. Drei Unternehmer haben sich schon bereit erklärt, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Ferner bestehen Differenzen in Hammendorf, Beesen und Radewell, gleichfalls in der Nähe von Halle. Für Bappendorf und Umgegend ist der Stundenlohn durch Vertrag um 5 s erhöht worden. Die Lohnbewegung in Bitterfeld ist durch die Erhöhung des Stundenlohnes auf 40 s beendet worden, jedoch ist ein Unternehmer gesperrt, weil er einen Maurer, der Versammlungs-Einladungen vertritt, verregelt. Im Streitgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks werden zweitens auch für die Bauarbeiter allerlei Schwierigkeiten erwachsen. Der Zugang ist darum von dort fern zu halten. Vor allen lässe sich kein Verbandsmitglied zu Grubenarbeit berleiten.

Gau Dresden. In Großenhain wollen unsere Kollegen den Lohn von 26–28 s auf 30 s bringen und die Arbeitszeit um 10 gängen Stunden verkürzen. Am 18. März legten sämliche Maurer bei den Baumeistern Niemitz und Möller die Arbeit nieder. Die Innung, die dazu unsere Forderung abgelehnt hatte und sich auch auf eine Unterhandlung zu nicht einstimmig, bekleidete unsere Lohnkommission am 21. März zu einer Sitzung. In dieser Sitzung boten die Unternehmer vom 1. Juli ab 30 s Lohn. Unsere Kommission verlangte sofort 32 s. Einige Unternehmer waren nicht abgeneigt, vom 1. Juli 32 s zu bezahlen. Da die Streitenden unmöglich die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen konnten, um zum 1. Juli, wenn die Bauten in der Hauptstadt fertig sind, die Erfahrung zu machen, daß gar keine Lohnzulage erfolgt, wurde das Angebot auch jetzt einstimmig abgelehnt. Als Antwort hatten sich vor der Versammlung die Kollegen beim Obermeister nach die Arbeit niedergelegt. Am Mittwoch, 28. März, fand nun wieder eine Verhandlung statt, in der die Unternehmer für die Städte Großenhain und Radeburg 32 s und für das Land 30 s Höchstlohn boten. Da die Streitenden die Arbeit nicht aufnahmen, machten die Unternehmer im „Tageblatt“ bekannt, daß sie tüchtigen Maurern und Zimmerern 32 resp. 30 s zahlen und die gehörsame Arbeitszeit einführen wollten. Auch dieses Angebot wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Es wurde beschlossen, den Kollegen freie Hand zu lassen, im Einverständnis mit der Streitleitung einen Lohn durchzusetzen, wie sie ihn für gut befinden. Der Besluß der Versammlung am 21. März, die Forderung von 30 s auf 33 s zu revidieren, ist somit aufgehoben. Bemerkte sei noch, daß zwei Dritter sich darin ausprägten, daß das Angebot eher noch annehmbar wäre, wenn für den ganzen Bezirk ein einheitlicher Lohn von 32 s gezahlt würde. Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr gehoben, so daß zu erwarten ist, daß endlich für Großenhain bessere Arbeitsbedingungen erzungen werden.

Gau Magdeburg. In Vierer ist die Lohnbewegung erledigt; der Unternehmer Horrmann hat in leichter Stunde die minimale Forderung der Kollegen anerkannt. In Croyen steht 31 haben Lohnkommission und Bauvorstand der Amtswahl mit den Unternehmern verhandelt. Die Unternehmer stimmten einer Lohnerhöhung von 3 s für laufende und von weiteren 2 s für nächste Jahr sowie dem Abschluß eines Arbeitsvertrages zu. Als sie jedoch unterschrieben sollten, traten sie den Rückzug an. Den ausgearbeiteten Vertrag wollen sie erst dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in Halberstadt zur Begutachtung vorlegen, die sie befürchten, durch das Eingreifen des Gaus vorliegenden Überorten worden zu sein.

In Zwickau soll bei der Spieldienstanstalt noch ein größeres Verwaltungsbüro angebaut werden. Diese Gelegenheit wollen die Kollegen nicht unbenutzt vorübergehen lassen, sie beabsichtigen deshalb, eine Lohnerhöhung von 5 s zu fordern.

In Osterburg läuft der Vertrag am 15. April ab. Der vertragsgemäßige Kündigungsfrist ist von den Kollegen eingehalten und den Unternehmern nunmehr die Forderung auf 5 s Lohnzuschlag unterbreitet worden.

In Quedlinburg haben die Unternehmer die Mindestgrenze des Stundenlohnes immer weiter heruntergebracht.

Um dem Einhalt zu tun, haben die Kollegen nunmehr beschlossen, in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzutreten, damit eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen wird.

In Mohlau haben zwei Unternehmer die Forderungen der Kollegen anerkannt, der dritte (Schmidt) schenkt die Entwicklung der Mohlauer Maurerfirma zum Klassenbewußtsein noch nicht zu demerken. Die Kollegen werden ihm zeigen müssen, daß die Zeit ein für allemal vorbei ist, wo sie nach einem halblosen Tageln von ihm bei den Quartsalstierleistungen gejagt.

In Schönhausen wollen sich die Unternehmer absolut nicht mitnehmen, die Forderung der Kollegen anzuerkennen. Der eine hat allerdings 2 s zugelegt; da das den Kollegen nicht genügt, sind sie samt und sondes abgereist. Wenn auch die leistungsfähigen Kollegen des anderen Unternehmers diesem Beispiel folgen, dann dürften die Kollegen, die Zugang nicht zu erwarteten ist, bald anderen Sinesse werden.

In Stendal haben die Kollegen gemeinschaftlich mit den Zimmerern und Bauarbeitern dem Arbeitgeberverband eine Forderung auf 5 s Lohnzuschlag unterbreitet. Die Antwort steht noch aus. Unsere Meinung nach ist der etwas verfrüht gehandelt worden, doch waren unsere Kollegen durch das Vorgehen der Zimmerer dazu gezwungen.

In Börb ist haben die Bauarbeiter den Unternehmern eine Forderung ausgestellt. Ob es zum Kampfe kommt, wird sich erst im Mai entscheiden.

In Magdeburg sind unsere Kollegen durch den Amtsherrn stark in Mitleidenschaft gezogen. Es sind über 200 Kollegen in die Streitkästen eingetragen. Da die Führer außer hartnäckig sind, muß damit gerechnet werden, daß die gesamte Bautätigkeit unterbunden wird. Die reisenden Kollegen tun deshalb gut, das Gebiet des Gaus Magdeburg bis auf weiteres vollständig zu meiden.

Gau Berlin. Die Aussperrung in Schneidemühl ist nicht durch Vertrag der katholischen Fachabteilung zu Gunsten der Unternehmer vereinbart. Seit einiger Zeit ist es einem vorliegenden Unternehmer gelungen, einige Männer für diese "Organisation" zu gewinnen. Während der diesjährigen Verhandlungen erklärte diese Gruppe so, daß wir es für gerecht hielten, mit ihnen in Verbindung zu treten. Nun geschah das Sonderbare, daß diese "Christen" mit dem Resultat der Verhandlung nicht zufrieden waren, sondern energisch auf weitere Zugeständnisse drängten. Die Führer dieser Leute verpflichteten sich, in einer gemeinsamen Sitzung, im Falle einer Aussperrung oder eines Streiks gemeinsam mit dem Verband vorgezogen und in allen tatsächlichen Fragen vorher eine Vereinbarung herzustellen.

Bei Ausbruch der Aussperrung entstand die Debatte, ob die Fachabteilung einen Vertrag nach Schneidemühl. Schon am zweiten Tage klagten die Schneidemüller "Christen", daß ihr Centralverbandsvorsteher darauf dränge, daß sie sich dem Unternehmer zum zur Verhandlung stellen sollten, wogegen aber die Mitglieder protestierten. Unter Gauvorstandsvorsteher hielt es darum für angebracht, den Vertrag zu machen, mit der Central der Fachabteilung über die Tatsache ein Abkommen oder doch eine Vereinbarung herzustellen. Obwohl der betreffende Herr die Monatsabreise einzufordern schien, daß im Interesse der um ihre Existenz und Zukunft ringenden Kollegen ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen beider Organisationen notwendig sei, so konnte er sich doch nicht entschließen, etwas Beschlusses zu verschreiben, da er noch auf Anweisungen von Berlin wartete. Die Kollegen von der Fachabteilung aber verbrachten ganz bestimmt, sie würden sich zu seinem Christen drängen lassen, der das einheitliche Vorgehen in Frage stellen könnte, ja sie würden nach Beendigung unserer Verhandlungen nur dann die Arbeit aufnehmen, wenn vorher die Städte den Ort verlassen hätten.

Aber schon am nächsten Tage sind diese Leute an den Arbeitsgeberverband mit der Bitte um Unterhandlung herangetreten; es haben dann die ganze Woche hinter dem Rücken unserer Mitglieder Verhandlungen stattgefunden, die am 28. März an einem Abkommen geführt haben. Zu einem schriftlichen Vertrag, daß sich der Arbeitsgeberverband nicht auslösen können, Verbrachten es den Mitgliedern der Fachabteilung, daß das vor der Aussperrung Angebotene, also für dieses Jahr der alte Lohn und für nächstes Jahr 1 1/4 Zulage gewährt werden soll. Im weiteren ist zwischen Arbeitsgeberverband und dieser Amtorganisation der "Christen" vereinbart worden, daß bei der Aufnahme der Arbeit und bei späteren Anstellungen die Mitglieder der Fachabteilung den Vorsprung haben und die Verbandsmitglieder möglichst zurückgestellt werden sollen. Nachdem dieser Vertrag vollzogen war, sind am nächsten Morgen die "Christen" zur Arbeit geschickt worden. Da mit den Städten den Unternehmern schon 48 Männer zur Verhandlung standen und nun die "Christen" hinzukamen, war die Zahl der vorher beschäftigten Kollegen wieder erreicht, deshalb wurde den Verbandsmitgliedern empfohlen, soweit sie noch Arbeit erhalten können, solche anzunehmen. Die Mitglieder der Fachabteilung sind über die verräderische Handlung ihrer Leitung scheinbar äußerst empört, sie merken wohl, daß sie als Spitzelgruppe der Unternehmer missbraucht werden.

In Posen ist unserer Kollegen zum 2. April die Aussperrung in Aussicht gestellt worden (sie ist inzwischen auch zur Tat gebracht). Der Arbeitsgeberverband verlangte die Verlängerung des alten Vertrages auf weitere zwei Jahre. Drei Organisationen der Maurer (Centralverband, Gewerbe- und Christlichen Bauhandwerker und Christlichen Dünnerdöfer Gewerbeverein) hatten sich bereit erklärt, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern. Inzwischen hat eine vierte Arbeitersorganisation, der polnischen Verband, mit den Unternehmern den alten Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Da diese Organisation nur 20 bis 30 Mitglieder haben soll, hätte der Vorgang an sich nicht viel Bedeutung, wenn hierbei nicht klar zum Ausdruck käme, daß im Osten nach einer bestimmten Tendenz gearbeitet wird. In Königsberg haben Loeffler & Co. die Erfahrung gemacht, daß der Grundstein: "Teile und herrsche" bei den Bauhandwerkern noch mit Erfolg angewandt werden kann. Wer sich als Mittel an dem Zwecke hält, die Einheit und damit die Macht des Arbeiters durch Geschlitterung zu sprengen, ist diese stulpellosen Herren gleichgültig. Der Zweck bringt eben die Mittel. In Königsberg wünschten die Unternehmer sich eine Streikbrecherorganisation zu gründen, die sich dann dem "Christlichen" Verband anschloß; in Schneidemühl hat die katholische Fachabteilung diese unübliche Rolle übernommen, und in Polen ist es die polnische Organisation, die zu diesem Zweck missbraucht werden soll. Damit aber auch den Germanisationsgedanken und der Religion des Deutschen entsprochen werde, ist den Christlichen Dünnerdöfern angeboten worden, diesem Vertrag beizutreten. Es werden dann nur Mitglieder dieser Organisationen angestellt und die anderen Organisationen würden unter diesen Umständen entbehrlich sein. Dem "Christlichen" Verband ist ebenfalls durch ein Mitglied des Arbeitsgeberverbandes derzeit Rat erteilt worden. Bisher haben die beiden Organisationen dem Sivemont gefangen Widerstand entgegengesetzt. Über alle Organisationen zerstreuter Kollegen aus den Vorgängen im Osten die Gesellschaft ihres Beginnens erkennen.

Die Unternehmer haben Wort gehalten und haben ihren von höherer Stelle erhaltenen Auftrag zur Ausführung gebracht. Am Sonnabend haben sämtliche Kollegen, die dem Centralverband, dem Christlichen Verband und dem Christlichen Dünnerdöfer Gewerbeverein angehören, ihre Entlassung erhalten mit dem Hinweis: trete in den "polnischen Verband" ein, dann kommt ihr am Montag wieder zu Ihnen. Man denkt, dieses Verlangen ist "Arbeitgeber", die sonst zu den unentwegten Käufleuten gehören und von denen bei patriotischen Gelegenheiten jeder mindestens einen Polen vergrüßt.

In Wittenberg (Pr. Halle) beantragten die Maurer und Zimmerer eine Lohnhöhung von 5 1/4 pro Stunde. Am 1. Februar stattgefundenen Verhandlung machten die Unternehmervertreter den Vorschlag, 2 1/2 in diesem Jahr und weitere 2 1/2 im nächsten Jahr zahlen zu wollen. Die Maurer und Zimmerer nahmen dieses Angebot an, der Arbeitsgeberverband lehnte aber den Vorschlag seiner Kommissionssmitglieder ab. Außerdem wurden dem Sinne der Verhandlungen überwiegende Vertragsbestimmungen aller Art verlangt. Als unsere Kollegen dieses Antritten ablehnten, drohten die Unternehmer mit der Aussperrung zum 2. April. Auch diese Aussperrung ist inzwischen perfekt geworden.

Auch in Wittenberg (Pr. Potsdam) sind die Maurer, Zimmerer und Maler ausgesetzt. Hier verlangen die Unter-

nehmer die Verlängerung des alten Vertrages. Wir fordern 4 1/2 Lohnhöhung. Nachdem die Herren vergeblich ver sucht hatten, unsere Mitteilung auf Einberufung einer Sitzung zwecks Aenderung des bestehenden Vertrages den Charakter einer Vertragsänderung abzusprechen, fand am Abend des 30. März eine nochmalige Verhandlung statt. Im zehnten Stunde wurde uns das Ultimatum gestellt, bis Sonnabend Mittag zu erläutern, ob wir den alten Vertrag an ein weiteres Jahr annehmen. Die Einwendung, daß wir nicht im Stande seien, die Erklärung abzugeben, da wir unsere Mandatgeber nicht mehr befragen können, ließ die Herren lächeln, sie beobachteten auf ihrem Verlangen. Auch ein Vorschlag, unseren Kollegen zu empfehlen, in diesem Jahre den alten Vertrag anzuerkennen, wenn für ein zweites Vertragsschicht ein höherer Lohn gleich mit vereinbart würde, lehnten diese Herren ab. Sie wollen nun einmal den Krieg. Nur so ist diese brutale und unchristliche, ja gerade unverbürgte Rüttung, die man uns zu stellen wagte, erklärbar. Es ist aber bereits ein offenes Geheimnis, daß die Verantwortlichen dieser Machination die Aussperrung benutzen wollen, um ehrliche unangemachte Konkurrenz loszuwerden und eine Preissteigerung ihrer Produkte herbeizuführen.

Die Kollegen des Lohnbegiebs: M. H. L. Berg a. d. Elbe sind in den Streit eingetreten. Eine Verhandlung, die vorher stattfand, verlief ratlos, weil sich die Unternehmer mit be langlorem Ausreden um eine Lohnzulage herumdrücken wollten. Kurze Zeit darauf wurden die leitenden Kollegen plötzlich entlassen, obgleich noch täglich andere Maurer eingestellt wurden. Da im Verhandlungsraum die Gewerke nicht wieder eingestellt wurden, die Konjunktur aber sehr gut entwickelt ist, so ist diese Gelegenheit gleich zur Durchführung der Forderungen benutzt worden.

Die Speere in Freienwalde a. d. O. beim Unternehmer Reus ist zu unseren Gunsten erledigt.

In der zum Zweigverein Rathenow gehörenden Stadt Elze ist mit drei Unternehmern des Bezirks ein Vertrag zu Stande gekommen, der die einstündige Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzt und den Lohn um 8 1/2 (Leit 85 4) erhöht.

Einzig in seiner Art bürdet das Resultat der Verhandlung in Oranienburg dastehen. Gefordert wurde eine Lohnzehrung auf 80 1/2 und eine neunstündige Arbeitszeit. Im August d. J. stand der Lohn auf 80 1/2, der im Herbst auf 82 1/2 1/2 stieg. Das Resultat der Verhandlung ist 60 1/2 und 9 1/2 Stunden für dieses Jahr und 65 1/2 und 9 Stunden für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908. Die übrigen Vertragsbestimmungen sind ebenfalls gut.

In Eckernförde wurde ein Vertrag geschlossen, der für ein Jahr gilt und eine Lohnzehrung von 60 auf 62 1/2 sowie die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden bringt.

In Seebüttel tritt laut Vereinbarung eine Lohnzehrung von 60 auf 65 1/2 ein.

In Konitz ist es etwas ruhiger geworden, als in den ersten beiden Wochen. Die Unternehmer haben allmählich eingesehen, daß Lügen nur turpe Weine haben und daß sie damit nicht allein zum Ziel kommen. Auch die Behörde scheint erkannt zu haben, daß nicht alles wahr ist, was die Unternehmer ihr aufgebunden haben, sondern daß die falschen Gerüchte nur von den Unternehmern verbreitet wurden, um ihre hinterlistige Handlung zu verborgen. Der Kriegszustand hat sich bedeutend gemildert, da auch die Kollegen die größte Ruhe bewahrt haben, trotzdem es an Probierungen nicht gescheit hat. Das Bürgeramt ist auch mehr zu der Ansicht gekommen, daß doch wohl etwas Gerechtes an den Forderungen der Maurer sein muß, weswegen auch der Herr Bürgermeister Verhandlungen angebahnt hat. Ob sie ein Resultat zeitigen werden, bleibt abzuwarten, denn den Unternehmern sind nicht die minutiösen Forderungen der Kollegen verhaft, sondern die Organisation. Der Herr Schärmacher Hermann hat davon geträumt, daß es ihm gelingen werde, die verhaftete Organisation wieder loszuwerden, und darum wird er so lange an dieser Idee festhalten, bis er selbst eingesehen hat, daß es nur ein Traum und sogar ein schlechter Traum war, der ihn auf diesem Weg gebracht hat. Darum ist besonders notwendig, daß die Kollegen sich nicht verloren lassen, nach Konitz zu gehen. Eine Veranlassung dazu liegt nicht vor; an Arbeit fehlt es jetzt nicht mehr, und in Konitz werden nur Maurer gebraucht, um den Unternehmern als Streikbrecher zu dienen, und dafür muß sich jeder anständige Mensch bedanken.

Gau Stettin. In Böhlitz i. B., einem Städtchen von annähernd 4000 Einwohnern, sind die Unternehmer recht hochzufrieden. Eine im Herbst 1905 eingetretene Forderung wurde schwäbisch abgewiesen. Im Frühjahr 1906 lehnten sie zunächst jedes Verhandeln ab, später erklärten sie sich bereit. Als es soweit war, widersetzte sie wieder aus und schrieb folgende Antwort:

"Den an uns gestellten Antrag, pro Stunde mit 86 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit zu zahlen, können wir unmöglich annehmen, da die meisten Arbeiten über Band sind; für den Bandmann ist es eine unangemessene Sache, wenn die Maurer um 6 bzw. 7 1/2 Uhr Feierabend machen, dagegen seine Leute zwischen 8 1/2 und 9 Uhr."

Die Lohndifferenz beträgt nur 15 1/2, M. 21,60 bei 26 1/2 und M. 21,45 bei 82 1/2 1/2, es handelt sich also nur um die 1. Stunde, die glauben wir mit Recht bei 11 Stunden Arbeitszeit und 82 1/2 1/2 die Stunde zu ziehen. (Unterschriften)

Am 16. März beschlossen die Kollegen einstimmig den Kampf für längere Arbeitszeit. Ohne Wirkung ist das Rechenergebnis der Unternehmer nicht geblieben. Einige Bauherrn ließen sich durch die Aussicht auf einen "Polierposten" nach kurzer Dauer zum Abzocken bewegen. Den Unternehmern stehen 22 Gesellen und 10 Lehrlinge zur Verfügung. Die Preisingpresse erbarbeitet sich dieses Falles und behauptete allen Ernstes, der Hauptvorstand hätte den Lohn von 30 1/2 pro Stunde für ausreichend erklärt und deshalb keine Genehmigung erteilt. Auf den Orlaß näher einzugehen, hieße ihm zuviel Ehre. Unsere Kollegen in Böhlitz i. B. waren so vernünftig, ihre Forderung erstmals dann gestellt zu machen, als Aussicht auf Erfolg vorhanden war. Am 25. März beschlossen die Unternehmer statt der bisherigen einstündigen Arbeitszeit bei 22 1/2 zehnhalb Stunde und 38 1/2 pro Stunde. Sonnabends eine Stunde früher Feierabend. Die Lautzeit wird bezahlt. Gefordert waren zehn Stunden und 38 1/2 pro Stunde. Mit dem Antritt gab sich unsere Kollegen, aus Rücksicht auf Selbberg und Stargard in der Mark, zufrieden.

Auch in Barth ist man nach einem langen Geplänkel einem Streit aus dem Wege gegangen. Am 27. März kam es zur Verhandlung. Statt bisher 10 Stunden und 37 1/2 für 1906 und 38 1/2 für 1907. Bei 10 Stunden 2 1/2 pro Stunde mehr. Mit 80 gegen 8 Stimmen wurde dies in gemeinsamer Versammlung von Maurern und Zimmerern angenommen.

In Svinefjunde legten am 28. März 100 Bauarbeiter die Arbeit nieder. Im Mittelverband kommen von 227 Maurern die Unternehmer hätten dies herabdrücken können, wenn sie den im November 1905 gestellten Antrag, auch für die Bauarbeiter die Verhältnisse vertraglich zu regeln, nachgekommen wären.

In Trepow a. d. Neva steht uns kein Lofst zur Verfügung. Bis vor kurzem waren die meisten anlässigen Kollegen interesslos. Den beim Bau der Prengastalt und der Unteroffiziersschule erzielten Verein ließ man ein gehen. 1904 wurde der Verein neu erichtet. Wieder ging alles so plausibel wie zu, daß sich die Unternehmer bei einstündiger Arbeitszeit Lassenlöhne und Willkürzeiten leisten konnten. Deto überstehender kam im Anschluß an die diesjährige Flugblattverbreitung die Einigung der Kollegen und am 28. März der Beschluss, zehn Stunden und 40 1/2 zu fordern. Die Unternehmer lehnen ab. König und Prinz bewilligten sofort. Hausmann will vom 1. April ziehen. Wölke rechnete auf die alte Schlappe. Nicht geschnadet wußte er: "Die muß man warten lassen, wenn sie hungrig kommen sie schon." Sich allein lehnen, be willigte er aber doch am 28. März. Aber Deute erhielt er nicht so schnell. Am 30. März wurde er persönlich beim Gauvorstand vorstellig und erst auf dessen Veranlassung ging ein Teil der bisherigen Arbeitsteams zu ihm zurück. Hoffentlich sorgen unsere Kollegen für einen guten Ausbau der Organisation. Nur der verbietet die Freiheit und das Leben, der täglich sie erfährt und muß.

Als Freiheit ist das Vorgehen der Unternehmer in Trepow a. d. Tollenze einzuschätzen. 28 1/2 pro Stunde gilt bis heute als Lohn für die besten Kräfte. Im November 1905 stellten unsere Kollegen Anträge auf Verbesserung. Es fand am 23. Januar d. J. zu Verhandlungen. Bewilligt wurden elf Stunden und 32 1/2 pro Stunde. Sonst wollten die "Herren" aus der Verhandlung einen fidelen Herrenabend machen mit Burschen und Freiwilligen. Die Kommission ließ sich nicht überwinden. An der Hand der Originalnotizen fertigte der Schriftführer einen Vertragsentwurf aus. Unter dem 8. März sandten die Unternehmer einen Vertrag, der im großen und ganzen dem Verhandelten Rechnung trägt, aber zweijährige Vertragsdauer und niederen Lohn für "Minderwertige" enthalten soll. Höflich teilte man ihnen mit, daß bisher immer nur von einem Jahr die Rede gewesen sei. Man hätte aber sonst nichts dagegen, wenn für zweite Jahre weitere Zulagenfeste gemacht würden. Inzwischen organisierten sich die Zimmerer. Dem Gelobten Kriesmann ging dies gegen den Strich. Wegen Mängels an Arbeit entließ er zufällig alle organisierten Zimmerer. Kriesmann ist so halb und halb ein Onkel von Maurermeister Goelschow. Es kann nun folgendes Schreiben nicht mehr wundernehmen:

An den Vorstand der Maurer von Trepow und Ullung. Die unterzeichneten Arbeitgeber fordern Sie hiermit auf, bis spätestens Montag, den 28. d. M., die schriftliche Erklärung abzugeben, daß die Gesellschaft die von uns unter dem 4. d. M. aufgestellten Arbeitsbedingungen in allen Punkten annimmt. Geschieht dies nicht, so erfolgt am Sonnabend, den 31. d. M., auf allen Arbeitsstellen der unterzeichneten Arbeitgeber die Einstellung der Arbeit. Durch dieses Schreiben sind dann sämtliche Maurer am 31. d. M. gefündigt.

Trepow a. d. Tollenze, den 17. März 1906.
M. Goelschow. Aug. Schmidt. Friedr. Rossm. R. Kuschenberg.

Am 25. März beschloß eine Versammlung der Gesellen, mit zwei Jahren einstehen zu sein, wenn im zweiten Jahr ein halbe Stunde weniger Arbeitszeit und entsprechende Lohnzehrung eintrete. Um mündliche Verhandlung hierüber wird ersucht. Prompt kam am 26. März die Antwort, daß die Unternehmer jede Verhandlung ablehnen. Sie hätten aus unserem Vorgeben geschlossen, daß wir in den Streit eintrittet. Vorher hatte man eine ähnliche Notiz in die Kreisblätter lanciert. Der Zweck ist kein anderer, als sich reinzuwaschen. Zu allem Überfluß kam an die einzelnen Arbeitsstellen noch folgende Karte:

Trepow a. d. Tollenze, den 30. März 1906.
Morgen if Schluss der Arbeiten allerwärts; bringen Sie und — Ihr Geschäft mit nach Hause. Löhnuung ist morgen auch. Invalidenfeste mitbringen.

M. Goelschow. Maurermeister.

Genau so handelten die übrigen Unternehmer. Die Arbeit hat man aufgeschoben und kommt über Arbeitsmangel. Somit ist die Aussperrung wahr geworden. Bauherrn und Fischern ehe mit einem Schlag kämpfende Arbeitern gemacht. Hoffentlich wird man, man bald in anderen Orten von dem frühen Eintritt des Forderungen aus puren Höflichkeit abgehen.

Gau Lübeck. In Reinbek i. S. ist die Lohnzehrung beendet. Am 1. Mai tritt eine Erhöhung des Stundenlohns von 40 1/2 auf 42 1/2 ein. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen.

Eine Aussperrung planen anscheinend die Unternehmer Gütztow. Folgendes Schreiben das unter dem 21. März einging, läßt diese Vermutung wenigstens zu.

"A. die Lohnkommission der Maurer zu Gütztow. Bitte ergeben Sie ergeben, uns bis zum 20. dieses Monats eine bindende Antwort zu geben auf unser Schreiben vom 17. Januar 1906, namentlich daß der bisherige Lohnsatz für das ganze Jahr 1906 von Bestand bleibt.

Es sind jetzt Bauten von 1906 mit dem Bauherren abgeschlossen auf Grundlage des jetzt bestehenden Lohnsatzes. Richtungsvoll.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für Gütztow und Umgegend."

Aus der Innung, die im Jahre 1904, gelegentlich der Aussperrung der Maurer, durch den Austritt einiger Mit-

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Verbandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingetragen haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Biele-Oranienburg (Verb.-Nr. 92 782), Karl Otto Hörtel Dresden (19 570), E. Arno. Schubert - Limbach (217 746), Frdr. Baumann - Welsch (977 854), Fris. Jäger - Einbeck (66 888), Paul Appold - Alsterleben (115 647), Jos. Krämer - Herne (59 809), Heinr. Schröder - Bodum (311 184), Anton Michaeli - Boen (245 464), Fris. Wint - Biesenthal (48 849), Heinr. Giel - Cöln (308 405), Rob. Höhl - Breslau (66 228), Kolmar - Cöln (283 932), Albert Schulz - Berlin (45 677), Gust. Janitzki - Berlin (90 709), Aug. Stenzel - Berlin (316 659), Hans Krause - Berlin (343 844), Frdr. Körnemann - Braunschweig (249 888), Aug. Ahrens - Cöln (59 264), Jos. Jäger - München (228 438), Mich. Mehl - München (240 162), Cajpar - Bawel - Reichenbach (267 614), Herm. Thomas - Dresden (18 548), Carl Brauer - Jena (181 298), Adalbert Kosidz - Boen (44 709), Xaver Hirschel - Strasburg i. Elsas (124 211), Willh. Schäfer - Cöln (216 584), Jos. Mannbach - Cöln (260 844), Aug. Bode - Gronau (171 083), A. Kahl - Idstein (317 467), Willh. Schmidt - Eissen (34 986), Luisen Buhl - Leer (82 872), Rob. Kellner - Oberhausen (212 889), Anton Böhm - Oberhausen (180 780), Frdr. Pauli - Chemnitz (241 130), Paul Scherzer - Düsseldorf (243 667), Otto Schulz - Berlin (103 497).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87b des Status vom Zweigverein Greifswald: Franz Schmidt (Verbands-Nr. 74 429); Wielefeld: H. Schröder (53 903), P. Schwartz (54 084), D. Bauer (332 551); Solingen: Wilhelm Bierbrauer (226 979); Bremenhaven: Wilhelm Sienensbäcker (116 079), Traugott Dannemann (338 407); Erfurt: Karl Kutschke (263 180); vom Verbandsvorstand: Gustav Preiß in Stettin (90 068).

NB. Die Namen derselben Kollegen, welche wegen rückläufiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Leipzig. Das Bureau des Gauvorstandes befindet sich jetzt Zeigerstraße 82 II. J. A. Gust. Jacob.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Tatsachen sendet man sofort an die Redaktion des *Handelsblattes*. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Gestaltungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Barmen-Everselb. Sonntag, den 25. März, fand in Ronsdorf im Bederischen Vorsitz eine öffentliche Maurer-Veranstaltung statt, in der Kollege Muth aus Cöln über das Thema: „Der Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter“ referierte. An der Hand eines reichhaltigen Materials entledigte sich der Referent seiner Aufgabe in bester Weise. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, was wohl zum Teil auf den starken Schlägen, zum größten Teil aber auf die Laune und Vereinigungsmöglichkeit der dortigen Kollegen zurückzuführen sein dürfte. In der Diskussion wies Kollege Bässler auf die unregelten Arbeitsverhältnisse im Maurerhandwerk in diesem doch für die Arbeiterbewegung historischen Orte hin und forderte gut eifriges Agitation und zum Eintritt in den Centralverband der Maurer Deutschlands auf. Auch einige christliche Maurer waren anwesend, die zuerst, trotz mehrfacher Aufforderung, keine Worte finden konnten. Schließlich aber erklärte der Vorsitzende der christlichen Maurer von Barmen, namend Deeb, man solle sich nur organisieren, wenn der freie Verband gefallen, der solle sich frei organisieren; wer es aber mit seinem „religiösen Gefühl“ nicht vereinbaren könne, der solle sich christlich organisieren; man müsse Hand in Hand arbeiten; man solle getrennt marxieren und geschlossen schlagen usw. Auch habe Kollege Muth den Landtagsabgeordneten Brust einer Remonstranzarbeiter genannt, was ihm gar nicht gefallen wolle. Der zweite christliche Redner, ein gewisser „Kollege“ Koch, wußte an den Ausführungen der Kollegen Muth und Bässler nichts auszusagen, aber er müsse den Kollegen Muth und Drus die Schuld beimessen, daß vor fünf oder sechs Jahren die Büchstelle des Centralverbandes in Ronsdorf auseinandergefallen sei. Gleichzeitig behauptete er stief, gottesfürchtig und dreist, der „Grundstein“ greife die Religion an. Leider, der noch ein christliches Gefühl in sich habe, mußte dem Centralverband den Rücken lehnen und sich christlich organisieren. Es war unser Referent ein leidiges, die beiden christlichen Redner ab absurdum zu führen. Leider war die Zeit schon zu weit vorgeschritten, da punkt 6 Uhr die Metallarbeiter, die sich dort in einer Lohnbewegung befinden, in demselben Lokale tagen wollten und deshalb die Versammlung geschlossen werden mußte. Wir hätten sonst mit unseren Brüdern in Christo eine gründliche Abrechnungorgenommen.

Breslau. Am 18. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Altordertage“ referierte Kollege Höller. Er schilderte in eingehender Weise die Altordarbeit und ihre Schäden. Die Altordarbeit sei an und für sich kein System der Neuzeit; schon im 14. Jahrhundert sei im Bergbau in Alsfeld gearbeitet worden; auch in der Textilindustrie trat sie marant her vor. Heute sei wohl in fast allen Gewerben die Altordarbeit eingeführt, da daß man wohl mit Recht sagen könne, daß die meiste Arbeit in dieser Art und Weise hergestellt wird. Überall seien bei diesen Modus mehr oder weniger Schäden vorhanden, aber die größten seien im Baugewerbe zu finden. Hier am Ort sei wohl das Maurer in Alsfeld verschwunden, aber der Innen- und Außenputz werde zu 90 p. 100 in Alsfeld ausgeführt.

Meldner schilderte die Nachteile, die für die Kollegen daraus entstehen, der größte Fehler sei die Übernahme der Altordarbeit im ganzen; so stellen sich a. B. die Kollegen vor den Bau hin und sagen sich, das Ding hat so und so viel Fensterfront, also müsse, wenn noch die Höhe und Tiefe des Baues berücksichtigt sind, so oder so viel Platz dafür gesahlt werden. Auch unterteilen sich die Maurer, und die Preise sinken immer mehr und mehr. Es entsteht ein Hassen und Jagen bei der Arbeit, und es sei ganz erfärlich, wenn die Qualität der Arbeit immer mehr nachlässt. In Leipzig haben es die Kollegen verstanden, die Altordarbeit abzuschaffen, doch machen sich Anzeichen bemerkbar, daß sie dort in der nächsten Zeit wieder eingeführt wird. Obwohl die Abgeschaffung des Altordsystems eine unabdingliche Notwendigkeit sei, hält Höller es in der jetzigen Zeit doch nicht für angebracht, die Frage aufzuwerfen zu lassen, da die Baufonctionstur gerade jetzt nicht gut zu nennen sei. Auch würde der nächste Verbandsstag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen. Kollege Bidera nahm zu dieser Frage eine andere Stellung ein als Höller. Der Gegenstand sei von so großer Wichtigkeit, daß dazu ein ernster Schrift unternommen werden müsse. Wenn die Leipziger Kollegen nicht wieder in das Altordsystem zurückfallen sollen, dann müsse dafür gesorgt werden, daß die größeren Städte damit anfangen, dieses System zu beseitigen; die Altordarbeit beim Innern muss sowohl als möglich beseitigt werden. Die Kollegen Ulbrich und Neumann führten an, daß durch das Altordsystem das Solidaritätsgefühl für die Organisation verloren ginge. Als Delegierte zur Gaulonferenz wurden die Kollegen Bidera, Ulbrich, Krause, Bartsch und Stark gewählt. Die Verwaltung stellte folgende Anträge zur Gaulonferenz: 1. Dass die Beschlüsse der Gaulonferenz von sämtlichen in Breslau arbeitenden Kollegen angenommen werden müssen. 2. Regelung der Prozentsätze, und zwar betrifft der 10 p. 100 an die Zweigvereine. Die Anträge wurden nach heftiger Diskussion, in der die Meinung der Kollegen geteilt war, angenommen. Kollege Bidera gab bekannt, daß die Baufonction bei Baumgart aufgeschlossen werden ist, nachdem Panthaler in Vertretung Baumgart die Bekleidungen gegen Bidera und den Centralverband der Maurer bedauern schriftlich zurückgenommen hat. Bidera bedauerte den Kollegen aus Herz, sich an der Flugblattverbreitung rege zu beteiligen. Hierauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Centralverband der Maurer geschlossen.

Cöln a. Rh. Die Cöler Maurer, Bäuerer und Bauhüllsarbeiter hielten am Dienstag Abend, den 18. März, im Volksausstausch eine märschende Besuchte Versammlung ab. Schon vor 9 Uhr waren Saal und Galerien überfüllt. So zahlreich werden die Bauhüllsarbeiter Cöls wohl noch nicht zusammen gewesen sein. Es galt, Stellung zu nehmen an den mit den Unternehmern geplünderten Beratungen in Sachen des am 1. Mai ablaufenden im Jahre 1903 vereinbarten Tarifs. Der Vorsitz der Bäuerer beträgt zehntägige Arbeitszeit für Maurer 65 3, für Bauhüllsarbeiter 45 3; die Bäuerer arbeiten nur im Altord. Die organisierten Arbeiter haben nun von den Unternehmern u. a. gefordert: neunehntägige Arbeitszeit, 60 3 Stundenlohn für Maurer, 50 3 für Bauhüllsarbeiter, Abschaffung der Altordarbeit im Bäuererberuf. Die Unternehmer kehren demgegenüber auf dem Standpunkt, daß in diesem Jahre ab 1. Oktober der Vorsitz überhaupt nicht erhöht werden solle; vom 1. Oktober an wollen sie 2 3 auflegen und am 1. Mai 1907 weitere 3 3. Die neunehntägige Arbeitszeit wollen sie ebenfalls erst am 1. Mai nächsten Jahres bewilligen. Wenn die Arbeiter auf der Abschaffung der Altordarbeit im Bäuererberuf bestehen, sollen die Unterhandlungen der Altordertommission als gescheitert betrachtet werden. Die Altordlöhne der Bäuerer sollen vom 1. Oktober an ein wenig erhöht werden. Statt der geforderten 20 3 Zuschlag pro Überstunde wollen die Unternehmer 15 3 zahlen. Die geforderten 50 p. 100 Zuschlag für Nacht- und 100 p. 100 für Sonntagsarbeit wollen sie benötigen. Im übrigen beabsichtigen sie sogar noch einige Verschlechterungen in den Tarif hinzuzubringen. Die Vertreter der Arbeiter haben ebenfalls beraten und machten der gestrigen Versammlung folgende Vorschläge: Die Arbeiter fordern sofortige Einführung der neunehntägigen Arbeitszeit am 1. Mai dieses Jahres bei 65 3 Stundenlohn, der am 1. Oktober dieses Jahres auf 60 3 steigt. An der Abschaffung der Altordarbeit ist unter allen Umständen festzuhalten, um die dadurch herbeigeführten erbärmlichen Zustände im Bäuererberuf zu beseitigen. Zur Begründung dieser wahrschließlich bedeckenden Forderungen, die hinter den Errungenschaften anderer Großstädte, wie Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Kiel usw. weit zurückstehen, und die einer Begründung überhaupt gar nicht erst bedürfen, wiesen die einzelnen Redner auf die unerschwinglich hohen Lebensmittel- und Wohnungskosten hin und darauf, daß die Lebensbedürfnisse in der nächsten Zeit infolge der am 1. März in Wirklichkeit getretenen agrarisch-goldmünznerischen Handelsvertragspolitik der Regierung und der herzschwachen Parteien noch eine weitere Verkürzung erfahren werden. Auch, daß die Bauarbeiter heute fordern, entspricht lange nicht dem, was zum beiderseitigen Interessenverträge Dasein unentbehrlich ist. Nach wie vor müssen sie sich plagen und schinden vor Morgens bis Abends; von Tag zu Tag, und wenn sie sich doch befreien, was sie am Ende des Jahres aufwege, gebracht haben, dann ist es im günstigsten Falle gleich null, wenn nicht gar Schulden vorhanden sind. Von einem christlichen Dasein sind die Maurer und Bauhüllsarbeiter noch sehr weit entfernt. Es wurde in der Versammlung auch von mehreren Rednern betont, daß man ganz andere Forderungen aufstellen würde, und gar nicht daran dächte, jetzt etwas von den geringen Säzen nachzulassen, wenn man nicht mit der „christlichen“ Gegenorganisation rednen müsse. Der Referent Muth gab der Überzeugung Ausdruck, daß das Unternehmertum den Frieden mit der organisierten Arbeiterschaft nicht wolle, und daß es nicht nur in Cöln, sondern in ganz Westdeutschland über kurz oder lang zu einem Kampfe um die Organisation komme. Da sei es am Ende besser, wenn dieser Kampf doch nicht zu umgehen sei, ihn gleich jetzt auszufechten. In den nächsten Tagen müsse eine Agitation entfaltet werden, wie Cöln sie noch nie gesehen habe. Hunderte seien noch zu gewinnen. Auch der letzte Maurer und Bauhüllsarbeiter müsse aufgelaßt und

dem Verbande aufgeführt werden. Da geschlossenster die Organisation, um so größer und sicherer wird der Erfolg sein. Die Versammlung beschloß einstimmig die folgende Resolution: Die am 18. März im „Völkerhaus“ tagende, von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung der Maurer, Bäuerer und Bauhüllsarbeiter nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Altordertommission. Die Anwesenden bedauern das geringe Entgegenkommen der Unternehmer in bezug auf die Forderungen der Arbeiter. Angesichts der rücksichtigen Verkürzung aller wichtigen Lebensmittel und Bedarfsgüter erwartet die Versammlung von den Vertretern der Arbeiter in der Altordertommission, daß sie mit aller Energie, die von den Organisationen aufgestellten Forderungen, die bei der heutigen Lebenshaltung als äußerst minimal bezeichnet werden müssen, vertreten und ihnen zur Durchführung verhelfen. Die Versammlung erlässt ferner, daß die Altordarbeit im Bäuererberuf, weil äußerst schädlich, bestellt werden muß, und die Versammlung erwartet trotz der bisher ablehnenden Haltung des Unternehmers, daß diese die Gründe der Arbeiter anerkennen und sich zur Beseitigung der schädlichen Wirkungen bereit finden. Zum Schluß betont die Versammlung die Notwendigkeit, daß jeder Maurer, Bäuerer oder Bauhüllsarbeiter, über ganz jeder Kaufarbeiter, der freigewerkschaftlichen Organisation angehören muß. Die Anwesenden verpflichten sich, in diesem Sinne auf den Arbeitsplätzen tätig zu sein.

Dortmund. In der Zahlstelle Mengede tagte am 14. nur schwach besuchte Mitgliederversammlung, die jedoch nur schwach besucht war. Als Referent war Kollege Müller erschienen. Er sprach über die Entwicklung der Organisation. Zum Schluß seiner Rede machte Müller noch darauf aufmerksam, daß jeder Kollege sich an der Ausbreitung der Organisation beteiligen müsse. Um weiteren Verlauf der Versammlung fanden sich vereinigte Mitgliedern auf den Bauten zur Erörterung. Nachdem alsdann noch einige Maßnahmen zwecks Verbreitung von Flugblättern getroffen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 28. März fand hier eine gut besuchte Maurer-Veranstaltung im „Erlauch“ statt. Anwesend waren die Abteilungen des Vorsitz der Kollegen Johann Friedrich und Hugo Mende in der sibischen Weise. Der als erster Punkt angelegte Vortrag: „Die Weltpolitik und die Arbeiterklasse“ konnte leider nicht gehörig werden, da der Referent, Herr „Gewerkschafts“ erläuterte der Befreiungsmann, Kolleg Bürger, die §§ 28, 26, 26c und 22 des Status. Im § 18 ist ausgedroht, daß ausgetretene und ausgeschlossene Mitglieder im ersten Falle ein Entrüttigungsgeld von A. 1,50, im wiederholten Falle ein solches von A. 3 zu zahlen haben. Wer wegen Schänden geurteilt wurde, hat außerdem noch Wodens, im wiederholten Falle 18 Wochenstrafe zu entrichten, auch kann eine besondere Buße zu einem Jahresbetrag verhängt werden. Viele Kollegen sind nur der Meinung, daß beitragsfrei Zeit (Dezember, Januar, Februar) nicht als rückständig gilt, wenn vorher nicht bezahlt ist; dem ist aber nicht so. Die Kollegen gehen vielmehr ihrer Rechte als Verbandsmitglied verlustig, wenn sie nicht mitbekommen um Stundung ihrer restriktiven Vorschriften geurteilt haben, wie § 26c des Status vorstehend ist. § 26b nicht zutrifft. Im weiteren wurde auch auf § 22 Statut hingewiesen. Nach diesem hat sich jedes Mitglied in Krankheitsfälle innerhalb von 10 Tagen unter Vorwegnahme eines ärztlichen Attestes und des Mitgliedsbuches zu melden, wenn es Anspruch auf Krankenunterstützung erhebt, und nur in anerkannten Städten darf die Meldung innerhalb dreier Wochen erfolgen. Einwendungen bezüglich wurden nicht gemacht. Ferner wurde ein Antrag an den Verbandsvorstand auf Ausschluß des Kollegen Robert Arno Krause angenommen. Krause ist bei dem letzten Streit in der Hammerischen Schuhfabrik Streitbrecher geworden und hat sich trotz mehrmaliger Einladung nicht zur Versammlung eingefunden. Scharf gerichtet wurde es, daß einige Kollegen im Altord arbeiten und selbst Dresdner Kollegen in Freiberg Lohndrücker sind. Auch die neuerrichtete Streitkommission wurde ins rechte Licht gerückt. Im weiteren wurde betont, daß die Meldung arbeitsloser Kollegen nur während der Arbeitszeit und mindestens wöchentlich einmal zu erfolgen hat. In der weiteren Umgegend fanden die „Grundstein“-Abgeordneten die Arbeitslosigkeit bestätigen. Nachdem Kollege Paul noch aufgelöst hatte, bat die reichhaltige Bibliothek fleißig zu bewegen, erfolglos Schluß der Versammlung.

Erlangen. Eine Versammlung mit Hindernissen. Die Leitung des sibischen Zweigvereins hatte geschlossen, und einmal in den benachbarten Großstädten, wo mehrere christliche Verbandskollegen ihr Ortsamt haben, eine Versammlung abzuhalten. Es war hierzu ein Vorsitz gewählt, der vorsichtigerweise mit dem Wirt ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach er verpflichtet wurde, die gesamten Kosten zu tragen für den Fall, daß er in letzter Stunde sein Vorsitz abweisen sollte. Am Tage der Flugblattverbreitung, am 18. März, stattfanden sollte, fand unterem Käfferei zur Kenntnis, daß am selben Tage, also am 18. März, in dem gleichen Vorsitz eine Versammlung des katholischen Arbeitersvereins stattfand. Daraus ging hervor, daß der Wirt bestimmt worden war, um sein Vorsitz an der Versammlung nicht zur Verfügung zu stellen. Um sicher zu gehen und die Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Deinert durch das christliche Arbeiterscretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bezeichneten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Meldung zugehen, daß er nicht zu kommen braucht. Aber Kolleg Engelhardt ließ sich nicht beeinträchtigen, und am selben Tag, am 18. März, stattfand die Versammlung des katholischen Arbeitersvereins statt. Daraus ging hervor, daß die Befreiungserklärung der Versammlung unter allen Umständen

den „Himmelsflügel“ zu hören. Nun wurde der Wirt interessiert, ob er die Verweigerung seines Lokals aufrecht halte. Er brachte dies: „Als Feuerwehr Engelhardt ihn dann auf den Vertrag aufmerksam machte, stellte er uns das Gastzimmer zur Verfügung. Wir wollten uns bereits anschicken, die Tische zu entfernen, um Platz zu bekommen, als „Hochwürden“ auf den Platz erschien. Dieser musste dann wohl noch einmal auf den Platz erscheinen. Dieser muss dann wohl wieder dem Kollegen Engelhardt auch im Gastzimmer nicht vom Wirt erlaubt. Bei dieser Gelegenheit lachten wir auch von der Frau des Wirts erfahren, dass der Herr Bauer es war, der das Telegramm nach Nürnberg sandte. Nun war die Sache für uns geklärt. Der Vorstand forderte nunmehr die Anwälten auf, in die bürgerliche Wirtschaft nach Erlaubnis zu gehen. Diesem Ruf wurde aufsteigend folgt geleistet und der Umgang begann; auch einige Frauen schlossen sich an. Der Referent konnte mit vor einer dicht besetzten Verhandlung sprechen. Das Vortragsthema lautete: „Blick und Augen des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und seine Gegner.“ In kurzen Zügen schilderte der Referent Entwicklung und Entwicklung unseres Verbandes und verbreitete sich über seine Errungenheiten und Verstrebungen. Er führte aus, dass die Errungenheiten zwar sehr erfreulich sind, doch sei es und noch mehr gelungen, die erste Stufe des sozialen Erfolgs zu bestreiten. Die bestreitete wirtschaftliche Lage trifft den Arbeiter besonders schwer, zumal durch eine verfehlte Politik und das Leben kost zur Unmöglichkeit gespielt wird. Deshalb sei es notwendig, die Arbeiterschaft zusammenzuführen zu gemeinsamem Denken, Führen und Handeln. Als Gegner fanden in unseren Räumlichkeiten zunächst die gleichartigen organisierten Unternehmer in Betracht. Redner verweist auf die Ausperrungen usw. Ein anderer Gegner sei derjenige Teil der Arbeiterschaft, der noch in Gleichgültigkeit und lethargie dahintiefe, dagegensteht, auch die auf christlicher Grundlage organisierte klein wissende Arbeiter rein, deren Führer, die bei bestreiteten Lohnkämpfen schon des öfteren ein recht überdrückliches Verhalten gezeigt haben, wofür der Referent eine Anzahl Beispiele anführt. Als einen sehr intriganteren Gegner bezeichnete er auch den hiesigen Bauer, wofür sein Verhalten zum heutigen Tage genügend Beweis liefern. Als ehrlichen Gegner können man denjenigen betrachten, der sich an zufriedener Stelle aufzuzeigen gern, aber nicht jene, die recht weit vom Stande entfernt ihre Sintflutbombe loslassen. Zum Schluss fordert Redner zur regen Beteiligung für den Verband auf. Den Sonderorganisationen, besonders dem örtlichen, müsse die Weisheit werden, dass sie bei uns sehr Boden ist. Weicher Weisheit wurde dem Referenten zu teilen. Nachdem der Vorstand auch den zahlreich anwesenden Kollegen von Schopfisch für ihren Besuch den Dank, abgeschaut und einige belehrende Worte an die Verhandlungsherrn ergeben lassen, schloss er die imposante verlaufene Verhandlung. Dem Wirt aber wird das Gericht gezeigt, wie man sicherlich eingesogene Verträge zu halten hat; dem Herrn Bauer mag er sich dann bedanken.

Erfurt a. d. Nahr. Am 20. März tagte eine Sitzung der Baudeputierten für das Vertragsgebiet Erfurt-Süd in der „Borussia“. Sie war im Vergleich zu den früheren Sitzungen gut besucht. Doch muss auch jetzt noch konstatiert werden, dass die Zahl der anwesenden Deputierten in seinem gejüngten Verhältnis zu der Zahl der im Vertragsgebiet beschäftigten Maurer und Baustellen steht. Hier muss unbedingt eine Wendung zum Besseren eintreten. Die Gleichgültigkeit, die die Erfurter Maurer dem Baudeputierten gegenüber entgegenbringen, muss abgeschüttelt werden, soll nicht die Organisation unter der Laufzeit der Mitgliedschaft leiden. Doch ist nicht aller Tage Abend, und die Maurer des Industriegebiets, vor allen die Erfurter Kollegen, haben Veranlassung gezeigt, die Mittel, die zum weiteren Ausbau des Verbandes sowie zur Aufrechterhaltung des Arbeitsvertrages geboten werden, zu benutzen. Die zwei Jahre des Friedens, die jetzt vor uns liegen, müssen zur Stärkung der Organisation benutzt werden, damit wir den kommenden Räumlichkeiten auch gewachsen sind. Deshalb ist das Baudeputiertenstück zu der Laufzeit der Laufzeit abgeschüttelt und dafür gesorgt, dass in der nächsten Sitzung, die am 12. April in der „Borussia“ stattfindet, alle Baustellen vertreten sind. Die Sitzung nahm zunächst die Verträge der Deputierten entgegen. Nicht sonderbare Sachen laufen da ans Tageslicht, die verdienen die Offenheit übergeben zu werden. Eine recht sonderbare Aufstellung über den § 4 des Vertrages hat der Unternehmer von Eisen-Wetz. In diesem Paragraphen ist festgelegt, dass der Lohn für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und für Junggesellen im ersten und zweiten Gesellenjahr innerhalb der ersten sechs Tage nach Beginn des Arbeitsverhältnisses der freien Vereinbarung unterliegt. Von verlangt jetzt von den Jungen seit längerer Zeit bei ihnen beschäftigten Maurern den Lehrhut und einen Nachweis, wo sie die letzten zwei Jahre gearbeitet haben. Abgesehen davon, dass von zu diesem Vorgehen nach dem letzten Wortlaut des Vertrages gar nicht mehr berechtigt ist, steht sein Verlangen doch einst nach Provokation. Die bei ihm beschäftigten Maurer haben das Anfinden denn auch mit leicht energisch abgewiesen. Bemerkte sei noch, dass auf dieser Baustelle die Baubude zu klein ist und auch die Üllschafferturmschriften fehlen. Die Firma Oberholz-Müller-Gesellschaft verzögert sich den Mauern, den vertragsmässig festgestellten Abfall zu abholen. Statt § 30, dass die Kollegen erhalten müssen, werden nur § 18 geahlt. Woldring und Fischart verbreiteten den Kollegen die Agitation während der Bauten und drohen bei Zulande handlungen mit Entlassung, obwohl das Einigungsamt in einem Fall seine Ansicht darin, dass das Ausdruck braucht, dass die Arbeiter in den Bauten ruhig ihre Organisationsinteressen vertreten dürfen. Die Stadt Eisen, die Maurer in eigener Regie an der Alarmanlage beschäftigt, zahlt gleichfalls den vertragsmässigen Lohn nicht, und doch verurteilt Oberbürgermeister Böweit während der Ausperrung mit leicht das vertragsschädigende Verhalten der Erfurter Unternehmer. Und jetzt? Ja, Bauer, das ist was anderes! Die Firma Käschagen & Berger, die bis auf vier Maurer, die dem Centralverband angehören, nur „christliche“ Maurer beschäftigt, kümmert sich aus dem Grunde, weil die Maurer genau so handeln, den Teufel um den Vertrag. Statt an den Samstagen, wie vorgeschrieben, um 6 Uhr, wird um 7 Uhr Feierabend gemacht. Auch scheint diese Firma eine Maurerfabrik eingerichtet zu haben. Die Zahl der Lehrlinge soll manchmal grösser sein als die Zahl der beschäftigten Gesellen, und

dabei soll nach Ostern ein weiterer Transport von Lehrlingen vom Eichsfeld herangeholt werden. Beim Unternehmer Beder, Oberndorferstraße, machen die dort beschäftigten Christen ohne zwingenden Grund Feierabend. Abends um 7 Uhr, wenn Feierabend ist, machen sich diese „Kollegen“ noch etwas zu tun, und wenn dann die bösen Centralverbandler fort sind, geht es ruhig an die Arbeit. Der Unternehmer Antenbrink-Bredeney hat unteren Baudeputierten entlasten, weil er in der Baubude einen Handel betreibt, der zu einer Maureverbammlung einlud, aufhing; außerdem hat er ihm mit einer Klage wegen Sachbeschädigung bedroht. Wer lacht da? Antenbrink ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Zur gegebenen Zeit werden wir ihm schon die notwendigen Blätterne zu beibringen. Auf einer ganzen Anzahl Baustellen der Unternehmer Hauwig, Hoffmann, Wienhüsen & Daniel, Kleinjohann, Woldring & Fischart, Kappe & Ritter und Göte sind die Baubuden so klein oder die Baubude so mangelschaft, die Baustellen schlecht abgedeckt, der Verbandstaat fehlt oder die Unfallversicherungsvorschriften sind nicht vorhanden. Aus dieser kleinen Blätterlese ist ersichtlich, wieviel Arbeit noch noch möglich ist, um die Verhältnisse auf den Baustellen zu einigermaßen geordnet zu gestalten. Wegen die Erfurter Kollegen, und vor allem die Mitglieder unseres Verbandes, sind nun ihr Urteil bilden und dann alle laufträchtig mit zu reagieren, dass wir endlich auch von Ehemaligen können: die Organisation ist gut und die Zustände auf den Baustellen sind aussergültig. Nachdem dann der Vorstand die am 8. April, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Böhl in Eisen-Weiz, Altenförderstraße, stattfindende öffentliche Maureverbammlung aufgerufen hat, wurde die Sitzung geschlossen.

Braunschweig i. S. Am 11. März tagte im Vereinslokal „Zum Tunnel“ unsere Mitgliederversammlung. Kollege Hinsel erstattete Bericht über die mit den Unternehmern abgeschlossene Sitzung und gab bekannt, dass diese vom 1. April 1906 ab die zehnjährige Arbeitszeit und 37 und 38 § Stundenlohn anerkannt werden. Für Feierabende in der Zeit von Abends 8 Uhr an wird ein Aufschlag von 8-9 pro Stunde und für Sonntagsarbeit ein solcher von 6-8 pro Stunde bezahlt. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte, worauf dann der Vorschlag angenommen wurde, in der ersten und zweiten Woche im April eine Statistik aufzunehmen, inwieweit der vereinbarte Lohn und die Arbeitszeit gehabt wird. Dann erstattete der Vertrauensmann den Gauvorstandbericht. Unter „Gewerkschaftliches“ gab der Kollege Hahn bekannt, dass eine Arbeitszeitstatistik aufgenommen wurde. Befragt wurden 64 Kollegen; 45 davon waren 2 bis 20 Wochen arbeitslos (insgesamt 330 Wochen) und 9 Maurer waren in der günstigen Lage teils in Fabriken beschäftigt zu finden. Weitere Kollegen verurteilten stark, dass die hiesigen Unternehmer, die zugleich Städte und Stadtverordnete seien, fast nur Auswärtswohnende beschäftigen, während die hiesigen Maurer mit hohen Steuern belastet würden. Nachdem noch ein Gültigkeitsurteil gewahrt war, forcierte der Vorstand die Neuerung auf, am 1. April auf dem Posten zu sein und die erste Sitzung zu verweigern, damit die zehnjährige Arbeitszeit auf jedem Bau zur Geltung kommt.

Frankfurt a. M. Am 19. März tagte im Vangelisbold Sitzung, 11. März, eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die nächste Auflage der Organisation und welche Rechte erhalten die Kollegen durch die Beitragspflichten?“ Kollege Hüttmann, Gauleiter aus Frankfurt, führte in seinem anderthalbstündigen Vortrage aus, dass wir in den letzten zehn Jahren, seitdem die Organisation in den Reihen der Kollegen Platz gegriffen hat, ganz eindrückliche Fortschritte gemacht hätten. Allein in Frankfurt hätten wir eine Lohnverhöhung von 17 % und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Redner betonte weiter, dass auch die Kollegen hier am Orte eine Lohnverhöhung von 8 bis 9 % und ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit erhalten hätten, so dass wir in dem nächsten Jahre Hanau gleich ständen. Dies alles konnte nur dadurch erzielt werden, dass es in den Räumen der Kollegen klar war, so dass sie sich der Organisation anschlossen. Redner führte weiter aus, dass es aber noch sehr dunkle Gegenden gebe, wo die Maurer noch nicht zielbewusst sind und nicht den Mut haben, der Organisation beizutreten; denn nur durch die Arbeitersprese können die Kollegen Aufführung erhalten. Daher müsse gegen jedes arbeiterfeindliche Blatt Front gemacht werden. Am Schlusse des Vortrages endete der Vortrag, der Kollege Hüttmann die Kollegen auf, festzuhalten an dem örtlichen Aufschlag von 10-12 %; denn ohne Opfer könne kein Fortschritt gemacht werden. In der Diskussion sprach Kollege F. H. zu dem örtlichen Aufschlagsbeitrag. Am Schlusse wurde über die Beitragsfrage abgestimmt. Es wurde beschlossen, den Aufschlagsbeitrag von 10-12 % beizubehalten.

Frankfurt a. d. Oder. Dienstag, den 20. März, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die etwas besser als sonst, aber immerhin nur sorgfältig besucht war. So waren beispielsweise von den 44 Kollegen aus Tschöcknitz keiner zur Stelle, was von dem Vorstand in schärfsten Worten gerügt wurde. Um nun den in Berlin arbeitenden Kollegen die Möglichkeit zu gewähren, auch an den Versammlungen teilzunehmen, wurde beschlossen, an jedem ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 2 Uhr, eine Versammlung abzuhalten, und zwar findet die nächste Versammlung am 1. April, Nachmittags 2 Uhr, in „Borussia“ statt. Vom 2. April ab werden die Versammlungen und Kästenstunden in neuem Gewerbschaffenshaus, Oberstraße, zu den bekannten Tageszeiten abgehalten. Der Vorstand lege den Kollegen aus Herz, das v. i. den Frankfurter Gewerkschaften gegründete neue Gewerbe tätig zu untersuchen und lebensfähig zu erhalten, obwohl es in jedermann's Kräften steht. Nachdem noch für den 7. April der Kollege Bänisch als Gültigkeitsurteil gewahrt worden war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Gommern. Sonnabend, den 10. März, tagte hier eine öffentliche Steinbrucharbeiterversammlung. Als Referent war der Genoss Klieg aus Magdeburg anwesend. Nach dem Referat entzündete sich eine lebhafte Diskussion, in der die Lage der Steinbrucharbeiter besprochen wurde. In starken Worten kritisierten die Redner die schlechten Löhne, die den Steinbrucharbeitern gezahlt werden. Es wurde

alleseitig gefordert, eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen. In diesem Sinne wurde denn auch beschlossen, über die Höhe der Forderung würden die verschiedenen Vorschläge gemacht. Schließlich einigte man sich dahin, einen Stundenlohn von 30 S. zu fordern. Vorstand und Lohnkommission wurden beauftragt, diese Forderung sofort den Unternehmern zu unterbreiten. An den Kollegen ist es nun in die Agitation für die Erstierung unserer Organisation einzutreten. Niemand darf uns fernbleiben. Wenn wir also handeln, so dürfen wir frohen Mutes in die Zukunft blicken.

Gotha. Am 27. März tagte hier eine gemeinschaftliche Bekanntmachung der Maurer, Gläserne und Baufabrikarbeiter, im Beifluss über das am 22. März eingeläufte Antragschreiben, der Baugewerksinnung zu lassen. Die Unternehmer wogen den Maurern und Gläsern 2-3 Zulage, wollten dagegen die Organisation der Baufabrikarbeiter nicht anerkennen und ließen nach ihren Gutachten zulegen. Außerdem verlangten die Unternehmer den Austritt der Poliere aus dem Verbande. Den Gläsern werden sie Kontraktbruch vor, obgleich die Meister die Ablösung am 17. Mai 1. Oktober angenommen haben. Die Organisation der Gläserarbeiter erkennt sie überhaupt nicht an, trage doch 50 % der zentralen organisierte sind. Die Verhandlung war von etwa 350 Personen besucht. Die abwehrende Abstimmung ergab, dass 263 Kollegen das Angebot der Meister ablehnen, während 84 Kollegen dafür waren; die übrigen waren nicht stimmberechtigt. Es muss nun der Moment abgewartet werden, um den Meistern die gebührende Antwort zu geben.

Brandenburg. Hier sind seit einigen Jahren fast alle Maurer im Centralverband organisiert, wodurch einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen sind. Aber trotzdem konnten es sich die christlichen Himmelsflüster nicht vertreten, hier Bündnis zu führen. Besonders hatten es einige Pfaffen darauf abgesehen, christliche Organisationen zu schaffen. Es wurden Versammlungen über Versammlungen abgehalten, worin der Herr Bauer sich höchst erträglich und seine sozialpolitische Weisheit verzept. Im Schweiz seines Angesichts ist es dem Herrn dann auch gelungen, einige räudige Schafe zu finden, die gewillt waren, die Fabrik der Arbeiterschlafplättler zu schwingen. Daß einer halbjährigen, schweren Arbeit ist dann, wie in Art. 9 der Baugewerkschaft, zu leisten ist, eine Zahlstelle mit einem Dutzend Männer gegründet worden. Aber auch stellte diese sorgfältig gesetzten und dreiisierten Kollegen haben nicht lange standgehalten, sondern den Wolf im Schafspelz erkannt. Der Kollege Untau, der zum Schriftführer bei den Brüdern ausserordentlich war (er war darum längere Zeit aus dem Centralverband ausgetreten, weil er glaubte, dass seine Interessen besser im christlichen Verbande gewahrt würden), hat sich mit folgendem Schreiben zwecks Wiederaufnahme in den Centralverband, an den Vorstand gewandt:

„Lieber Kollege!

Ich erlaube mir, Dir einige über meine Person mitzuteilen. Vor kurzer Zeit schrieb ich, dass ich aus dem Centralverband ausgetreten sei, ich mache Dir aber die Schuld zu. Denn Dir ist nicht wäre es gewesen, mir jungen Kollegen die richtige Anwendung über Deinen Verband zulässt. Mir zu sagen, dass es sich für mich als Handwerker doch bloß darum handelt, meine wirtschaftliche Lage zu haben. Lieber Kollege! Ich habe jetzt die Erfahrung gemacht, dass der christliche Verband meine wirtschaftliche Lage nicht fördern kann. Du wusstest ganz gut, dass ich mich bis dahin nur in christlichen Kreisen aufzuhalten hatte und niemals an die wirtschaftliche Lage gedacht hatte. Ja, Du wirst sicher gewusst haben, dass der christliche Verband die Interessen unserer Brüder fördert, das alles hastest Du einem jungen Kollegen beim Austritt aus einem nach Licht und Recht strebenden Verband auseinanderführen müssen. Du Du und die Mitglieder des Zweigvereins gezeigt sind, mich wieder in ihre Reihen aufzunehmen, werde ich mit aller Energie für die Interessen Deiner Organisation eintreten.“

Nachdem der Kollege Lenz der Versammlung diesen Brief vorgelesen hatte, beschloss diese, den Kollegen Untau wieder in den Verband aufzunehmen. Auch wollen die Graudener Kollegen dafür sorgen, dass der junge Kollege, der noch so viel Verstand besitzt, um seine Feinde zu entzünden, die nötige Aufführung erhält, damit er sich nicht wieder auf einen solchen Weg löschen lässt und dann wieder unter die Räder des christlichen Konkurrenzverbandes gerät. Auch für andere Kollegen wird es notwendig sein, dass sie genau prüfen, ob der sogenannte christliche Verband nur christliche Interessen oder Unternehmerinteressen vertritt. Material liefert dazu die Maurerbewegung im Osten in Halle und Bütz.

Am 28. März tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung, die wegen der wichtigen Tagesordnung stark besucht war. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern. Unsere Forderung lautete auf 45 S. bei einjähriger Vertragsdauer. Die Unternehmer wollten den Vertrag auf drei Jahre abschließen, und boten für 1906 gleich 40 S., für 1907 42 S. und für 1908 44 S. Nach rege Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige, gut besuchte öffentliche Maurerversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und spricht ihr Bedauern darüber aus, dass die Unternehmer nur 40 S. bemühten wollen. Da dieser Vertrag den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, verpflichtet die heutige Versammlung die Lohnkommission, weitere Verhandlungen anzubauen, und zwar auf der durch unsere Forderung geschaffenen Grundlage.“ Der Gauleiter, Kollege Schwartz-Danzig, wies in längeren Ausführungen auf die Kollegen der umliegenden Städte hin, die uns in der Lohnfrage weit überflügelt haben. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, falls wir zum Kampfe getrieben würden, fest und treu zur Organisation zu halten, dann würde der Sieg auch unser sein. Mit einem dreifachen Hoh aus den Versammlung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Guben. Am 21. März tagte hier eine Mitgliederversammlung, deren Besuch bedeckt war. Es wurde Bericht erfasst über die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs der von uns gestellten Forderung. Nach langwierigen Verhandlungen und langem Streiten der Unternehmer ist ein Vertrag zu stande gekommen, wodurch

ein Lohnaufschlag von 4 ₢ pro Stunde, und die Beseitigung der Überarbeitszeit erreicht wurde. Der erhöhte Lohn ist bereits vom 10. März an gezahlt worden.

Halle a. d. S. In der Mitgliederversammlung vom 20. März wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Dr. Abel aus Dieskau in der üblichen Weise geehrt. Aufgenommen in den Verband wurde der Kollege Grötz, nachdem er das Statut anerkannt und versprochen hatte, nie mehr Strafbrecherdienste zu leisten. Der Kollege Gneist wurde nicht aufgenommen, er soll in der Versammlung persönlich erscheinen. Zu einer heftigen Debatte gestaltete sich der Punkt: "Weshalb sind die Maurerarbeiten an der Genossenschaftsbüdruderei, die in eigener Regie ausgeführt wurden, zu teuer?". Hierzu waren die Genossen Groß, Bähniges und Weinand eingeladen. Sie hatten ihr Erstfeindnach auf zugesagt. Alle Kollegen, die mit am Bau tätig waren, nahmen Bezug auf die Neuerungen der Geschäftsführer, daß durch die Faulheit der Maurer der Bau um 40 000 feuer geworden ist. Die Verfeuerung des Baues sei darauf zurückzuführen, daß der Leiter des Baues, der Architekt Erich, durch seine praktische Unkenntnis nur viele überflüssige Arbeiten veranlaßte. Jeder Maurer habe seine volle Fähigkeit und Schuldhaftigkeit getan. Gestärkt in dem Glauben, daß die Geschäftsführerführung diese Neuerung getan hat, wurde die Versammlung durch das Richterschein der Genossen, und wurde ihre Handlungswise scharf verurteilt. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: "Die am 20. März vorliegende Versammlung erklärt die von dem Vorstand der Genossenschaft ausgesprengte Beschuldigung als einen Akt der größten Gemeinheit, und beschließt deshalb, dem Vorstand der Genossenschaftsbüdruderei ein Misstrauensvotum auszufallen. Ferner fordert die Versammlung, daß die Maurerarbeit an dem Neubau des Volkshauses in Regie ausgeführt wird." Bei der Neuwahl der Bauarbeiteraufsichtskommission wurde an Stelle des auscheidenden Kollegen Baum der Kollege Deeg gewählt. Unter "Gewerkschaftliches" wurde vor dem Maurer Franz Hennig gewarnt, da er falsche Angaben macht und seit 1902 kein Mitglied mehr ist. Am 1. April findet bei Frau Worts zur Feier des 80-jährigen Bestehens der Maurerherberge ein Vergnügen statt, und sind die Kollegen wieder eingeladen. Auf die nächste Versammlung, die in "Belcove" nach Feierabend stattfindet, und die sich mit der Allordnung beschäftigen soll, wurde aufmerksam gemacht.

Kaiserautern. Am 4. März stand in Hochspeyer eine Mitgliederversammlung statt, um die Frage zu prüfen, ob die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Hochspeyer einer Remetur unterzogen werden können. Ein eingeschobenes Referat hierüber gab Kollege Jörg aus Kaiserautern. Der Referent schlug vor, für dieses Jahr die zehnstündige Arbeitszeit und 42 $\frac{1}{2}$ Lohn an zu fordern. Nach dessen Ausführungen wurde die Angelegenheit dem Gauvorstande zur Überprüfung übermittelt und für den nächsten Sonntag abermals eine Versammlung anberaumt, um die Sache im Einverständnis mit dem Gauvorstand ihrer Verwirklichung entgegenzutun. Nachdem die Sache nochmals durchgesehen war, wurden Tarife nebst Vergütungsdreieben an die Unternehmer abgeschickt und als Termin der Antwort der 14. März gesetzt. Ebenfalls wurde eine Lohnkommission von drei Kollegen gewählt. Leider erhielten wir bis zu dem festgelegten Termin keine Antwort; erst als wir am Donnerstag die Arbeit niederlegten, erklärten zwei Meister durch Untertricht, daß sie unsere Forderung anerkannten. Die anderen zwei Meister hielten es nicht so eilig, denn sie hatten noch keine Gesellen in Arbeit. Wir legten dem auch nicht viel Wert bei und nahmen uns vor, dort dann in Aktion zu treten, wenn die Zeit uns günstig sei. Bläßlich aber wendete sich das Blatt. Die vier Meister, die sich vorher wie Hunde und Katzen bekämpften, pfissten nun durch ein Lachen. Wir erhielten ein Ultimatum aufgestellt, wonach sich die Meister bereit erklärten, 40 $\frac{1}{2}$ bis Oktober, und von da bis zum 16. März 88 $\frac{1}{2}$ zu bezahlen. Als Antworttermin schließen sie den 17. März an. Sollte keine Antwort eintreffen, so würden sie ihren Bedarf an Mauern von auswärtis decken. Wir berieten für Samstag Abend eine Versammlung ein, um kurz das Angebot der Meister zu besprechen und danach mit den Meistern zu unterhandeln. In letzter Minute jedoch lehnten sie es ab, noch Abends mit uns zu unterhandeln, und so wurde die Angelegenheit auf Sonntag, den 18. März, verschoben. Bei dieser Verhandlung war auch Kollege Jörg zugegen, was den Meistern anfänglich nicht passte; als aber die Kollegen erklärten, daß sie ohne Jörg nicht unterhandeln würden, sagten sie sich veranlaßt, sich zu folgen. Die Unterhandlung selbst währte eine Stunde und verlief regellos. Die Herren wollten gar nicht begreifen, daß eine Stunde im Winter ebenso lange sei als im Sommer. Eine überaus unverhüllte Zornumstung, im Winter bei kurzer Arbeitszeit noch weniger, so Stunde zu bezahlen als im Sommer. Da wir keine Einigung erzielen konnten, verliehen wir das Total. Nach Verlauf einer Viertelstunde erhielten wir dann die mündliche Einladung, wiederzukommen, und nun ging's dann auch besser. Das Resultat der Unterhandlung war, daß wir einen Vertrag für das Jahr 1900 mit zehnstündiger Arbeitszeit und 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn abschlossen. Da die Unternehmer nicht einwilligten, einen Zuschlag für Überstunden zu bezahlen, so wurde festgelegt, daß unter keinen Umständen solche gearbeitet werden. Der Vertrag ist am 1. Oktober 1900 lösbar, und soviel steht fest, daß er auch an diesem Tage gelöscht wird. Mit einem: „Aber, um den Winter schen wir uns wieder!“ schieden wir von den Herren. Was der Erfolg anbelangt, so können wir für das erste Mal zufrieden sein. Vertrag doch unser Lohn vorher 8,80 bei elfstündiger Arbeitszeit, was einen Stundenlohn von 34,6 $\frac{1}{2}$ bedeutet. Wir haben also eine Lohn erhöhung von 5,6 $\frac{1}{2}$ zu verzeichnen. Wir geben uns der höheren Erwartung hin, daß für nächstes Jahr abermals eine Aufholerscheinung eintreten wird.“

Langensalza. In einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung am 13. März, wurde nach einem Referat des Kollegen Schent-Erfurt beschlossen, die gehstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 40,- für Maurer und 35,- für Bauarbeiter zu fordern. Die Zimmerer stellten Forderungen. Die Lohnforderung soll mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten. Nach einer Erprobung des Vorhabens, die Vergesamtungen rege zu beobachten erzielte. Egal.

Landshut. Sonntag, den 28. März, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagessordnung: Die gegenwärtige Lage der Maurer Landshut und wie können wir dieselbe verbessern? Als Referent war Kollege Bus-Münch erschienen; der Saal war dicht gefüllt von Maurern, die mit Elan das über eine Stunde andauernde Referat abhörten. Nebner kam hauptsächlich auf die Lebensmittelverteilung zu sprechen. Es wurde auch konstatiert, daß den hiesigen Bauarbeitern eine warme Speise fast gänzlich fremd ist, es sei denn, sie schänden ihre Kinder um die übliche Klostersuppe. Man sieht auch den Kollegen ihren Beruf schon am Gesicht an. Es ist daher kein Wunder, daß endlich auch die hiesigen Maurer beigezogen haben, wie notwendig eine züchtige Organisation hier am Platze ist. In Bezug auf die Lohnbewegung wurde beschlossen, vorerst Baudelegierte zu wählen, um die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurden 12 Kollegen gewählt. Kollege Künzl forderte die Kollegen, die unserer Organisation noch nicht angehören, zum Beitritt auf, worauf 12 Kollegen ihren Beitritt erklärten. Kollege Bus ermunterte zum Schluß die organisierten Kollegen zur Agitation und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die gut besuchte Versammlung.

Leipzig. Die bessigen Mauren beschäftigten sich am 20. März in einer Versammlung im *Volkshaus* mit den diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierzu hatte Kollege Jacob das Referat übernommen. Er führte einleitend aus: Das Einsatzen der Kollegenschaft sei verschiedenem Schwantum unterworfen. Die Ursache liege darin, daß wir im Baumgewerbe viel Saalengewerbe, mit Unterbrechungen zu rechnen haben. Über die Vollständigkeit in Leipzig geben folgende Zahlen einen Überblick: Im Jahre 1905 wurden 2481 Wohnungen, hergestellt; 705 abgebrochen; verbleiben demnach 2746 Wohnungen; vermietet wurden 2097 Wohnungen, das ist ein Mehr von 351 Wohnungen. Im Jahre 1904 wurden 491 Wohnungen hergestellt; davon wurden verbraucht 4219. Das ergibt einen Überstand von 692 Wohnungen. Im ganzen wurden im Jahre 1905 4719 leerstehende Wohnungen gezählt; davon sind in alten Gebäuden 2582 und in Neubauten 930 vorhanden. Die meisten leerstehenden Wohnungen, 6,82 vSt., sind im Westen der Stadt, in Schleußig, gar 11 vSt., in Sellerhausen dagegen nur 0,74 vSt. Allgemeines Interesse dürfte folgende Statistik der Versammlung erregt haben:

Wohneigentum abzuhängen haben, ob sie haben Wohnung	
Im Jahre 1890	5396 = 6,75 p31
1891	5164 = 6,23
1892	5554 = 6,83
1893	4868 = 5,40
1894	8992 = 4,53
1895	2921 = 3,29
1896	1874 = 1,51
1897	763 = 0,82
1898	990 = 1,03
1899	1152 = 1,17
1900	1710 = 1,68
1901	2042 = 1,97
1902	3073 = 2,88
1903	4457 = 3,99
1904	4884 = 4,20
1905	4719 = 3,94

Nach dieser Statistik sind 1905 165 leerstehende Wohnungen weniger vorhanden als im Jahre 1904. Gleichzeitig sei auch der Steigerung der Mietpreise Erwähnung getan. 1904 betrug der Durchschnittspreis M. 515, im Jahre 1905 aber M. 584. Obwohl die Börsie innerhalb der letzten Jahre um 10 % gestiegen sind, so habe diese Steigerung, wie irrtümlich angenommen wird, rein gar nichts mit der Steigerung der Mietpreise zu tun, sondern sie sei auf ganz andere Ursachen zurückzuführen. Durch den Rückgang der Baufähigkeit werde die wirtschaftliche Lage der Maurerfamilie recht ungünstig beeinflusst. Durch die in den letzten Jahren erfolgte Lohnsteigerung sei keineswegs eine Besserung der Lebenshaltung eingetreten. Die fortgesetzte Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel habe die Lohnsteigerung vollständig ausgemommt. Eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise habe man durch die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge zu erwarten. Am 30. Juni läuft der Vertrag mit den Unternehmen ab; wir haben deshalb heute dazu Sichtung zu nehmen. Die hiesigen Unternehmer gehören bis auf einige wenige der Organisation an. Diese nichtorganisierten Unternehmer sind mestens solche, wo die Söldiger oder auf ihren Lohn warten möchten. Auch haben sich der solchen Unternehmern zur Erreichung des verdienten Lohnes Bausperten notwendig gemacht.

Redner weist auf die Gleichgültigkeit und Faulheit der Kollegen als bedauerliche Erfahrung, bei dem Rückgang der Konjunktur hin. Ein solches Verhalten seitens des Arbeiters habe immer eine Schwächung der Organisation zur Folge, das müsse aber gerade jetzt verhindert werden. Unter allen Umständen sei jetzt der Zusammenschluss der Kollegen notwendig. Jeder Kollege müsse nicht mit Widerwillen, sondern freiwillig, mit Lust und Liebe seine Beiträge zahlen. Diente doch eine starke Organisation dazu, um die Unternehmer in Schach zu halten, von denen nicht zu erwarten sei, daß sie die Löhne der Arbeiter freiwillig aufzustocken werden. Wenn auch die Konjunktur einmal so glänzend ausliest, so darf sie man sich unter keinen Umständen von den bisherigen Errungenschaften etwas nehmen lassen. Die jährliche Lohnbewegung erfordere, daß nicht nur genügend

Gelt vorhängen, sondern, daß auch die genügende Zahl von Kämpfern vorhanden ist. Dazu bedürfe es noch weiterer Ausbildung der Kollegen, was durch ehriges Leben der Partei und Fachliteratur erreicht wird. Wir müssen heile Stellung nehmen, um serig zu sein, wenn, wie bei der letzten Wahlbewegung, die Unternehmer mit uns verhandeln wollen. Redner empfiehlt zu diesem Zweck eine viergliedrige Kommission zu wählen. Über die Forderung selber soll in der heutigen Versammlung nicht geredet werden. Von verschiedenen Kollegen ist die Errichtung eines Arbeitsnachweises genehmigt worden. Diesem Wunsche könne von der Kommission in jowei Rechnung getragen werden, daß sie die Unternehmer zur Stellungnahme zum Arbeitsnachweis drängt. Redner lädt mit dem Appell an die Anwesenden, umgestellt für die Starlung der Organisation tätig zu sein. In die neue Wahlkommission wurden die Kollegen Bisch, Eichstädt, Kleßing und der Beratungsmann, Kollege Berthold, gewählt. Heraus wurde Kollege Berthold wieder als Beratungsmann in Borsbachschaften. Unter Anwesenheit Beratungsmaenners wurde die Wahlkommission gewählt.

heiten" besproch der Vertrauensmann die bestehenden Bauverträge, die sich dort notwendig machten, wo die Kollegen ihren Lohn nicht erhalten haben. Bei dem Baumeister Krach in Gaißau, der einen Bau in Marktleberg ausführte, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer den ortsüblichen Stundenlohn nicht zahlen wollte. Die Sperrerei ist jetzt aufgehoben, weil Krach den Tarif anerkannt hat. Werner wurde angerufen, daß die Kollegen die Volksalster besser beachten. Zum Beispiel sollen am 17. März beim Vergnügen der Maurer- und Zimmerpoltere im Biologischen Garten organisierte Arbeiter anwenden gewesen sein, obwohl diese Räume der Arbeitsförderung zu Verfilmungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Verfilmung beansprucht die Agitationskomitee, die Aufnahme einer Statistik über die Verbreitung der "Vollszeitung" in den Kollegentreffen vorgeschunken. Kollege Rießling erhob noch gegen den Artikel "Partei und Gewerkschaft" in Nr. 11 der "Grundstein" verschiedene Einwürfe. Kollege Jacob verteidigte die Haltung des "Grundstein". Da ein Besuch in dieser Angelegenheit nicht gesucht wurde, erließte die Verfilmung ihr Ende.

Mehr. Nach einer regen Bautenagitation fand hier Sonntag, den 11. März, eine überaus stark besuchte Maurerversammlung statt. Unser neuer Vertauensmann, Kollege Schön aus Speyer, referierte über: „Die Lage der Maurer in Meß und wie verbessern wir sie?“ Redner schickte in treiflichen Worten die traurigen Zustände, die hier im Baugewerbe noch herrschten. Meß sei heute die einzige Großstadt unseres Gaues, wo noch elf Stunden und darüber gearbeitet wird; ebenso entspricht der Lohn nicht im entferntesten den hiesigen Verhältnissen, wie auch in bezug auf Bauarbeiterförderung und Behandlung der Kollegen viel zu wünschen übrig wäre. Hier könnte nur eine starke Organisation Abhilfe schaffen. Redner forderte die anwesenden Kollegen, solweit sie noch nicht Mitglieder sind, auf, dem Verband beizutreten. Alle Verbandskollegen, aber müßten sich anstreben, um mitzuwirken; jeder sollte genügend nach Agitator werden, dann pören die Maurer auch hier in der Lage, andere Zustände herbeizuführen. Nachdem sich noch einige italienische Kollegen zum Worte gemeldet und sie im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurde beschlossen, die in einer früheren Versammlung aufgestellten Forderungen jetzt an die Unternehmer einzurichten. 82 Kollegen ließen sich während der Versammlung

— Nachmittags 8 Uhr fand im nahen **F**romba*ch* eine öffentliche Maurer- und Hüttenarbeiterverfassung statt. Kopf an Kopf gedrängt standen die Leute im großen feierlichen Saale, nahezu 600 Mann, und viele mußten vor der Türe und auf der Straße mit einem Pläschken vorliegen. Ursprung dieser Märschverfassung war: Sonntag, den 3. März, legten die Hüttenarbeiter des **R**ombachsäuerlichen **S**tehlehrwesels die Arbeit nieder, nahezu sie auf ihre Vorwerke von der Hüttendirektion einen abhängiglichen Bescheid erhalten hatten. Dieser Streit wäre nun für uns weniger von Bedeutung gewesen, hätte nicht ein Herr **I**ngenieur **S**chneidet unter den Werkeln als Maurer arbeitenden Stollegern befohlen, an Stelle der ausständigen anzutreten und die Maurerkreuz zu markieren. Man stellte ihnen frei, entweder Streitarbeit zu verrichten oder sofort das Werk zu verlassen. Zur Ehre unserer meist italienischen Kollegen aber sei gesagt, daß sie es vorgezogen, lieber das Werk zu verlassen, auf dem sie zum größten Teile schon fünf und sechs Jahre gearbeitet, als die traurige Rolle eines Streitbrechers zu übernehmen. Nach drei Tagen, am 6. März, wurde der Streit beigelegt; auch unsere Kollegen konnten wieder an ihre alte Arbeitsstätte zurückkehren, aber nur, um im Laufe der Woche ihre Kündigung zu erhalten, sobald Erfolg für sie da war. Unter diesem Zeichen nun stand unsere Verfassung. Als erster Redner hielt **K**ollege **S**chön, trotz der guten polizeilichen Überwachung und trotzdem die Hütte ihre Stenographen entfand hatte, gründliche Abrechnung mit den Geldbrochen und Hüttenmagazinaten, die jahrelang bei einer Verteilung von hohen Dividenden ihre Arbeiter in den traumtiesten Verhältnissen dahinvegetieren ließen und die sich dann nicht scheutens, als diese Arbeiter von ihrem guten Rechte der Arbeitsentstaltung Gebrauch machten, sofort größere Abteilungen Militär und Gendarmerie nach Rombach kommen zu lassen, um die hingrigen **M**ärschen eventuell mit blauen Bohnen abzupfeilen. Auf ein solches Vorgehen gebe es nur eine Antwort, der Masseneintritt der Arbeiter in die Organisation. Als zweiter referierte Kollege **V**oortmann auf Französisch. Hierbei sei ein kleiner Zwischenfall vermerkt; der überwachende Gendarmerie hielt es nach dem Gesetz für unstatthaft, daß hier Französisch gesprochen werde. Er mußte erst von unserem Verfassungsleiter, Kollegen **C**onserberger, eines anderen belehrt werden. Zum Schluß sprachen noch zwei italienische Kollegen. Die größte Aufmerksamkeit, nur bis und da unterbrochen durch stürmische, langanhaltende Beifallsbezeugungen, kontruherte den vier Rednern, daß sie den Antrittenden so recht aus dem Herzen gesprochen hatten. Das zeigte auch das Rejulat; konnten wir doch nach der Verfassung 55 Aufnahmen für uns und die Bauhilfsarbeiter machen. Kollegen, der 11. März, hat uns gezeigt, daß bei reger Agitation etwas erreicht werden kann. Daß die Leute gewillt sind, sich zu organisieren, davon zeugen die 88 Aufnahmen; darum auch das Werk! Heber muß mitarbeiten; fort mit dem Sonderbündel! Keiner dürfe sich mehr als der andere, aber auch keiner weniger. Neben halte seit an der Organisation; sie wird uns aus Siegen führen.

Mittentwaltbe. Am 25. März tagte hier eine außerordentliche Mauererberzählung mit der Tagesordnung: "Besiegung der neuen Wohnförderung". Kollege E. Lehmann aus Charlottenburg referierte hierüber und empfahl, auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschlossen, die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden zu erlauben, sowie einen Stundenlohn von 60 S. zu fordern. In Punkt "Agitation" erwiderte Kollege Hermann Büttner, eine strengere Kontrolle auf den Bauten zu führen, da auf den meisten Bauten noch große Missstände herrschen. Auch müsse auf jedem Bau ein Delegierter gewählt werden, der für Ordnung und Beisetzung der bisherigen Missstände zu sorgen hat. Unter "Beschiedenes" sprach der Vorsitzende H. Büttner über die Personalführung von Meister.

München. Mittwoch, den 7. März, hielt die Sektion der *Wabibauer* und *Spanner* im Restaurant „Peterkeller“ ihre Mitgliederversammlung ab. Bündigt erhielt Kollege Schäfer in eingehender Weise Bericht über die Tarifauslegung vor dem Einigungsamt in München. Er führte aus, daß bei dem Abschluß unseres Tarifs am 18. und 19. August v. J. am Gewerbegericht München, trotz energetischen Protestes der Verwaltung der Maurer, in den Tarif die Bestimmung aufgenommen wurde: „Nach freier Vereinbarung“. Die Unternehmer legten die Fassung des Tarifs so aus, daß die Spezialbranche teilweise nur einen Preising mehr Lohn als die anderen Maurer erhielten, obwohl die betreffenden Branchen einige Jahre hindurch schon 5 bis 10 % mehr Lohn als die anderen Maurer erhielten. Dieses führte zu verschiedenen Differenzen, so daß sich die Verwaltung veranlaßt sah, zur Auslegung dieser Bestimmung die Schlichtungskommission anzuordnen. Es wurde dort eine Einigung nicht erzielt. Die Verwaltung war daher gezwungen, das Einigungsamt, Gewerbegericht München, anzuordnen. In dieser Unterhandlung hielten die Unternehmer an der Fassung des Tarifs fest. Nach abwehrländiger Unterhandlung und dreifachiger Beratung erhielt die streitige Bestimmung die Fassung, daß nunmehr Fassaden-, Rabitz- und Feuerungsarbeiten nach freier Vereinbarung ausgeführt und besser bezahlt werden als bisher. Die Bestimmung ist nun so auszufassen, daß sich die freie Vereinbarung auf Altord oder Tagelohn bezieht, die betreffenden Branchen aber an der Lohnsteigerung, wie im Tarif festgelegt, teilnehmen haben. Hatte also eine Branche im Jahre 1904 55 % Stundenlohn wie die Rabitzpucker, so sind vom 1. April 1908 an 60 % zu bezahlen. Redner betonte noch, daß die übrigen Maurer bei Abschluß des Tarifs im Jahre 1905 2 %, 1906 1 %, 1907 2 %, also eine Stundenlohnsteigerung von 5 % bis Frühjahr 1908 erreichten. Dieselbe Lohnsteigerung gilt auch für die betreffenden Branchen. Redner rückte noch den Appell an die Kollegen, den im Tarif festgelegten Stundenlohn festzuhalten. Keiner Unternehmer von diesem Tarif ab, so ist dieses sofort dem Geschäftsführer zu melden. Kollege Bästlein hatte hierauf den Antrag, daß wir bei den vier Meistern den Tarif aufrecht erhalten und unsere Unterstiftung nicht zurücknehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Niederhöhe. Sonntag, den 18. März, fand in *Eichweide* eine öffentliche Maurerversammlung statt, die gut besucht war. Der Gauvorstand, Kollege Thöne, war als Referent erschienen. Hauptthema war, wie in seinem Referat auf die schlechten Löhne, die in Eichweide und Umgegend gezeigt werden. Ferner erinnerte er daran, daß in den umliegenden Städten wie *Altendorf*, *Göttingen* und *Wolfsburg* die Löhne in den letzten Jahren durch unsere Organisation sehr gestiegen sind. Ein Antrag auf Lohnsteigerung fand auch einstimmige Annahme. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt und beauftragt, den Unternehmern einen Lohntarif von 34 % auf 40 % zu zulassen.

Obersuhl. Am 25. März sollte hier eine Versammlung zwecks Gründung eines Zweigvereins stattfinden. Auf Betreiben der hiesigen Behörde war jedoch ein Lokal zu einer solchen Versammlung nicht zu haben, so daß sich die Kollegen mit einer Befreiung begnügen mußten. Vom Gauvorstand war der Kollege Steinreder aus Gassel anwesend, der auf die Notwendigkeit der Organisation hinwies. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt und beauftragt, den Unternehmern einen Lohntarif von 34 % auf 40 % zu zulassen.

Althütte. Sonntag, den 25. März, tagte hier eine vom Baubüroarbeiterverband einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Redakteur Bruno Kühn von der „Weserburg“ über „Die verschärzte Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital“ referierte. Anwesend waren 135 Kollegen und Genossen. Nachdem Redner die Notwendigkeit der Organisation nachgewiesen hatte, legte er an der Hand von Latschen klar, daß die ungeheuren Erfolge, die die deutsche Industrie errungen hat, nur durch die Arbeiter möglich war. Die Frauen, Kinder- und Schulschäden wurde vom Referenten gebührend gebrandmarkt. Der reiche Besitz, der dem Referenten gezeigt wurde, zeigte, daß seine Ausführungen allseitig verstanden waren. In der Diskussion forderten einige Redner kräftig zum Eintritt in den Verband und zur Unterstützung der Arbeitersbewegung auf. Die Versammlung floss in begeisterte Stimmung. Sie war von fast allen in Betracht kommenden Gewerkschaften stark besucht, mit Ausnahme der Zimmerer, von denen nur ein Mitglied anwesend war.

Sollingen. (Gebäude Haan.) Vor kurzer Zeit hatten wir hier in Haan wieder eine Sitzung mit den Unternehmern, um über die neuen Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Unternehmer hatten gern gesehen, wenn wir den alten Tarif verlängert hätten, aber die Kollegen von Haan waren damit nicht einverstanden. Die von den Kollegen gewählte Lohnkommission hatte anfänglich einen schweren Stand. Die ersten beiden Sitzungen waren vergebens; erst in der dritten gelang es, einen halbwegs befriedigenden Abschluß zu erzielen. Es ward vereinbart: Der alte Tarif bleibt bis zum 1. September 1906 bestehen. Von da an steigt der Lohn bis zum 1. September 1907 auf 52 %, dann bis zum 1. September 1908 auf 55 % und von da an bis zum 1. September 1909 auf 55 %. Für Nebenarbeiten sowie für Nacht-, Waffer- und schwere Abortarbeiten 50 % Aufschlag. Diese Vereinbarung fand die Zustimmung der Kollegen.

Ulm. Am 11. und 12. März fanden hier öffentliche Versammlungen statt. In der ersten, die in der Vorstadt Söllingen tagte, referierte Kollege Bernhard über den Austritt der Organisation und in der letzteren der Kollege Bästlein über die nächsten Aufgaben unserer Organisation. In dieser Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 13. März, im Gaffhaus „Zum Goldentwiel“ tagende öffentliche Maurerversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Kollegen verpflichten sich, von nun an überall agitatorisch für die Organisation zu wirken.“ Weiter verpflichteten sich die Kollegen, das Baudelegiertenamt auf allen Bauten 50 % Aufschlag. Diese Vereinbarung fand die Zustimmung der Kollegen.

korrekt durchzuführen und den Pflichten des Baudelegierten nachzukommen, so daß auf jedem Bau jeder indifferenten Maurer der Organisation zugeführt wird.“

Weimar. Am 22. März tagte hier eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung, die sich mit der Antritt der Unternehmer auf unsere eingereichten Forderungen beschäftigte. Kollege Schmid, als Mitglied der Bobotomission, erstattete den Bericht. Unter Begrüßung, die die aufgenommene Statistik förderte, er blieb Art. des bislangen Entlohnung. Es wurde Maßnahmen geplant von 28 bis 45 %. Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1904 37 1/4 % und 1905 37 1/2 %. Man müsse nun verlängern, um der allgemeinen Leistung entsprechen zu können, den Lohn zu erhöhen. Deshalb hätten wir auch den Unternehmern Forderungen auf 42 % Lohn für Maurer und 35 % für Bauarbeiter unterbreitet. Die Unternehmer hätten nun auch eine Lohnsteigerung von 3 % bewilligt. Die vom Gesellenauslaß einberufene Versammlung habe jedoch das Angebot abgelehnt aus dem einfachen Grunde, weil 42 % bei den heutigen Verhältnissen das Gerüste darstelle, was wir fordern müssten. Nachdem die Unternehmer die Ablehnung erfahren haben, hätten sie verlängert, durch eine recht kleinliche Rache zu nehmen, daß man ihn (Schmid) aus der Arbeit zu bringen versucht. Darauf habe die Leitung der Innung an sämtliche Unternehmer ein Schreiben gesetzt, wonach sie sich alle verpflichten sollten, nicht mehr Lohn als 39 % für Maurer, 38 % für Zimmerer und 30 % für Bauarbeiter zu zahlen. Diese Abmilderung sollte dadurch besonders bestätigt werden, daß jeder Unternehmer eine Konventionalstrafe zu zahlen habe, wenn er davon abweiche. In demselben Schreiben werden dann noch die Weimarschen Kollegen als minderleistungsfähig gekürt, die einen höheren Lohn nicht verdienten. Das ganz Wahnsinn ereigte des lebhaften Unwillen der Versammlung, der sich in entzündeten Brüderlust Lust machte. Kollege Schmid war der Meinung, daß es einstweilen noch nicht angebracht sei, in den Kampf einzutreten, vorläufig kommt es noch besonders darauf an, die Organisation zu stärken, damit man dann zur gegebenen Zeit auch alle Chancen des Sieges für sich habe. In der Debatte äußerten sich andere Kollegen in dem Sinne, daß man heraus mit der Arbeitsniederlegung zu antworten habe, dem wurde aber von Schmid und anderen Kollegen widergesprochen. Der Kassierer des Zweigvereins, der Mitglied des Gesellenauslaßes ist, gab dann bekannt, daß ihm ein Schreiben der Innung zugegangen sei, wonach die Angebots der Lohnsteigerung von 3 % wieder zurückzuführen. Die Verhandlung einigte sich dann auf eine Resolution, die alle Kollegen verpflichtet, die Stärkung der Organisation zu wünschen. Dieselbe Angelegenheit, nämlich die fernere Tarif in der Lohnsteigerung bestätigte am 27. März die Mitgliederversammlung des Zweigvereins, die sehr schwach besucht war. Als Vertreter des Gauvorstandes war der Kollege Gassmann erschienen, der gleichfalls ernahm, nicht voreilig zu sein, sondern zunächst die Organisation auf die zum Kampf notige Höhe zu bringen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde die straffe Durchführung des Baudelegiertenamtes befürwortet und dann der Zweigvereinsvorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Zahlstelle der Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ zu gründen.

Wolfsburg i. Wech. In einer Versammlung, die hier am 4. März tagte, beschloß der hiesige Zweigverein eine Forderung von 38 % Stundenlohn und zehnfachiger Arbeitszeit für den Unternehmern zu überreichen. Der jetzige Vorsitz betrug bei einstündigem Arbeitszeit 32 %. Die Forderung wurde den Meistern am 19. März zugeschickt mit der Bemerkung, uns bis zum 24. März Antwort zufinden zu lassen. Der Gesellenauslaß wurde beauftragt, mit den Meistern zu unterhandeln. Bei der Versammlung am 26. März gab der Gesellenauslaß die Mitteilung, daß die Meister gewillt wären, bei einstündigem Arbeitszeit einen Lohn von 35 % zu geben. Dieser Antrag wurde, weil alle Kollegen zusammenhielten, einstimmig abgelehnt. Es wurde nochmals mit den Meistern unterhandelt. Das Resultat ergab 10 stündige Arbeitszeit und 36 % Stundenlohn. Diese Abmilderung wurde vorläufig angenommen. Zum Schluß ernahm der Vorsitz noch, daß die Kollegen auch fernherin so einig sein möchten wie heute. Mit einem Hoh ab den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Bentralkrankenkasse.

Grundstein zur Einigkeit.

In der Woche vom 25. bis 31. März sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Boffmannstal 200, Bösel 200, Leipzig 200, Wedel 1, Holstein 200, Halberstadt 150, Rauen 140, Dageburg 118, Brieselang 106,72, Rothensee 100, Blaue (Havel) 100, Böbel 100, Baruth i. d. M. 70, Gr. Wartenberg 55, Göttingen 54,52, Sunima A. 1794,24.

Zulüsse erhalten: Stettin M. 800, Hirschburg 400, Mannheim 300, Groß-Neuendorf 300, Dresden 300, Kiel 400, Münster 200, Bremervörde 200, Dortmund 200, Hanau 200, Stuttgart 200, Düsseldorf 150, Worms 100, Hanau 100, Hanau 100, Jordan-Barabas 100, Lüneburg 100, Herrenberg 80, Gedese 60, Naufalen 40, Bremervörde 40, Sunima M. 4880.

Altona, den 2. April 1906.

Karl Reich, Hauptfasserer, Wilhelmstr. 57.

Bur Beachtung!

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal d. J. nebst dem neuen Abrechnungszeitraum sind um die örtlichen Verwaltungen verhandelt; sollten sie in einer Verwaltungsstelle noch nicht angenommen sein, so erachten wir um sofortige Benachrichtigung.

Der Vorstand.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterlöhne, Submissionen etc.

Berlin. Donnerstag, den 29. März, fiel auf dem Bau der Unternehmer Böschau & Knauer in der Warschauerstraße der Maurer Fritz Schleske aus der dritten

Stufe in den Treppenflur hinunter und zog sich mehrere Armbündle und innere Verletzungen zu. Das Unglück konnte nur geschehen, weil das Treppenhaus zwar das vorschriftsmäßige Schuhgeländer hatte, aber das notwendige Fußbrett vermisst ließ. Beim Betreten der Treppe konnte man über auf derselben liegende Steinplatte sehr leicht stolpern oder aber durch ein Verschieben der Belagbretter und Verkleben des Fußbrettes zu Fall kommen. Nach dem Unfall wurde das Fußbrett sofort angebracht.

Essen. Vor dem 29. März auf dem vom Unternehmer Böschau-Böckel der Böckeler Brauerei, G. m. b. H. Bei dem Nachmittags herkömmlichen Schneegesäß hatten eine Anzahl Arbeiter hinter einer frisch gemauerten Giebelwand Schutz gesucht, als plötzlich infolge des heftigen Sturmes die Mauer nachgab und zusammenbrach. Während einige Arbeiter, die Gefahr rechtzeitig erkannt, sich noch in Sicherheit bringen konnten, wurden vier Arbeiter unter den Maurerstühnen begraben. Info der sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten gelang es nach langer Zeit, die vier Verunglückten unter den Maurerstühnen herzuholen. Während, zwei mit leichteren Verletzungen davongetragen waren, hatten die beiden anderen so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie ins Krankenhaus geflöht werden mußten. Beide sind ihren Verletzungen bereits erlegen, und zwar der Maurer Jakob Blat noch am derselben Abend und der Zimmermann Jakob Blat am anderen Vormittag. Beide sind verstorben.

Essen. Herr Johann Götte in Essen, der frühere Bädermeister und jetzige Bauunternehmer, dessen Namen wir nennen mußten, als wir einen Unglücksfall meldeten, der sich in seinem Betrieb ereignet hatte, hat einmal etwas von Preßgesetz hören und dabei ebenfalls auch erfahren, daß man auf Grund dieses fahmsten Verhandlungsdeutschland „Steigis“ allelei aus der Welt befreien kann. Und da wir bei der Meldung des Unfalls (der in Menschenleben kostet) behauptet hatten, die Schuhvorrichtungen an seinem Neubau seien äußerst mangelhaft, so hat er sich schleunigst hingestellt und eine „Berichtigung“ fabriziert. Von diesem Ding können wir nur sagen, wenn die Badewaren des Herrn Götte auch nicht besser geraten sind, wie seine „Berichtigung“, dann können wir verstehen, warum er den Beruf gewechselt hat. Aus dem ganzen Lust haben wir das heraus, was er an falschlicher, halbwerts vorngerechter Berichtigung enthält. Es lautet:

Die Schuhvorrichtungen waren und sind nach Aussagen der polizeilich vernommene Maurer an meinen Neubauten vollständig den polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften entsprechend angebracht, was auch zweifellos die Unterführung ergeben wird.

Dazu geben wir unserem Gewährsmann das Wort:

Zu der vorstehenden Berichtigung des Bädermeisters Karl Johannes Götte ist zu bemerken, daß das in Nr. 12 des „Grundstein“ Gesagte in seinem ganzen Umfang aufrecht zu halten ist. Wir sind in der Lage, für alle unsere Bauaufgaben den Wahrheitsbeweis anzutreten. Daran ändert auch die augenblickliche Tatsache nichts, daß jetzt auf den Baustellen des Herrn Götte vier oder fünf freiorganisierte Maurer und Bauarbeiter beschäftigt sind. Was die Gerüste angeht, so wurden die baupolizeilichen Vorschriften bisher nicht befolgt. Ob es jetzt nach dem Unfallsturz besser wird, muß die Zukunft lehren. Daß auf der Baustelle auch nicht alles so sein konnte, wie es Vorschrift war, wird dadurch bewiesen, daß austretendes Gerüstholz nicht vorhanden war. Für 18 Maurer waren nur sechs bis sieben lange Gerüststangen vorhanden. Auch Brette waren im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter zu wenig da, so daß 3. B. die Maurer auf einer Stützung im zweiten Stock des Treppenhauses ohne Schutzgerüst beschäftigt waren. Zum Bau von steinernen Rüstungen mußten in Ermangelung von kurzen Gerüststangen und Befestigungen aufgewandt werden. Nach dem Unglücksfall wurde das Gerüst, auf dem der Verunglückte beschäftigt war, ausgebaut. Warum wohl etwa weiß es denn baupolizeilichen Anforderungen entsprach? Der Staatsschultheiß, der die Unglücksstelle in Augenchein nahm, ist nicht auf dem Bau gegangen, sondern hat sich die Sache von unten beobachtet. Unter solchen Umständen kann einer Befolgung der baupolizeilichen Unfallverhütungsvorschriften keine Rücksicht nehmen, und Herr Götte wird sich unserer Kritik noch so lange zu erfreuen haben, bis er für andere Ausstände auf seinen Baustellen sorgt. Damit wäre auch diese Berichtigung auf ihren wahren Wert zurückgeführt.

Schon wieder müssen wir von hier einen Unfall mit lästigem Ausgang melden. Das Opfer ist unser treuer Verbandskollege Anton Giese aus Bippespringe. G. stand am Neubau der rheinischen Bank (ausführende Firma Baugewerksmeister A. Dieck-Essen) in Arbeit. Am Unglückssturz war G. in einer Höhe von 18 m mit dem Heraufziehen von T-Gelenk beschäftigt. Zu diesem Zweck waren zwei Gerüstbaum nebeneinander befestigt. Ein dritter Gerüstbaum, an dem der T-Gelenk befestigt war, war auf einen der nebeneinanderstehenden Bäume gesetzt und damit verbunden. Die Spitze des dritten Gerüststangen ragte etwa 2,50 m über das Maurerwerk hinaus. Dieselbe war unseres Erachtens nach zu dem Zweck, zu dem sie verhängt wurde, viel zu schwach. Letzteres hätte auch der Polier wissen müssen. Rätschlich, als G. einen hochgezogenen Träger einschwenken wollte, brach die Spitze des Gerüststangen, an der der T-Gelenk befestigt war, und riß unseren Kollegen mit in die Tiefe. Der Tod trat sofort ein. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß die baupolizeilichen Vorschriften auch an dieser Baustelle wenig oder garnicht beachtet werden. Die Abdeckungen der verschiedenen Bollenlagen, sowie die Gerüste sind äußerst mangelhaft. Der Leiter der hiesigen Bauschule hat sich veranlaßt, als das Gerüst an der Vorberichtsstelle des Neubaus fertiggestellt war, es zu photographieren; um an der Hand der Photographie den Baufüchtern zu demonstrieren, wie ein Gerüst in d. i. d. bezeichneten Fall sein soll, wenn es wie im vorliegenden Falle, zum Transport von schweren Hausteinen verhängt wird.

5. d. e. b. Viele Bauunfälle ereigneten sich hier in der vergangenen Woche. Am Neubau der Gebäude Kleß am Neumarkt brach ein Gerüstbaum. Der Maurer Lölle stürzte

hierbei ob und erlitt erhebliche Verlebungen, so daß er für einige Zeit arbeitsunfähig sein wird. Der zweite Unfall ereignete sich am Neubau des Unternehmers Bäuer in der Langstraße. Der Maurer H. Neßner, beim Gerütbau beschäftigt, stürzte aus der zweiten Etage und fiel auf unten liegendes Gerüthholz. Die Verlebungen sollen nicht allzu schwer sein, jedoch wird auch hier Arbeitsunfähigkeit auf längere Zeit die Folge sein. Die Kollegen werden erüben alle Unfälle sofort dem Zweigvereinsvorstand zu melden. Der Bauarbeiterkubus läßt hier noch viel zu wünschen übrig.

* **Leipzig.** Donnerstag, den 29. März, ereignete sich hier ein tödlicher Unfallsfall, bei dem ein Menschenleben verloren worden ist und zwei Arbeiter schwere Verlebungen erlitten. Auf einem Grundstück in der Böhlstraße in Cöhlitz hat der 46 Jahre alte Bauunternehmer Ernst Schwarzbürgers den Abriss mehrerer alter Villen übernommen. Mit sieben Arbeitern war dabei, den letzten Rest einer fünf Meter langen und drei Meter hohen Mauer an der Straßenfront einzuräumen. Als die Mauer umstürzte, rief Schwarzbürgers: „Geh schnell weg, die Mauer fällt!“ Da stürzte diese auch schon um und begrub Schwarzbürgers, seinen 67 Jahre alten Bruder Gustav Schwarzbürgers und den 24 Jahre alten Arbeiter Martin Eitich aus Mittern unter ihren Trümmern. Ernst Schwarzbürgers ist tot, sein Bruder und Eitich wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Alle drei sind verheiratet. Zwei Arbeiter kamen mit leichten Verlebungen davon.

Böllerhausen. Am Donnerstag, den 29. März, ereignete sich hier ein Teil des Gerüths zusammen, wodurch drei Mauer und ein Bauarbeiter aus einer Höhe von 4 m in die Tiefe gerissen wurden. Der eine Maurer erlitt schwere Kopf- und innere Verlebungen, daß er in das Krankenhaus zu Böllerhausen werden mußte, der andere Maurer kam mit leichteren Verlebungen davon und der Bauarbeiter blieb anscheinend unverletzt. Schwungvorrichtungen waren nicht vorhanden.

* **Wo und was gebaut wird.** Stuttgart. Zum Bau eines Hauptbahnhofes hier bewilligte die württembergische Abgeordnetenkammer M. 8200000 zu Bauarbeiten. — **Würzburg.** Das Gemeindeskollegium hat die Erbauung eines städtischen Krankenhauses in Verbindung mit der neu zu errichtenden Universitätsklinik beschlossen. — **Wolfsburg.** In Rosenthal. Die Stadtgemeinde wird im Sommer mit dem Bau einer Realschule, Kosten M. 180000, beginnen lassen. — **Apolia.** Die Stadt wird im Herbst dieses Jahres mit dem Bau eines Sparhause gebaut, Kosten M. 200000, beginnen lassen. — **Neumünster.** Im Frühjahr soll mit dem Bau eines neuen Garnisonlazaretts begonnen werden; ferner ist der Bau eines Badeanstalt vorgesehen. — **Kattowitz.** In Oberschlesien. Die Stadt wird ein neues Stadthaus erbauen lassen zum Kostenanschlag von M. 500000. Bauleiter ist Regierungsbaumeister Voris, Köln a. Rh. — **Thalheim i. S.** Die Gemeinde wird im Juni d. J. mit dem Bau eines Rathauses beginnen lassen. Die Kosten betragen M. 150000. — **Karlsruhe i. B.** Der Finanzausschuss zu München bewilligte M. 84000 für ein neues Rentamtsgebäude. — **Ulm.** Hier soll der Bau einer Badeanstalt mit einem Kostenanschlag von M. 800000 an der Kaiserstraße in Angriff genommen werden. — **St. Pölitz.** Die Stadtgemeinde wird am 1. Juli d. J. mit einem Erweiterungsbau des Rathauses mit Zentralheizung beginnen lassen. Die Kosten betragen M. 440000. — **St. Pölitz i. Posen.** Die Stadt wird Anfang April mit dem Bau eines Rathauses, Kosten M. 60000, beginnen lassen. — **Weißwasser (R.)** Die Justizverwaltung wird hier am Markt ein neues Amtsgerichtsgebäude errichten lassen. — **Laibach, O. S. P.** Die Stadt plant die Erbauung einer Volksbadeanstalt. — **Speyer.** Der Staat wird hier ein neues Polizeigebäude am Rheinufer erbauen lassen. — **Neu-Ulm.** Die städtischen Kollegen haben den Bau eines neuen Rathauses beschlossen zum Kostenanschlag von zwei Millionen Mark. — **Emmendingen.** Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. plant die Erbauung eines Stationsgebäudes. — **Heidelberg.** Die Postverwaltung plant die Erbauung eines neuen Postgebäudes. Der Bau soll demnächst begonnen werden. — **Freiburg.** Der Erweiterungsbau des städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelkunde in Bremen wird jetzt zur Ausführung kommen. Kostenanschlag M. 925000. — **Sulzbach.** Der Justizminister hat einen Bauplatz für M. 72000 angekauft zur Errichtung eines Gerichtsgebäudes. — **Gießen i. N.** In der Gemeinderatssitzung wurde der Bau eines neuen Realgymnasiums zum Kostenanschlag von M. 580000 beschlossen. — **Essen a. d. Ruhr.** Der Kreisbaudirektor hat beschlossen, dem Kreistag vorzuschlagen ein neues Kreishaus mit Wohnung für den Landrat zu bauen. — **Stuttgart.** In der Sitzung des Gemeinderats wurde die Errichtung einer Markthalle an der Eberhardstraße beschlossen. — **Wiedenbrück.** Das württembergische Bezirksbaudirektorat wird hier ein neues Amtsgerichtsgebäude errichten zum Kostenanschlag von M. 106000. — **Dresden.** Die sächsische Zweite Kammer genehmigte den Vertrag der Regierung mit der Stadt Dresden über den Neubau der Augustusbrücke. Die Baukosten betragen M. 6700000.

* **Eine Submissionsstamme des Handwerks.** Die Meister der Mäler- und Lackierzunft zu Hannover sind keine Reichenmeister. Eine wunderbare oder, je nachdem, entzückende rechnerische Leistung haben sie jüngst bei einer Submission für Mälerarbeiten an der städtischen Markthalle vollbracht. Die Höchstforderung betrug M. 2600. Sogar bei der Mäler- und Lackierzunft zu Hannover, daß es darob ein allgemeines Schütteln des Kopfes gegeben. Die Sitzung erklärte in der Presse:

„Bei der ganz außergewöhnlichen Besonderheit, der für die ausgeschriebene höchst einfache Arbeit, geforderten Preise nehmen wir Berücksichtigung, hiermit zu erklären, daß alle Offeren unter M. 600, sowie die über M. 900 jeder gefunden geschäftlichen Berechnung entstehen und deshalb gezeigt erscheinen, daß sie keinen Gewerbe schädigen.“

Damit hat die Innung die Blamage der Gewerbe nur noch größer gemacht. Natürlich haben wir es hier nur mit Unterangstsymptomen des Handwerks zu tun, das den Kampf ums Datein nicht mehr auf „selbsterhaltend“ geschäftlichen Berechnung führen kann.

Aus anderen Bereichen.

* **Eine Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover** ist in Sicht. Die Formate hatten bei allen in Betracht kommenden Werken Forderungen eingereicht, die in der Hauptfasse solche auf höhere Lohn bezog. Sicherung der Arbeitsfasse enthielten. Eine Einigung kam nicht zu stande und so kündigten am 24. März die Formate zunächst in den vier größten Betrieben, wo sie tätig waren, die Kündigung. Die Kündigung der Formate beantworteten die Fabrikanten mit der Kündigung aller beschäftigten Arbeiter, deren Gesamtfall reichlich 18000 beträgt. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, so werden also am 9. April 18000 Arbeiter im Kampf stehen.

* **Die Aussperrung der Mülhäuser Textilarbeiter** ist beendet. Die Fabrikanten haben unter Aufsicht der Aussperrung die 10½ stündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnverhältnis bewilligt. Die Verjähmung der Aussperrungen beschloß, die Arbeit am 2. April wieder aufzunehmen.

* **Der Verband der Bauhülfearbeiter** veröffentlicht in der Nummer 12 seines Organs seine Jahresabrechnung. Die Mitgliedschaft des Verbands hat um fast 20000 zugenommen. Sie betrug am Schlusse des 4. Quartals, 58225 gegen 39027 am Schlusse des Jahres 1904. Die Fluktuation ist noch ganz außerordentlich stark, denn an Aufnahmen waren im Jahre 1905 über 60000 zu verzeichnen, das sind also mehr, als am Schlusse des Jahres Mitglieder überhaupt vorhanden waren. Die Finanzen des Verbands haben sich in Bezug auf die vielen Kämpfe, die er führen mußte, sehr günstig entwickelt. Die Einnahme betrug infolge eines Kassenüberschusses von M. 106264,12 M. 779383,58. Davon machen die wöchentlichen Beiträge und Grunderwerb M. 839646,05 aus. Die Ausgaben beispielteten sich auf M. 547214,01. Davon entfielen auf Streiks, Aussperrungen usw. im eigenen Verfall M. 340566,51, außerdem wendete die Hauptfasse noch M. 4472,41 für Agitation des Hauptverbandes auf. Das Verbandsorgan erforderte M. 61774, für Schaltungen an die Beamten des Hauptverbandes wurden M. 9244,50 gezahlt. Der gesamte Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres M. 387987,40, wodurch in der Hauptfasse M. 282119,57 stand. Das Vermögen ist gegen das Vorjahr um M. 177989,70 gestiegen. Die Zahl der Zweigvereine betrug 301, das ist eine Zunahme von 84 gegenüber dem Vorjahr; sie wäre aber bedeutend größer, wenn nicht verschiedene Orte zu einem Zweigverein zusammengelegt worden wären.

Aus Unternehmertreinen.

Siebte Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Die Herren vom Bau hatten sich in diesem Jahr das biergesegnete und an Kunstsäulen reiche Münden als Tagungsstätte für ihre Generalversammlung ausgesucht. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Bundesversammlungen am Ende der „Saison“ abgehalten wurden, fand die diesjährige schon Mitte März statt.

Nach dem Geschäftsbericht gehörten dem „Bund“ am Jahresende 1905 159 Verbände (Büros- und Zentralverbände) mit 8400 Mitgliedern an; etwa 5500 in anderen Vereinen organisierte Bauunternehmer gehören dem „Bund“ nicht an. Herr Hölzl stimmte wieder die bewegliche Klage an, daß der „Bund“ noch keine jährliche Kampforganisation sei, mit der man den festgefügten Organisationen der Arbeiter entgegenstehen könne, daß er es aber werden müsse, um bei all seiner „Friedlichkeit“ den ihm aufgedrungenen Kampf führen zu können. Eine exzessive Plausierung hat der früher als wütendster Feind der Arbeiterorganisationen aufstrebende Bundesvorstand insofern durchgemacht, als er neben einer starken Unternehmerorganisation nunmehr auch die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen anerkennt. Eine längere Debatte entspann sich um die Frage: Einführung von Arbeitsweisen und Einführung von Entlastungsschichten. Diese beiden Einrichtungen werden hauptsächlich von den Schafmätern an der Westerplatte (Hamburg, Bremen) propagiert. Diese hat sich in den letzten Jahren sehr imparitätischer Arbeitsnachweise und „christlicher“ Streitbezeichnerorganisationen die ewige Herrschaft der Unternehmermutter aufzurichten gedenkt. Diese Anschauungen steht Herr Helm-Stettin, der über diesen Punkt referierte, sehr pessimistisch gegenüber. Er wies darauf hin, daß auf das bezügliche Rundschreiben des Vorstandes trotz mehrfacher Erinnerung nur 51 Verbände die Fragen beantwortet hätten, und zwar fast ausschließlich in dem Sinne, daß die Einrichtungen wohl sehr erfreulich sind und notwendig seien und daß sich die Verbände ernstlich bemühen müssten, wo es die Verhältnisse irgend gestalten, die Einrichtungen ins Leben zu rufen. Teilweise gingen die Anträge aber zu weit und es sei nicht möglich, darüber deren Ausführung zu determinieren. Ein derartiges Vorgehen könnte der Sache nur schaden und möglicherweise zur Spaltung des Bundes führen. In Stettin, wo führt Redner weiter aus, habe man diese Einrichtungen bereits vor längeren Jahren getroffen, sie hätten aber so große Nachteile für den Fortbestand des Verbands, im Gesamte gehabt, daß die Vorschrift der strikten Befolgung der Bestimmungen nach und nach wieder aufgegeben werden mußte. — Von anderen Rednern wurden die Anträge der Schafmäter entschärft, besonders mit dem Hinweise, daß man die Arbeiterorganisationen als berechtigt anerkennen und Verträge mit ihnen schließen müsse. Beschllossen wurde schließlich, den Bundesverbänden freie Hand zu lassen, ihnen aber zu empfehlen, Arbeitsnachweise zu errichten, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten.

Bei einem vorläufig negativen Resultat führte auch die Beurteilung des Punktes: „Vereinfachung gegen Streik“ zu. Nach einem Referat des Herrn Vogt-Stettin, der absprechend über die derzeitigen Verhältnisse unter den Unternehmen urteilte, wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die siebte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hält die Frage der Streitbezeichner für zur Zeit noch nicht geübt, um sie mit der notwendigen Erfolgsicherheit praktisch lösen zu können. Sie beschließt daher, von der Einführung einer Streitbezeichnerung für das Baugewerbe Deutschlands noch so lange Abstand zu nehmen, bis die einflächigen Verhältnisse eine sichere Urteilsgrundlage und Sicherung des Risikos gewährleisten. Sie beauftragt die Bundesleitung, die Frage auch fernerhin mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu studieren und das weitere Ergebnis der nachstjährigen Generalversammlung zur erneuten Beschlusssitzung zu unterbreiten.“

Die **Streikfeuerwehr**, die unseres Unternehmens noch immer viele Beschwerden verursacht, soll vom Bundesvorstand neu redigiert und dann den Verbänden mit einem besonderen Blatt beschrieben bekannt gemacht werden. Bei der Berichterstattung über die leichtjährigen Arbeitseinstellungen regte Herr Bülow (Frankfurt a. M.) auf, die Berichterstattung möglichst nur bis Ende März 1906 abzuschließen. Dieser Motivator des „Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes“ ist natürlich nicht zufällig in das Frühjahr 1906 verliebt, sondern er hat seine ganz besonderen Gründe. Um diese Zeit laufen nämlich neben den Verträgen für den Maiangang noch die Verträge in einigen anderen größeren Orten ab, und bisher, der immer leicht mit Ausperrungsdrohungen bei der Hand war, wünscht, daß der „Arbeitgeberbund“ gegebenenfalls für eine möglichst große Anzahl bedeutender Orte freie Hand für die Ausperrung hat. — Ach Lüdger! Du Schelm vom Main, darauf gehen die Maurer nicht ein!

Der alte Bundesvorstand, mit Helsch an der Spitze, wurde wieder gewählt. Die nächste Generalversammlung soll in Köln tagen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Aus der Bergarbeiterbewegung.** Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier haben die Bergarbeiter auf einer Bergarbeiterkonferenz zu Zeitz beschlossen, an den bergbaulichen Verein Forderungen zu stellen. Am 7. März sind diese eingereicht; eine Antwort haben die Bergarbeiter bis zum 20. März verlangt. Die Forderungen lauten:

Einführung der achtstündigen Schichtzeit für alle bei der Kohlegründung tätigen Arbeiter unter und über Tage. Zugang übergang soll die Arbeitszeit vom 1. Januar 1906 ab neun Stunden, vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden betragen. Die Ein- und Ausfahrt ist in die Arbeitszeit eingerechnet. Abhöfung aller Frauendarbeiter. Überstündliche und Stunden, soweit nicht Gefahr für das Leben von Arbeitern oder die Sicherung des Betriebes in Frage steht, sind nicht zulässig. Bei notwendigen Überstunden muß ein Aufschlag von 50 pf. gezahlt werden. Abschaffung aller Präämien und der getrennten Gehinge, Garantierung von Mindestlöhnen und zwar für Hauer M. 4,50, für Schlepper M. 4,20. An alle übrigen Arbeiter sind zu zahlen: unter 18 Jahren M. 3, über 18 Jahre M. 3,50 und vom 21. Jahre ab M. 4. Abänderung der neuen Arbeitsordnung. So zu Stempeln und zum Bezeichnen ist bis an alle Endstationen in genügender Menge und zugeteilt zu liefern. Ausreichende Befüllung und Sicherung der Gruben, frisches gutes Trinkwasser ist jederzeit auch unter Tage bereit zu halten. Aufhebung aller Sperren. Humaner Behandlung der Arbeiter durch die Beamten. Anerkennung der Bergarbeiterorganisation. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht vorkommen.

Die Bergarbeiter sind entschlossen, diese Forderungen eventuell durch einen Streit durchzusetzen.

Im Ruhrrevier hatte die am 11. und 12. Februar in Essen abgehaltene Bergarbeiterkonferenz ebenfalls gleichfalls beschlossen, dem bergbaulichen Verein Forderungen auf Erhöhung des Lohnes usw. zu unterbreiten. Das war demgemäß geschehen. Jetzt haben die Herren auch geantwortet. Bei der Siebenertkommision ließ folgendes Schreiben ein:

„Unter höflicher Beugnahme auf unser Schreiben vom 28. dieses Monats teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Antrag auf baldige Aufhebung der Löhne in der heutigen Sitzung unseres Vorstandes zur Verlelung gekommen ist.“

Der Vorstand hat nach wie vor an dem Standpunkt fest, in Ihnen und den mitunterzeichneten Herren die Vertreter der Belegschaften im Ruhrgebietengebiet nicht erscheinen zu können.

Auch ist der Vorstand nicht in der Lage, den Mitgliedern des Vereins in bezug auf die Arbeitslöhne irgendwelche Vorschriften zu machen, es schließt vielmehr jede Bedenkenhaltung selbständig die Schichtlöhne und Gehinge mit den einzelnen Arbeitern und Kameradschaften ab.

„Gut-Lauf“

Verein für die bergbaulichen Interessen.

Alpine, Bingel, Junke.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt dazu: Die Herren fühlen sich nicht veranlaßt, die Siebenertkommision und damit die Bergarbeiterorganisationen als Vertreter der Kameraden anzuerkennen. Belegdienstverhandlungen müssen den Grubenprozen nun zeigen, daß das, was die Siebenertkommision in ihrer Eingabe forderte, Wunsch und Wille der Belegschaften war, und die Herren müssen eben dann die Löhne erhöhen, ohne die Siebenertkommision anzuverletzen. Der dritte Absatz des Schreibstüdes war jetzt, daß auch die Arbeiterauschüsse zum Einreichen von Lohnforderungen im Namen der Belegschaft für die Belegschaften nicht maßgebend sind, so werden die Kameraden in den Belegschaftsverhandlungen einen Mann zu wählen haben, der ihre Forderungen überbringt. Die Grubenmagistrate haben aus dem letzten Streik nichts gelernt, sie die keinen Bezieherkosten einzeln verlaufen, die großen Schüttungen zu ihrem Nutzen angeschlossen sind, spotten der Kameraden, indem sie nur mit „einzelnen“ verhandelt wollen, und diese überzeugen zu haben.“

Es ist wahr, die Belegschaften und ihre Interessenvertretung haben wirklich nichts gelernt. Galt durch Augen Einsichten die Spannung im Ruhrrevier zu Höhe, beharren sie auf dem Standpunkt, der schon den großen Verhandlungskampf des vorigen Jahres verdeckt. Wollen sie aber einen katastrophalen Ausbruch provozieren? Was wird die Regierung nun tun, wird sie wieder so lange tatenlos zusehen, bis es zu spät ist? Den Bergarbeitern des Ruhrreviers wird es mit scheinungsloser Deutlichkeit demonstriert, daß sie nur im Kampf mit dem

Kapital, im Klassenkampf, ihre Menschenrechte erkennen können, aber wie schwer ist ein solcher Kampf unter den heutigen obwaltenden Organisationsverhältnissen! Wohl sind die vier bestehenden Organisationen noch vor den Zeiten des großen Kampfes hier in einer Spalte, in der Siebenkommission vereinigt. Aber auch dort scheint ein sehr offenbar gewordener Vertrag alle Hoffnungen für die Zukunft vernichtet zu wollen. Und zwar hielt der Vertrag der Konferenz ausführlich seinen Einzug. Am Ausklang, mitglieder des Christlichen Gewerbevereins, wurde ein gebrüderliches Bündnis geschlossen, das Lohnforderungen enthielt und den Bechernverwaltungen überreicht werden sollte. Das Bündnis trug die Unterschrift Kötter. Kötter heißt auch der Vorsteher des Christlichen Gewerbevereins. Hat er wirklich das Bündnis verfaßt? Das wäre ungemein schwerlich. Der Vorstand des Christlichen Gewerbevereins wird sich bald äußern müssen. Aber es ist noch mehr geschehen. In dem an die Büchschmiede mitglieder bestandene Bündnis, das auch den Bechernverwaltungen überreicht worden ist, heißt es mit Feindseligkeit: Wir akzeptieren in Zukunft den Verband und die Siebenkommission nicht mehr. Man bedenke: Während die Siebenkommission, in der nach wie vor zwei Gewerbevereinsmitglieder sitzen, unter Zustimmung des Gewerbevereins in Tätigkeiten getreten ist und eine Eingabe auf Lohnverhöhung eingereicht hat, überreichen die Büchschmiede mitglieder des Christlichen Gewerbevereins den Bechernverwaltungen eine Eingabe:

„Wir akzeptieren den Verband und die Siebenkommission nicht mehr.“

Die Sache ist so ungewöhnlich, daß man sie beinahe nicht fassen kann. Aber die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ hat Zeugen zur Hand, die die Eingabe in Händen gehabt und gelesen haben. Sie weiß auch ferner mitzuteilen, daß die Eingabe der christlichen Büchschmiede von den Bechernverwaltungen ebenso befehlt geschildert worden ist, wie es der Bergbauleiter Verein mit der Eingabe der Siebenkommission getan hat. Der Vertrag hat also nichts gefrachtet. Auf die völlige Auflösung dieser dünnen Fäden darf man gewusst sein. Das wäre eine Treulosigkeit, wie man sie bisher selbst dem christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter nicht zugeschaut hat.

Nachträglich bestreitet zwar die Leitung des christlichen Gewerbevereins diesen Vertrag. Aber sie hat so schon so manches betrüten, was sie hinterher zugeben mußte, so daß sie es sich schon gefallen lassen muß, daß man ihren Dementis großes Mißtrauen entgegenbringt.

In Frankreich hat das grausige Massensterben in den Kohlengruben von Courrières noch gewaltige Folgen für den gewaltigen Bergbau gehabt. Das kann nicht wundern. Bei dieser Katastrophe sind weniger 1200 Menschenleben unter den gräßlichsten Qualen vernichtet worden. Nach dem Urteil maßgebender Fachleute trägt die Grubenverwaltung die Schuld an diesem Unglück; die ganze Jurisdicition der Grube soll völlig verurteilt und verurteilt gewesen sein. Trotzdem die Kohlenstaubentwicklung in den Gruben von Courrières besonders stark gefordert ist, es noch zweifelhaft, ob überhaupt eine Verleihung der Gruben stattgefunden hat. Zur ganzen Grubenanlage gehören 18 Schächte. Auf dem Schacht 8 wütete schon wochenlang vor der Katastrophe ein Flözbrand, der dann in den anderen Schächten gewaltige Schlagwetterexplosionen herbeiführte. Es ist sicher, wäre der brunnende Schacht sicher und luftdicht abgerichtet gewesen, dann hätte das nicht eintreten können. Der Eindruck des Unglücks ist so stark, daß selbst die eingerüsteten journalistischen Landeskritiken die Grubenanlagen die offenkundigen unerhörten Wohlstände auf den Gruben von Courrières nicht zu leugnen verstanden. Und dabei hat diese Gesellschaft fast 50 Jahre hindurch geradezu fabrikante Profite eingefasst. Die Gesellschaft von Courrières wurde 1852 gegründet mit einem Kapital von nominell frs. 6.000.000, eingetragen in 2000 Aktien zu frs. 3000. Es wurden aber aus jede Aktie nur frs. 800 eingetragen, so daß sich das eingebrachte Kapital auf nur frs. 800.000 beläuft. Und das Unternehmen wurde zu einer Goldgrube!

Im 5. Jahre (1857) brachte eine Aktie von frs. 800 frs. 150 = 10 p. Z. 18. Jahre (1865) frs. 800 = 100 p. Z. 1887 schon frs. 600 = 200 p. Z. 1890 aber frs. 2000 = 688,68 p. Z. 1891 gar frs. 2800 = 788,68 p. Z. In den 39 Jahren erbrachte jeder Anteil von frs. 300 einen Gewinn von frs. 85,725 oder durchschnittlich pro Jahr frs. 916, das heißt, in jedem Jahre wurde mehr als das Dreifache des Gründungskapitals an Ausbute verteilt!

Die Gesamtkapitale der auf frs. 600.000 Gründungskapital verteilten Ausbute beziffert sich auf frs. 714.450.000. Das eingebrachte Kapital ist also schon einhunderttausendfach mehr jährlich gezahlt, aber für die Sicherheit der Arbeitnehmer hatte man trotzdem das nötige Geld nicht übrig. Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschafts- und Produktionsordnung offenbart sich hier in höchster Potenz. Ein unermüdlich reide Füll des Segens quillt durch die Arbeit der Bergleute aus den Schächten, aber sie bleiben arm, elend, rechlos, schwachsinnig! Der durch sie geschaffene Goldstrom bringt den „Eigentümern“ der Grube Wohlstand, Reichtum, Lebensgenuss — den Himmel auf Erden, und sie selber sind an die harte Oribenfrohn geschmiedet, bis sie durch die Gewissenslosigkeit ihrer Ausbeuter von einer gewaltigen Katastrophe zerstört werden. Wissen die hochmütigen Staatsleute, die „wissenschaftlichen“ Hörigen des Unternehmerkapitals eine andere gerechte Lösung dieses schrecklichen Widerstreitens als die Umwandlung des Privatbesitzes in den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, als die Sozialisierung der Gesellschaft!

Die aufreizende Wirkung dieser Entstehung des wahren Gesetzes des Kapitals hat sich bereits in einer bläßartig aufschreckenden Streitverhandlung der französischen Bergarbeiter geäußert. Im Département Pas de Calais sind gegen 85.000 Bergleute ausständig. Soweit ihre Forderungen bekannt geworden sind, fordern sie eine Lohnverhöhung auf frs. 7,10. Muß man auch vom gewaltstümlichen Standpunkt solche unvorbereiteten Angriffe verurteilen, weil sie erfahrungsgemäß gewöhnlich ebenso schnell wieder zusammenbrechen, wie sie entstanden sind, so erscheinen sie als Realität gegen die oben getrennt gezeichnete Wahrheitlichkeitsverhältnisse.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereitete sich ein Zustand für in allen Klassen der Kohlenbergleute vor. Die unterdrücklichen Slaven des Kapitals wollen sich ein menschenwürdiges Los erkämpfen. Da hat sich der Präsident Roosevelt bemüht, diesen Streit zu verhindern. Er schrieb an den Präsidenten des Berg-

arbeitervereins Mitchell, ein Ausstand der Bergarbeiter wie er angekündigt ist, würde den allgemeinen Frieden und die Wohlfahrt des Landes bedrohen. Es wäre notwendig, weitere Anstrengungen zu machen, um ein solches Unglück zu verhindern. Er sei bereit, zwecks einer Einigung zu vermitteln. Da ist der Herr Präsident bei den Kapitalisten aber nicht gut gefahren.

Die „Morning Post“ meldet dieser Tage aus Washington, daß ihm in ziemlich idyllischer Form der Kohlengrubenbesitzer der Wint gegeben worden ist, daß er nicht den Reichtum machen solle, zwischen ihnen und den Bergleuten zu vermitteln, falls ein Ausstand ausbrechen sollte. Wenn die Leute zum Ausstand entschlossen wären, so müssen sie auch die Folgen ihres Vorhabens tragen.

Das sind dieselben absoluten Herren, die beim letzten Bergarbeiterstreit vor einigen Jahren verhindert, ihre Herrschaft sei gut, wie die eines Monarchen „von Gottes Gnaden“; Gott habe die Unternehmer zur Vormundschaft über die Arbeitnehmer bestellt. Und auf diese „Göttliche Macht“ würden sie nicht verzichten. Nun, die Zeit kommt gewiß, wo die Arbeitersklasse solchen Hochmutswahn um ein Ende macht. Am Ende seiner eigenen Herrschaft wird die Hammontonius zu grunde gehen.

Der vorliegende Artikel war bereits für eine frühere Nummer bestimmt, so daß nun noch einiges nachzutragen ist. Im mittelschönen Braunkohlenrevier, sowohl im Weißenseiter wie im Zeit-Menselziger, haben die Bergarbeiter die Arbeit eingestellt. Am 30. März tritt die Zahl der Streikenden jetzt 4000. Dabei hat es den Anschein, als wenn sich der Zustand noch auf andere Reviere ausdehnen würde. Der Gewaltsgang beginnt bereits unter dem Braunkohlenmangel stark zu leiden. Hoffentlich kämpfen die Bergarbeiter diesmal nicht unvorsichtig.

Auch in Nordamerika wird es beim Entschluss dieser Nummer bereits zum Ausstand gekommen sein. Die Bergarbeiter stellen den Minenbesitzer ein Ultimatum, worin sie 5 p. Z. Lohnverhöhung fordern. Die Minenbesitzer lehnen das ab. Somit ist mit Gewissheit auf einen Kriegerkampf zu rechnen, an dem gegen 400.000 Arbeiter beteiligt sein dürften.

Die Entlassung am Morgen bei Kündigungsausschluß und der „Auslos“! Der Maurer B. drohte durch Klage beim Berliner Gewerbege richt vom Maurermeister Lucas den Lohn für den 8. Februar, an dem er Wörtgens entlassen zu sein behauptete. In der Verhandlung vor der Kammer 3 stellt der Kläger den Sachverhalt dar: Nachdem die Maurer am Dienstag ausgesetzt seien, sei er am Mittwoch früh mit den anderen wiedergekommen, um zu sehen, ob jetzt das fehlende Material heran sei. Er sei zur Arbeit bereit gewesen. Der Polier habe gesagt: „Warten wir bis Frühstück.“ Er habe auch gewartet, bis 10, bis 11, und sei schließlich, als er den Polier nicht fand, nach Hause gegangen. Am Donnerstag, den 8. Februar, sei seine Entlassung mit den Worten erfolgt: „Wer gestern nicht gearbeitet hat, braucht heute auch nicht zu arbeiten.“ — Der Polier als Zeuge bestreit die Entlassung überhaupt und betonte, daß er am Mittwoch sehr wohl auf dem Bau zu finden gewesen wäre, und daß er an diesem Tage den Maurer nach Eintellung der Arbeit habe beschäftigen wollen, ihn aber nicht mehr gefunden habe. — Der Widerspruch zwischen den ganz bestimmten Angaben des Klägers und des Zeugen ließ sich in der letzten Sitzung der Kammer 3 nicht aufheben. — Der Gerichtshof wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Selbst wenn, wofür der Nachweis fehle, der Kläger am Morgen des 8. Februar entlassen worden wäre, hätte er doch keinen Lohnanspruch für diesen Tag. Gern entstehe bei Kündigungsausschluß ein Entschädigungsanspruch für den betreffenden Tag, wenn am Morgen ohne jeden Anlaß die Entlassung ausgesprochen werde. Hier liegt aber ein berechtigter Anspruch zu der Entlassung am Morgen darin, daß Kläger sich am Mittwoch vom Bau entfernt habe, ohne den Polier zu benachrichtigen. Wenn Kläger sage, er habe sich nach dem Polier umgesehen und ihn nicht gefunden, so wäre dem entgegenzuhalten, daß er den Polier auf jeden Fall hätte stellen müssen und ihm Kenntnis geben.

Streikbrecherprügel = rentenberechtigter Betriebsunfall.

Die sozialpolitische Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hat eine Bereicherung erfahren, die um der grundlegenden Sache wegen die weiteste Beachtung in allen Arbeiterskreisen und darüber hinaus verdient.

Der Sachverhalt ist kurz der folgende: Während der großen Bauarbeiterausperrung in den Unterwerkorten im Sommer 1894 wurde eines Morgens ein arbeitswilliger Maurerpolier arg verprügelt, so daß er längere Zeit krank lag und seine fernere Erwerbsfähigkeit eingeschränkt worden ist.

Der von ihm erhobene Anspruch auf Gemäßigung einer Unfallrente wurde von der hannoverschen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft abgelehnt, da sie in den dem Polier verabfolgten Prügeln einen Betriebsunfall nicht erkannt habe, sondern eine gewöhnliche Gefahr des alltäglichen Lebens sah. Auf einen ähnlichen Standpunkt scheint sich das von dem abgewiesenen Arbeitswilligen angeregte Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Bremen gestellt zu haben, denn der Polier hat Petrus an das Reichsversicherungsamt eingelegt, worin er von der Landesversicherungsanstalt Hannover unterstürzt wurde, die ihrerseits anführte, daß in dem vorliegenden Falle ein Betriebsunfall anerkannt werden müsse, obwohl die Verlehung des Klägers auf dem Wege zur Arbeit statigfunden habe, und begründet wird dies von der Landesversicherungsanstalt damit, daß die Veranlassung zu diesen Tätschlichkeiten der Streitfeinde gegen den Kläger in diesem Betriebszweig gelegen habe, die verleugnende Handlung sich daher als ein Ausflug der Betriebsgefahr darstelle.

Die Berufsgenossenschaft macht zur Begründung ihres Antrags auf Zurückweisung des Rechts mit Recht geltend, daß sich der Kläger weder im eigentwirtschaftlichen Interesse noch im Interesse des Betriebes dem Streit nicht angeschlossen und auch die Mißhandlung nicht in seiner Eigenschaft als Polier, sondern als unliebsamer wirtschaftlicher Konkurrent der streitenden Arbeiter habe ertragen müssen.

Auf den eingelagerten Rechtsurteil hin hat das Reichsversicherungsamt noch darüber Beweis erheben, ob zur Zeit des Unfalls in den Unterwerkorten ein freiwilliger Streit oder eine Ausperrung der Arbeiter des Baugewerbes stattgefunden habe, und ist dazu gekommen, die Baugewerbe-Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente für die Prügel an den Polier zu verurteilen. Aus der Begründung dieses Urteils ist hervorgehoben:

Der Kläger ist zu Bremerhaven auf dem Wege zur Arbeit von zwei ihm unbekannten, offenbar (1) den Arbeitsestand angehörigen Männern überfallen und gemäßigt worden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen hatte damals eine Aussperrung aller Bauarbeiter und Poliere der Unterwerkorte stattgefunden ... nur wenige Arbeiter und Poliere, unter legieren der Kläger, hatten sich der Forderung der Arbeitgeber unterworfen ... man annommen werden, daß die Mißhandlung durch ausgesperrte Bauarbeiter erfolgt ist und zwar weil sie in ihm einen Arbeitswilligen erkannt. Der Kläger ist daher seineswegs einer Gefahr des täglichen Lebens erlegen, er ist vielmehr einer besonderen geistigen Gefahr zum Opfer gefallen, der andere Strafgebußtanten nicht ausgeprägt waren, sondern gerade ihr wegen seiner Betriebsläufigkeit bedrohte. In Zeiten des Streits oder der Aussperrung tritt erfahrungsgemäß für die Arbeitswilligen zu den technischen Gefahren des Baubetriebes noch die weitere Gefahr, von den feindlichen Arbeitern bedroht und angegriffen zu werden. In solchen Zeiten erfreut sich daher der Gefahrenbereich des Betriebes über die Betriebsstätte hinaus, weil seine Arbeiter ab dann auch außerhalb der legierten infolge ihrer Betriebsläufigkeit besonderen, nur ihnen drohenden Gefahren ausgesetzt sind. Der Umstand, daß der Kläger die Betriebsstätte im Augenblick des Überfalls noch nicht erreicht und seine Arbeit noch nicht ausgenommen hatte, steht daher der Annahme eines Betriebsunfalls nicht entgegen. Zugleich kommt, daß während im allgemeinen der Weg zur Betriebsstätte überwiegend im eigentwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird, bei den zur Zeit des Unfalls herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Grade daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitswilligen sich zur Arbeit einfänden. Es entfällt daher vorliegendes auch auf den Grund, der hauptsächlich dafür bestimmt gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit zustehenden Unfälle von der Verjährungsfrist auszunehmen ... Die Verklage war zur Entschädigung des Klägers zu verurteilen.

So die Begründung dieses Urteils ist, daß die sozialpolitisch neue Fassade schafft, Arbeitswilligen jetzt fern von der Arbeitsstätte als rentenberechtigten Betriebsunfall zu betrachten. Dieses Urteil ist nun namentlich dann Befremden erregend, wenn man die Tatsachen ins Auge sieht, die, meist bei Rentenentzugsanträgen bezüglich Entziehungen als Gründe, besonders bei den in den letzten Jahren sich immer mehr häufenden Fällen solcher Art gezeigt haben.

Wie in der Strafjustiz, mehrten sich auch auf sozialpolitischem Gebiet jene Erkenntnisse, die dem natürlichen Arbeitsleidem widersprechen. Hierzu gehört die Anerkennung eines Betriebsunfalls, wenn eine Feindseligkeit auf dem Wege zur Arbeitsstätte vorliegt. Wenn Streitende beginnen würden, hätte schließlich ein Betriebsunfall nicht anerkannt werden können.

Eine neue Epoche im Brückenbau?

Die gewaltigen Umwälzungen, die sich in den letzten Jahren in der Industrie vollzogen haben, sind auch im Baugewerbe besonders wahrnehmbar. Wie früher Holz und Stein, ist heute Eisen und Beton das am meisten gebrauchte Material im massiven Bau. Die größten Veränderungen im Baugewerbe überwiegend im eigentwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird, bei den zur Zeit des Unfalls herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Grade daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitswilligen sich zur Arbeit einfänden. Es entfällt daher vorliegendes auch auf den Grund, der hauptsächlich dafür bestimmt gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit zustehenden Unfälle von der Verjährungsfrist auszunehmen ... Die Verklage war zur Entschädigung des Klägers zu verurteilen.

Eine neue Brücke wird gegenüberliegend zwischen Alsbach und Homburg gebaut. Der ungewöhnliche Verleib in dieser Gegend macht den Bau zur Notwendigkeit. Eine Eisenbahnbrücke soll später ebenfalls noch gebaut werden. Alsbach darf sie interessieren, nähert sich über den Bau zu erfahren. Das Beginnen der Ingenuete sieht unseres Wissens bisher einzige da. Eine Spannweite von 208,5 m soll frei überbrückt werden, d. h. ohne jegliche Gefahr im Strom. Die Spannweite der Brücke beträgt von Brückenkopf zu Brückenkopf 625 m. Die Hauptpfeiler tragen den ganz aus Eisen bestehenden Bau. Der Kern der Pfeiler ist Beton. Die Ummauerung über dem Wasserriegel zeigt ein der Wasserkraft ähnliches Material. Zum Hintermauer wird Mauerstein gebraucht. Zum Vordermauer sind aus dem Eisenbeton Material hergestellt. Nur die Eisenbahn, Eisenlinie und die Solbahn im den sechzehnartigen Deckungen sind aus rotem Sandstein. Die Entwürfe der beiden Brückenkopf und von Professor Billig in Karlsruhe i. B. Die Architektur erinnert sehr an die alten Brücken am Rhein. Auf der Alsbacher Seite soll auch tatsächlich eine Kasematte eingebaut werden. Die Abtschüttung zu den Zugängen, sowie Pfeilergänge für den Kriegsfall sollen darin Platz finden.

Zu der Löschung der schwierigsten Frage am Brückenbau hat die Montagfirma eigens einen Krabb konstruiert, wonit die anzubauenden Eisensteine an ihrem Bestimmungsort dirigiert und sofort versteift resp. angebaut werden. Erfreulich ist hier ein zu gutes, daß die Pfeile eine Deckung von 100 m für den Brückensektor frei von Gerüsten lassen. Nun soll der Krabb über 100 m vorgebaut werden, die dann, wenn das durch das Gewicht entstandene Gefälle von 80 bis 90 cm durch hydraulische Kraft gehoben ist, durch einen starken Eisenbogen abgesenkt werden, wonach die übrigen 108 m ebenso leicht angebaut werden sollen. Der Krabbhof (ca. 120 m) muß ebenso ohne Krabb überbrückt werden. falls dies möglich ist, dient eine neue Aera im Brückenbau vorliegen.

Die Gesamtarchitektur der Brücke ist eben. Schon präzisieren sich die häufigen Gitter an den Rampen für Fußgänger. Da der Unterbau genügend fertig ist, wird die Brücke zum Frühjahr 1907 fertig sein können. Projektiert ist eine Straßenbahnverbindung über die Brücke. Die Firma

"Gustavsburg" Malin führt den Bau aus. Die Maurer- sowie Steinarbeiter wurden von Stolzmannen ausgeschlossen. Da auf der linken Rheinseite riesige Kohlen- und Salzläger gefunden wurden, plante der Schwerpunkt der Industrie bald nach dort verlegt werden. Die A.-G. "Nordstern" und die "Solvaywerke" (Salzindustrie) haben enorme Landanläufe genommen und sind schon teilweise am "Schöpfen".

Größere Unfällestätte sind beim Bau der Brücke noch nicht vorgekommen. Eins ist für uns von besonderem Interesse: die Feuerwehrunterrichtung. Weit ein Widerstand lautend steigten Flammen regen sich jetzt, um dem Verhöhlungszimmer abzuhelfen, und die Könige von Mannheim und Brandenburg lassen durch ihre Trabanten dem Feuerwehrwerk den Stempel der Gewalt aufdrücken!

L. V.

Polizei und Gerichte.

Streikaristie. In keiner Stadt des Industriegebietes sind infolge der Ausperrung soviel Streiken über unsere Kollegen verhängt worden, wie in Düsseldorf. Am schwersten ist dies die Kollegen Beister und Lamrovostki gefallen. Beister hat wegen Streikbeginns einen Monat und Lamrovostki drei Monate erhalten. Drei Kollegen wurden freigesprochen, in der Sache gegen den Kollegen Göpfert wurde ein neuer Termin angelegt. Dieser fand am 26. März statt. Am 12. August kam es in der Früh bei dem Erweiterungsbau des evangelischen Krankenhauses zu einem Auftritt zwischen Streitposten und Streikbrechern. Am fraglichen Tage vor 8 Uhr Morgens gingen ein Polier Dräwelt und ein zugereister Maurer namens Steljes zu dem erwähnten Bau. Steljes, der damals aus Emmerich kam, hatte acht Tage vorher von dem hiesigen Streitbüro das Fahrgeld für die Fahrt nach Emmerich erhalten, so daß er ganz zwiespältig moralisch verpflichtet war, während der Dauer der Bewegung am hiesigen Platze seine Streitarbeit zu verrichten. Wie erwähnt, fiel er trotzdem seinen streitenden Kollegen in den Rücken. Einer der Maurer, die am 12. August 1905 in der Nähe des Baus Streitposten standen, war bei der Auszahlung des Gehaltes an Steljes augegen gewesen und geriet, als er den Steljes nun doch zur Arbeit geben sah, in eine durchaus verschämliche Erregung. zunächst machte man dem Streikbrecher Vorhaltungen. In ihrer Erregung liegen sich die bereits verurteilten Maurer aber hinzu, den Steljes zu schlagen. Unmittelbar hierauf will Steljes dann noch von einem Maurer mit einem Messer gestochen werden sein. Der Weißfesterhader soll nun der heutige Angestellte, der vollständig unbefohlene Maurer Karl Göpfert gewesen sein. Göpfert bestreite jede Anteilnahme an dem fraglichen Vorfall. Er hat zwar Streitposten gehabt, aber an einer anderen Baustelle. Der Streikbrecher Steljes bestreite Göpfert unter seinem Eid als einen der Streitenden, die ihn misshandeln, dagegen glaubt der Zeuge nicht, daß Göpfert mit dem Messer gestochen hat. "Herr" Polier Dräwelt, der, ohne daß der Ausdruck vom Vorstehenden getützt wurde, von den Streitenden immer als von "dieser Gesellschaft" sprach, glaubte, daß Göpfert einer der Streitposten sei. Die Beweisaufnahme, zu der ein großer Zeugenapparat aufgeboten war, ergab weiter nichts Belastendes mehr für den Angestellten. Obwohl nun der an sich durchaus glaubwürdigen Behauptung des Angestellten nur das ebdliche Zeugnis des Verlehrten, der einmal sagt, er habe niemanden gejehet, weil der Vorgang nur eine Sündhaftigkeit und er die Augen zugemacht hätte, das andere Mal dahingegen positiv die Täterschaft des Angestellten bestand, gegenüberstand, beantragte der Staatsanwalt in seinem fünf Worte enthaltenen Plädoyer ("Ich beantrage zwei Monate Gefängnis") die genannte Strafe. Das Gericht verurteilte den Angestellten, getreuer seines bisherigen Praxis, daß den Arbeitswilligen der weitgehendste Schutz des Gesetzes gewährt werden müsse, zu einem Monat Gefängnis.

Streikhader. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf hatte sich der Maurer Kaline wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Er war im vorigen Jahre als Polier bei dem Bauunternehmer Schneider in Hochkirch beschäftigt und soll verlustfrei haben, auf die mit ihm beschäftigten Maurer befußt Erkrankung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Arbeitseinstellung eingewirkt. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß R. nur auf die Innehaltung des bestehenden Vertrages hingewirkt hatte. Auf Antrag des Anwalts erfolgte Freispruch.

Die Notiz ist etwas unklar, selbst wenn R. im Sinne der Anklage, wie er hier wiedergegeben wird, gewirkt hätte, hätte ihn kein Gericht verurteilen können.

Eingegangene Schriften.

"Die Nervosität, die Mutterkrankheit unserer Zeit, ihre Ursachen, die Selbstvergütung und ihre Heilung durch ein erprobtes Blutreinigungs-Verfahren." Von Dr. med. Walter. 2. Aufl. (M. 1,20). Verlag von Edmund Denme, Leipzig. - Unser heutiger reichslebige Zeit mit ihren dießtag gestellten Aufgaben an den Geist und die Nerven: des Einzelnen, mit ihrem aufteilenden Kampf ums Dasein bedingt einen starken Verbrauch von Nervenflüssigkeit, welche den Herzen, dem Gehirn und Rückenmark entzogen wird. Durch Leistungsfähigkeit des Darms entstehen Selbstkrämpfe, welche erregend auf das Zentrum der Blutgefäßen wirken, so daß beständige Blutzuflüsse nach den Kopf stattfinden; hier heißt es, richtig, die Krautkrankheit bestätigen. "Einerseits die Selbstkrämpfe aus dem Blute", sagt der Autor, "und ihr werden gesunde Menschen, denen das Leben Mat zweimal erütteln!"

"Gemeinnahre Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindezissimus, herausgegeben von Dr. Gudekum. Eine geradezu vernichtende Abrechnung mit der ehrgeizigen und kurzfristigen Klassenpolitik, die der deutliche Freisinn in den Gemeinden zu führen pflegt, wo er das Heil in der Hand hat. Hält in der neuesten Nummer der "Gemeinnahre Praxis" Gedanke Edmund Fischler. Er beleuchtet zu diesem Ende einmal die Taten des "Gemeinnahre Liberalismus" in der reichen Stadt Zittau.

und man muß sagen, daß er dabei geradezu unethische Zustände, z. B. auf dem Gebiete der gemeindlichen Besteuerung ausrichtet. Die Leute der "Gemeinnahre Praxis" ist allen Parteigenossen, die sich mit Gemeindepolitik beschäftigen oder gar Gemeindevertreter sind, dringend zu empfehlen. Probenummern kann man kostengünstig von der Geschäftsstelle der "Gemeinnahre Praxis", Berlin W. 16, beziehen. Der Verlag der "A. B." ist jetzt an B. Singer übergegangen, die Erziehungswise soll dadurch jedoch in seiner Weise verloren werden.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 27 des 24. Jahrganges.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preis von M. 8,20 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet M. 4. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der "Wahre Jacob", Nummer 7, des 23. Jahrganges. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist M. 10,40.

Streikaristie. In keiner Stadt des Industriegebietes sind infolge der Ausperrung soviel Streiken über unsere Kollegen verhängt worden, wie in Düsseldorf. Am schwersten ist dies die Kollegen Beister und Lamrovostki gefallen. Beister hat wegen Streikbeginns einen Monat und Lamrovostki drei Monate erhalten. Drei Kollegen wurden freigesprochen, in der Sache gegen den Kollegen Göpfert wurde ein neuer Termin angelegt. Dieser fand am 26. März statt. Am 12. August kam es in der Früh bei dem Erweiterungsbau des evangelischen Krankenhauses zu einem Auftritt zwischen Streitposten und Streikbrechern. Am fraglichen Tage vor 8 Uhr Morgens gingen ein Polier Dräwelt und ein zugereister Maurer namens Steljes zu dem erwähnten Bau. Steljes, der damals aus Emmerich kam, hatte acht Tage vorher von dem hiesigen Streitbüro das Fahrgeld für die Fahrt nach Emmerich erhalten, so daß er ganz zwiespältig moralisch verpflichtet war, während der Dauer der Bewegung am hiesigen Platze seine Streitarbeit zu verrichten. Wie erwähnt, fiel er trotzdem seinen streitenden Kollegen in den Rücken. Einer der Maurer, die am 12. August 1905 in der Nähe des Baus Streitposten standen, war bei der Auszahlung des Gehaltes an Steljes augegen gewesen und geriet, als er den Steljes nun doch zur Arbeit geben sah, in eine durchaus verschämliche Erregung. zunächst machte man dem Streikbrecher Vorhaltungen. In ihrer Erregung liegen sich die bereits verurteilten Maurer aber hinzu, den Steljes zu schlagen. Unmittelbar hierauf will Steljes dann noch von einem Maurer mit einem Messer gestochen werden sein. Der Weißfesterhader soll nun der heutige Angestellte, der vollständig unbefohlene Maurer Karl Göpfert gewesen sein. Göpfert bestreite jede Anteilnahme an dem fraglichen Vorfall. Er hat zwar Streitposten gehabt, aber an einer anderen Baustelle. Der Streikbrecher Steljes bestreite Göpfert unter seinem Eid als einen der Streitenden, die ihn misshandeln, dagegen glaubt der Zeuge nicht, daß Göpfert mit dem Messer gestochen hat. "Herr" Polier Dräwelt, der, ohne daß der Ausdruck vom Vorstehenden getützt wurde, von den Streitenden immer als von "dieser Gesellschaft" sprach, glaubte, daß Göpfert einer der Streitposten sei. Die Beweisaufnahme, zu der ein großer Zeugenapparat aufgeboten war, ergab weiter nichts Belastendes mehr für den Angestellten. Obwohl nun der an sich durchaus glaubwürdigen Behauptung des Angestellten nur das ebdliche Zeugnis des Verlehrten, der einmal sagt, er habe niemanden gejehet, weil der Vorgang nur eine Sündhaftigkeit und er die Augen zugemacht hätte, das andere Mal dahingegen positiv die Täterschaft des Angestellten bestand, gegenüberstand, beantragte der Staatsanwalt in seinem fünf Worte enthaltenen Plädoyer ("Ich beantrage zwei Monate Gefängnis") die genannte Strafe. Das Gericht verurteilte den Angestellten, getreuer seines bisherigen Praxis, daß den Arbeitswilligen der weitgehendste Schutz des Gesetzes gewährt werden müsse, zu einem Monat Gefängnis.

Die "Neue Gesellschaft", Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ulf Braun (Verlag W. 16), Heft 14. Preis für das Einzelheft 10 M. pro Monat 40 M. pro Vierteljahr M. 1,20. Probehefte werden auf Verlangen kostengünstig geliefert. Aus dem Inhalt erwähnen wir: Max Maurenzberger: Arbeit und Leben; Heinrich Stampfer: Weltgeschicht und Volksgericht; Heinrich Mann; Tullio und Linda; Helene Voigt-Dieckhoff: Mutter und Tochter. - Henriette Fürth: Trost den Häßlichen!

Kurt Eisner hat unter dem Titel "Der Sultan des Weltkrieges. Ein marokkanisches Stenogramm deutscher Diplomaten-Politik" im Verlage von Haden & Co. in Dresden (Verlag der "Sächsischen Arbeiter-Zeitung") eine interessante Broschüre erschaffen lassen, die einen tiefen Einblick in die Weltpolitik gewährt und allen Arbeitern zu empfehlen ist. Die Schrift umfaßt 78 Seiten und ist zum Preis von 40 M. durch alle Parteibuchhandlungen und Parteikolporteure zu beziehen.

Postkassen.

Berlin, 9. Sch. Am 7. März tagte die Versammlung, und der Bericht darüber schiedt Sie uns so spät zu, daß er erst in der Nummer vom 7. April, also einen Monat später, erscheinen konnte. Das zeigt, wie wenig Wert Sie auf meine Befreiungserklärung legen. Wir sind nun der Meinung, daß die Bewegung wohl nicht verloren geht, wenn wir die Aufnahme jetzt unterlassen.

Büroort-Breit, 9. Sch. Deinen Wunsch können wir leider nicht mehr erfüllen, denn der Bericht ist längst den Weg gegangen, von dem es kein Wiederkommen gibt. Im übrigen gratulieren wir zur wiedergenommenen Freiheit.

Zehdenick, 9. Sch. Das Manuskript über den Völkertrotz war vollständig unbrauchbar, indem Sie die einzelnen Zeilen so eng aneinander gequetscht hatten, daß die Schrift kaum zu lesen war; noch weniger war es möglich, Korrekturen daran vorzunehmen.

9. M. Die Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft muß der Bauherr beitreten; er kann dies durch den Betrauermann der Berufsgenossenschaft, Zimmermeister Böhrns in Neumünster, bewerkstelligen lassen.

Anzeigen.

Mitteilung.

Kollege August Joll, geb. am 7. April 1879 zu Stolp, wird erlöst, sofort seine Adresse dem Käffner in Wetter, Joh. Schyboll, anzugeben. [M. 1,50]

Zittau.

Die Wohnung des Bertrauermannes befindet sich ab 1. April Goldbachstr. 37, 1. Et. [M. 1,20]

Frankfurt a. M.

Alle Briefe und sonstige Sendungen sind von jetzt ab an Willi. Schneider oder Karl Schneider, alte Geldsendungen nur an den Käffner Karl Schneider, Bureau der Maurer, Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8-10, 2. Etage, zu senden. [M. 2,10] Karl Schneider.

Spandau.

Die Wohnung des Käffner Hess ist vom 1. April ab Götestr. 15. [M. 1,20]

Kahla.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. April an Helmstraße 8. [M. 1,20] Ernst Kunze, Käffner.

Stendal.

Der erste Vorsitzende Adolf Alt wohnt jetzt Gertraudenstraße 2. [M. 1,20] Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb eines Monats nach erfolgtem Begräbnis Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 10 M.)

Burg a. F. Am 14. März machte unser Kollege F. Martinzen noch langen, schweren innerlichen Leid infolge Gesichtsstarre seinem Leben im Alter von 28 Jahren fröhlich ein Ende.

Dresden. Am 19. März verstarb nach langem Leben unser Verbandsmitglied, der Kollege Johann Friedrich im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.

- Am 25. März verstarb unser langjähriges Verbandsmitglied, der Kollege Hugo Mende im Alter von 51 Jahren an Schleimdrüsenkrebs.

Düsseldorf. Am 27. März verstarb im Alter von 34 Jahren unser Verbandsmitglied Adam Reichert an Lungentuberkulose.

Essen. Am 28. März verstarb unser Mitglied Willi Zipp im Alter von 29 Jahren an Hirnverschwellung.

Friedberg. Am 29. März verstarb unser treuer Verbandsmitglied, Kollege Karl Kandt im Alter von 40 Jahren an Herzleiden.

Glogau. Am 28. März verstarb nach langem Leben unser Mitglied Karl Kasper im Alter von 49 Jahren an Herz- und Lungenerkrankung.

Nowawes. Am 26. März verstarb nach langem schweren Leid unser Verbandsmitglied Albert Müller im Alter von 60 Jahren an Nierenleiden.

Nürnberg-Fürth. Am 20. März verstarb unser Kollege Joh. Schwarzkopf an Lungenerkrankung im Alter von 46 Jahren.

Wolfsburg. Am 28. März verstarb unser Verbandsmitglied Karl Tessmer im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.

Wiesbaden. Am 28. März verstarb unser treuer Verbandsmitglied Karl Uhlem im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.
Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 7. April.

Königsfutter, Mitgliederversammlung.

Lüdenscheid, abends 8 Uhr bei Hender. Sächer sind mitzubringen.

Sonntag, den 8. April.

Annaburg, Mitgliederversammlung.

Betzig, Nachmittag 4 Uhr.

Dellitzsch, Nachm. 8 Uhr im "Endenhofer". Wichtige Tagesordnung.

Frankenhausen-Kyffh. Nachm. 4 Uhr im "Barbarossa-Gärtchen".

Gransee, Nachmittag 8 Uhr im "Frankischen Hof".

Nebra, Nachmittag 8 Uhr im "Rathstettler". L.-O.: 1. Abrechnung vom Rendsburg.

Strausberg, Nachm. 4 Uhr in der "Neuen Welt" Generalversammlung.

Strausberg, Nachmittag 4 Uhr bei Albrecht.

Völkershausen, Nachm. 2 Uhr im Restaurant "Zur Krone". Mitglieder sind mitzubringen.

Zerbst, Nachmittag 8½ Uhr.

Sonntag, den 10. April.

Altenburg, im "Adler".

Bitterfeld, abends 8 Uhr im Restaurant "Hohenzollern".

Liegnitz, abends 8½ Uhr.

Sonntag, den 15. April.

Fürstenwalde, Samm. 10 Uhr in der "Schlosskeller".

Teuchern, Nachm. 4 Uhr im Gasthof "Zur Sonne". L.-O.: 1. Die Erfolge der Achtzehnertbewegung. 2. Die Abrechnung vom 1. Quartal.

Werder, Nachm. 4 Uhr bei Kog.

Montag, den 16. April (2. Osterfeiertag).

Neuhardenberg, Nachm. 1½ Uhr im Vereinslokal.

Pödeldorf, Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

Wiesenbürg, Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

Freitag, den 20. April.

Berlin, Section der Gewer- und Gewerbebranche. Samm. 8½ Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Über 12. Vorlesung: "Der politische Waffenstreit".

Gesetzliche Maurerversammlungen.

Sonnabend, den 7. April.

Schleiz, Samm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gartengasse 23. Referent: Kollege Falb.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 8. April.

Benzlaw, Nachm. 1 Uhr im Gasthaus "Zur Hoffnung". L.-O.: Abrechnung und Verschluß.

Sonntag, den 22. April.

Gr.-Lichterfelde, Nachm. 8 Uhr bei A. Mielke, Gaustraße 104. L.-O.: Bericht vom ersten Berichtsjahr 1906 und Berichtsjahr.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.